

Antwort auf eine Große Anfrage

- Drucksache 16/1642 -

Wortlaut der Großen Anfrage der Fraktionen der CDU und der FDP vom 15.09.2009

Extremismus in Niedersachsen

Rechts-, Links- oder Ausländerextremismus stellen eine Gefahr für unsere Demokratie dar. Die Bekämpfung des Extremismus jeglicher Ausrichtung ist die Kernaufgabe einer wehrhaften Demokratie und ein zentrales Anliegen aller demokratischen Parteien und ihrer Fraktionen. Die Gefahren für unsere Demokratie durch extremistische Verfassungsfeinde gilt es im engen Schulterschluss mit allen gesellschaftlich relevanten Akteuren abzuwehren.

Als Frühwarnsystem nimmt der Verfassungsschutz eine elementare Rolle ein und dient damit dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, dem Bestand und der Sicherheit des Bundes und der Länder.

Um extremistische Bestrebungen zu erkennen und konsequent entgegenzutreten, sind eine umfassende Kenntnis der Daten sowie deren Analyse notwendig.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

I. Rechtsextremismus

1. Welche rechtsextremen Parteien, Vereine, Kameradschaften oder sonstige Organisationen existieren in Niedersachsen? Wo haben diese jeweils ihren Sitz?
2. Welche der Vereine oder Organisationen sind als gemeinnützig anerkannt?
3. Wie viele Mitglieder haben jeweils die rechtsextremen Parteien, Vereine, Kameradschaften oder sonstige Organisationen, aufgeschlüsselt nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden?
4. Aus welchen Altersgruppen stammen jeweils die Mitglieder? Wie ist der jeweilige Anteil von Männern und Frauen?
5. Welche Motive werden für eine Mitgliedschaft in diesen Zusammenschlüssen angeführt?
6. Wie beurteilt die Landesregierung die Gefahren für die Gesellschaft und insbesondere für Jugendliche, die vom rechtsextremen Spektrum ausgehen, auch vor dem Hintergrund der Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) „Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt“?
7. Wie ist die Mitgliederentwicklung der jeweiligen rechtsextremen Parteien, Vereine, Kameradschaften oder sonstigen Organisationen in den letzten 20 Jahren?
8. Welche Organisationsstruktur weisen die rechtsextremen Parteien, Vereine, Kameradschaften oder sonstige Organisationen auf?
9. Welche Personen nehmen bei den rechtsextremen Parteien, Vereinen, Kameradschaften oder sonstigen Organisationen in Niedersachsen eine herausragende Stellung ein?
10. Welche Bedeutung nehmen innerhalb der Zusammenschlüsse neue Kommunikationsformen, wie Internetforen, ein?
11. Wie werden die Mitglieder der einzelnen Parteien, Vereine, Kameradschaften oder Organisationen geschult? Ist der Landesregierung bekannt, wie viele Personen solche Schulungen, Fortbildungsveranstaltungen oder Seminare besuchen?

12. Wie wird innerhalb der einzelnen Parteien, Vereine, Kameradschaften und Organisationen auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europaebene zusammengearbeitet? Existiert dabei eine landes-, bundes- oder europaweite Vernetzung der einzelnen rechtsextremen Parteien, Vereine, Kameradschaften und Organisationen untereinander, wenn ja, mit welchen und wie werden diese bewertet?
13. Aus welchen Mitteln finanzieren rechtsextreme Parteien, Vereine, Kameradschaften oder sonstigen Organisationen ihre Werbung oder ihre sonstigen Ausgaben?
14. Wie hoch ist das Spendenaufkommen der einzelnen rechtsextremen Parteien, Vereine oder sonstigen Organisationen?
15. Welche rechtsextremen Parteien, Vereine, Kameradschaften oder sonstigen Organisationen kommen in den Genuss welcher Steuerbegünstigungen oder -vergünstigungen?
16. Wie bewertet die Landesregierung die Programme und Einstellungen der jeweiligen rechtsextremen Parteien, Vereine, Kameradschaften oder Organisationen zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung?
17. Welche rechtsextremen Parteien oder Zusammenschlüsse haben auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europaebene seit dem Jahr 2000 an Wahlen teilgenommen, und welche Ergebnisse haben diese jeweils in Prozent bzw. in absoluten Zahlen erzielt?
18. Ist der Landesregierung bekannt, wie sich die Wähler der rechtsextremen Partei oder Zusammenschlüsse zusammensetzen?
19. Welche Gründe oder Motive sind der Landesregierung bekannt, dass die Wähler ihre Stimme einer rechtsextremen Partei gegeben haben?
20. Welche und wie viele Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund wurden seit dem Jahr 2000 registriert, aufgeschlüsselt nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden?
21. Welche Publikationen (Printmedien, Newsletter, CD, DVD) geben diese rechtsextremen Parteien, Vereine, Kameradschaften und Organisationen heraus?
22. Wie hoch ist jeweils die Anzahl der Abonnenten bzw. Bezieher?
23. Welche Werbemethoden nutzen die rechtsextremen Parteien, Vereine, Kameradschaften und Organisationen?
24. Welche Rolle spielt bei der Werbung für rechtsextreme Parteien, Vereine, Kameradschaften oder Organisationen das Internet?
25. Welche Veranstaltungen haben die rechtsextremen Parteien, Vereine, Kameradschaften und sonstige Organisationen (zur Werbung) - aufgeschlüsselt nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden - organisiert?
26. In welchen Veranstaltungszentren, wie Freizeitheimen, Diskotheken oder sonstigen Lokalitäten, fanden seit dem Jahr 2000 Konzerte mit rechtsextremem Hintergrund statt? Wie viele Besucher kamen jeweils zu den Konzerten?
27. Welche Rolle spielen in der Szene Bands mit rechtsextremen Texten oder entsprechende Konzerte?
28. Vor welchen Schulen - aufgeschlüsselt nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden - haben rechtsextreme Parteien, Vereine, Kameradschaften oder sonstige Organisationen für sich geworben?
29. Welche rechtsextremen Organisationen und Gruppen orientieren sich schwerpunktmäßig auf Jugendliche und junge Erwachsene? In welcher Form und mit welchen Mitteln?
30. Gibt es in Niedersachsen Schulen, in denen es seit dem Jahr 2000 Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund gegeben hat? Wenn ja, an welchen?

31. Kam es dabei zu strafrechtlich relevanten Handlungen, zu einem Ermittlungsverfahren und zu einer entsprechenden Verurteilung?
32. Was wurde seitens der Behörden und der Schulen in den konkreten Vorfällen getan?
33. Existieren Handreichungen, Vorschläge und Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer, wie in Fällen von Gewalt und von Aktivitäten mit rassistischen bzw. rechtsextremem Hintergrund zu reagieren ist?
34. Gibt es in Niedersachsen Hochschulen, Universitäten oder Fachhochschulen, in denen es seit dem Jahr 2000 Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund gegeben hat? Wenn ja, an welchen?
35. Kam es dabei zu strafrechtlich relevanten Handlungen, zu einem Ermittlungsverfahren und zu einer entsprechenden Verurteilung?
36. Wo fanden seit dem Jahr 2000 rechtsextreme Aufzüge, Demonstrationen oder Kundgebungen statt? Und wie viele Personen haben jeweils daran teilgenommen?
37. Zu welchen Anlässen bzw. aus welchem Grund fanden die Aufzüge, Demonstrationen oder Kundgebungen statt? Unter welchem Titel erfolgte jeweils die Anmeldung bei den zuständigen Behörden?
38. Bei welchen Aufzügen, Demonstrationen oder Kundgebungen kam es seit dem Jahr 2000 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, mit Unbeteiligten oder mit Gegendemonstranten, z. B. aus dem linken Spektrum?
39. Wie viele Festnahmen gab es seit dem Jahr 2000 jeweils bei diesen Aufzügen, Demonstrationen oder Veranstaltungen?
40. Wie intensiv war jeweils der polizeiliche Einsatz in personeller und sachlicher Hinsicht? Wie hoch waren jeweils die Kosten für den Polizeieinsatz und für sonstige Sicherheitsmaßnahmen?
41. Inwiefern missbrauchen rechtsextreme Parteien, Vereine, Kameradschaften oder Organisationen sportliche Großveranstaltungen wie beispielsweise Fußballbundesligaspiele oder andere Ligen zu Werbezwecken oder zur Verbreitung ihres Gedankenguts?
42. In welchen Fanclubs oder sonstigen Fanorganisationen sind rechtsextreme Mitglieder? Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um Jugendliche hierüber zu informieren und zu warnen? Besteht dabei eine Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fanbeauftragten einzelner Vereine?
43. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über rechtsextreme gewalttätige Ausschreitungen in niedersächsischen Stadien bzw. über die Aktivitäten niedersächsischer Hooligans?
44. Welche Anstrengungen unternimmt die Landesregierung, um gewalttätigen Auseinandersetzungen mit rechtsextremem Hintergrund bei Sportveranstaltungen entgegenzuwirken?
45. Inwiefern spielt der Rechtsextremismus in Justizvollzugsanstalten eine Rolle?
46. Registriert die Landesregierung in Justizvollzugsanstalten Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund?
47. Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, ob die Mitglieder der Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) sich nach dem Verbot anderen rechtsextremen Vereinen, Kameradschaften oder Organisationen anschließen?
48. Welche Programme, Projekte oder Maßnahmen bietet die Landesregierung für Personen an, die aus der „rechtsextremen Szene“ aussteigen wollen? Wie werden diese Programme von der Landesregierung gefördert?
49. Mit welchem Erfolg werden diese Programme geführt?

II. Linksextremismus

1. Welche linksextremen Parteien, Vereine oder Organisationen existieren in Niedersachsen? Wo haben diese jeweils ihren Sitz?
2. Welche dieser Vereine sind als gemeinnützig anerkannt?
3. Wie ist die Mitgliederentwicklung der jeweiligen linksextremen Parteien, Vereine oder sonstigen Organisationen seit dem Jahr 2000, aufgeschlüsselt nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden sowie nach Altersgruppen und Geschlecht?
4. Welche Motive sind der Landesregierung für eine Zugehörigkeit zu linksextremistischen Zusammenschlüssen bekannt?
5. Welche Themen greifen linksextreme Parteien, Vereine oder Organisationen auf?
6. Welche Bedeutung hat der Antifaschismus für linksextreme Parteien, Vereine oder Organisationen?
7. Welche Bedeutung hat die Auseinandersetzung mit der bundesrepublikanischen Sicherheitspolitik für linksextreme Parteien, Vereine oder Organisationen?
8. Wie beurteilt die Landesregierung die Gefahren für die Gesellschaft und insbesondere für Jugendliche, die vom linksextremen Spektrum ausgehen?
9. Welche Organisationsstruktur weisen die linksextremen Parteien, Vereine oder sonstige Organisationen auf?
10. Welche Personen nehmen bei den linksextremen Parteien, Vereinen oder sonstigen Organisationen in Niedersachsen eine herausragende Stellung ein?
11. Welche Mitglieder linksextremer Parteien haben einen Vorlauf in einer kommunistischen Partei bzw. Organisation?
12. Welche Bedeutung nehmen innerhalb der Zusammenschlüsse neue Kommunikationsformen, wie Internetforen, ein?
13. Wie werden die Mitglieder der einzelnen Parteien, Vereine oder Organisationen geschult? Ist der Landesregierung bekannt, wie viele Personen solche Veranstaltungen besuchen?
14. Wie arbeiten die einzelnen Parteien, Vereine und Organisationen auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und internationaler Ebene zusammen? Existiert dabei eine landes-, bundes- oder europaweite Vernetzung der einzelnen linksextremen Parteien, Vereine und Organisationen untereinander?
15. Existiert eine Zusammenarbeit der Parteien oder von Einzelpersonen mit Interessenverbänden früherer Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der DDR und hochgestellter DDR-Funktionäre, wie der „Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung“ (GRH)?
16. Wie setzt sich die Finanzierung der linksextremen Parteien, Vereine oder sonstigen Organisationen zusammen?
17. Wie hoch ist das Spendenaufkommen der einzelnen linksextremen Parteien, Vereine oder sonstigen Organisationen?
18. Welche Steuerbegünstigungen oder -vergünstigungen kommen den linksextremistischen Gruppen zu?
19. Wie bewertet die Landesregierung die Programme und Einstellungen der jeweiligen linksextremen Parteien, Vereine oder Organisationen zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung?
20. Wie bewertet die Landesregierung den Verein „Rote Hilfe“?

21. Welche linksextremen Parteien oder Zusammenschlüsse haben auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europaebene an Wahlen seit dem Jahr 2000 teilgenommen, und welche Ergebnisse haben diese jeweils erzielt?
22. Ist der Landesregierung bekannt, wie sich die Wähler der linksextremen Partei oder Zusammenschlüsse zusammensetzen?
23. Welche und wie viele Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund wurden seit dem Jahr 2000 registriert, aufgeschlüsselt nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden?
24. Welcher Personenschaden und welcher Sachschaden sind bei diesen Straftaten entstanden?
25. Wie viele Gewaltdelikte von Linksextremisten gab es seit dem Jahr 2000?
26. Wie viele Polizeibeamte waren von linksextremistischer Gewalt betroffen?
27. In wie vielen Fällen kam es zu einer Anzeige und Verurteilung?
28. Wie viele der verurteilten Straftäter waren mit welchem Strafmaß bereits zuvor wegen einer linksextremistisch motivierten Straftat rechtskräftig verurteilt worden?
29. Welche Publikationen (Printmedien, Newsletter, CD, DVD) geben linksextreme Parteien, Vereine und Organisationen heraus? Wie hoch ist jeweils die Anzahl der Abonnenten bzw. Bezieher?
30. Welche Werbemethoden nutzen die linksextremen Parteien, Vereine und Organisationen? Und welche Rolle spielt dabei das Internet?
31. Welche Veranstaltungen haben die linksextremen Parteien, Vereine und sonstige Organisationen (zur Werbung) organisiert, aufgeschlüsselt nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden?
32. In welchen Veranstaltungszentren, wie Freizeitheimen, Diskotheken oder sonstigen Lokalitäten fanden seit dem Jahr 2000 Konzerte mit linksextremem Hintergrund statt? Wie viele Besucher kamen jeweils zu den Konzerten?
33. Welche Rolle spielen in der Szene Bands mit linksextremen Texten oder entsprechende Konzerte? Wie werden diese beurteilt?
34. Welche Rolle spielt der Linksextremismus an Schulen? Gibt es in Niedersachsen Schulen, in denen es seit dem Jahr 2000 Vorfälle mit linksextremem Hintergrund gegeben hat? Kam es dabei zu strafrechtlich relevanten Handlungen und zu einer entsprechenden Verurteilung?
35. Gibt es in Niedersachsen Hochschulen, Universitäten oder Fachhochschulen, in denen es seit dem Jahr 2000 Vorfälle mit linksextremem Hintergrund gegeben hat? Wenn ja, welche?
36. Wo fanden seit dem Jahr 2000 linksextreme Demonstrationen statt? Und wie viele Personen haben jeweils daran teilgenommen?
37. Zu welchen Anlässen bzw. aus welchem Grund fanden diese statt? Unter welchem Titel erfolgte jeweils die Anmeldung bei den zuständigen Behörden?
38. Bei welchen Demonstrationen kam es seit dem Jahr 2000 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, mit Unbeteiligten oder mit Gegendemonstranten, z. B. aus dem rechten Spektrum? Zu wie vielen Festnahmen ist es dabei gekommen?
39. An welchen Demonstrationen, die von den Mitgliedern der Partei DIE LINKE angemeldet wurden, nahmen vor allem linksextreme Gruppierungen teil?
40. Sind diese Demonstrationen störungsfrei/gewaltfrei verlaufen? Wenn nein, wo und in welcher Form gab es Störungen/Gewaltanwendungen?

41. Wie intensiv war jeweils der polizeiliche Einsatz in personeller und sachlicher Hinsicht?
42. Wie hoch waren jeweils die Kosten für den Polizeieinsatz und für sonstige Sicherheitsmaßnahmen?
43. Inwiefern spielt der Linksextremismus in Justizvollzugsanstalten eine Rolle? Registriert die Landesregierung in Justizvollzugsanstalten Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund?
44. Wie beurteilt die Landesregierung die Gefahren für die Gesellschaft und insbesondere die Jugend, die von dem linksextremistischen Spektrum ausgehen?
45. Welche Maßnahmen sieht die Landesregierung vor, um präventiv gegen Linksextremisten tätig zu werden?

III. Ausländerextremismus

1. Welche islamistisch-extremistischen, extremnationalistischen oder linksextremistischen Ausländerorganisationen existieren in Niedersachsen? Wo haben diese jeweils ihren Sitz? Wie viele Mitglieder haben sie jeweils? Welche Mitgliederentwicklung verzeichnen diese Gruppierungen seit dem Jahr 2000?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Gefahren für die Gesellschaft und insbesondere für Jugendliche, die von diesem Spektrum ausgehen?
3. Welche Organisationsstruktur weisen diese Organisationen auf? Welche Personen nehmen eine herausragende Stellung ein? Welche Schulungen, welche „Ausbildung“ existieren in diesem Bereich?
4. Welche Bedeutung nehmen innerhalb der Zusammenschlüsse neue Kommunikationsformen, wie Internetforen, ein?
5. Wie werden die Mitglieder der einzelnen Parteien, Vereine oder Organisationen geschult? Ist der Landesregierung bekannt, wie viele Personen solche Veranstaltungen besuchen?
6. Wie arbeiten die einzelnen Organisationen auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europaebene zusammen? Existiert dabei eine landes-, bundes- oder europaweite Vernetzung untereinander?
7. Existiert eine Zusammenarbeit mit anderen extremistischen Kräften?
8. Wie setzt sich die Finanzierung dieser Organisationen zusammen? Wie hoch ist das Spendenaufkommen?
9. Welche inhaltlichen Schwerpunkte haben die jeweiligen Organisationen? Wie bewertet die Landesregierung deren Einstellung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie zum Staat und seinen Einrichtungen?
10. Welche und wie viele Straftaten wurden seit dem Jahr 2000 in diesem Bereich registriert, aufgeschlüsselt nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden?
11. Welche Rolle spielt der Antisemitismus in ausländerextremistischen Organisationen, insbesondere im islamistisch-extremistischen Bereich.
12. Welche Publikationen (Medien, Newsletter, CD, DVD) geben diese Organisationen heraus? Wie hoch ist jeweils die Anzahl der Abonnenten bzw. Bezieher?
13. Welche Werbemethoden nutzen diese Organisationen? Und welche Rolle spielt dabei das Internet?
14. Welche Veranstaltungen haben diese Organisationen (zur Werbung) organisiert, aufgeschlüsselt nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden?

15. In welchen Veranstaltungszentren, wie Freizeitheimen, Diskotheken oder sonstigen Lokalitäten fanden seit dem Jahr 2000 Veranstaltungen statt? Wie viele Besucher kamen jeweils zu den Veranstaltungen?
16. Welche Rolle spielt der Ausländerextremismus an Schulen, Hochschulen und sonstigen Bildungseinrichtungen?
17. Wo fanden seit dem Jahr 2000 Aufzüge, Demonstrationen oder Kundgebungen aus dem Bereich des Ausländerextremismus statt? Und wie viele Personen haben jeweils daran teilgenommen? Zu welchen Anlässen bzw. aus welchem Grund fanden diese statt? Unter welchem Titel erfolgte jeweils die Anmeldung bei den zuständigen Behörden?
18. Bei welchen Aufzügen, Demonstrationen oder Kundgebungen kam es seit dem Jahr 2000 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, mit Unbeteiligten oder mit Gegendemonstranten? Zu wie vielen Festnahmen ist es dabei gekommen?
19. Wie intensiv war jeweils der polizeiliche Einsatz in personeller und sachlicher Hinsicht? Wie hoch waren jeweils die Kosten für den Polizeieinsatz und für sonstige Sicherheitsmaßnahmen?
20. Welche Maßnahmen sieht die Landesregierung vor, um in diesem Bereich präventiv tätig zu werden?

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres, Sport und Integration

Hannover, den 20.04.2010

Der Begriff des Extremismus orientiert sich an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das in seinen Verbotsurteilen gegen die Sozialistische Reichspartei (SRP) im Jahr 1952 (BVerfGE 2,1) und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) im Jahr 1956 (BVerfGE 5,85) die Wesensmerkmale der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie folgt bestimmt hat:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Verfassungsfeindlich oder extremistisch (extremus lat.: äußerst) sind alle von Personenzusammenschlüssen ausgehenden, politisch bestimmten Bestrebungen (Aktivitäten), die gegen das Grundgesetz, insbesondere gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder einzelne ihrer tragenden Grundsätze gerichtet sind. Im Gegensatz zu radikalen Zielsetzungen, bei denen es sich um politische Bestrebungen handelt, die (noch) innerhalb des demokratischen Spektrums stehen, handelt es sich bei extremistischen Zielsetzungen um politische Bestrebungen, die durch Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werteordnung gekennzeichnet sind.

Als extremistisch bezeichnen die Verfassungsschutzbehörden neben den Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, auch Bestrebungen, die sich gegen

den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten, die sich gegen die Amtsführung von Verfassungsorganen wenden, gewaltorientierte Bestrebungen, die auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden und schließlich Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Dies vorausgeschickt, werden die Fragen namens der Landesregierung wie folgt beantwortet:

I. Rechtsextremismus

Zu 1:

Mit dem Begriff Rechtsextremismus werden Ideologieelemente erfasst, die in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlicher Stoßrichtung der weltanschaulichen Überzeugung von einer Ungleichwertigkeit der Menschen Ausdruck verleihen. Zu nennen sind im Einzelnen:

- aggressive menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit,
- Antisemitismus,
- Rassismus,
- Unterscheidung von „lebenswertem“ und „lebensunwertem“ Leben,
- Überhöhung des eigenen Volkes bei gleichzeitiger Abwertung anderer Nationen und Völker (Nationalismus),
- Vorstellung einer rassistisch verstandenen homogenen Volksgemeinschaft (Volksgemeinschaftsprinzip),
- Individualrechte verneinendes, dem Führerprinzip verpflichtetes Kollektivdenken (völkischer Kollektivismus),
- Behauptung „natürlicher“ Hierarchien (Biologismus),
- Betonung des Rechts des Stärkeren (Sozialdarwinismus),
- Ablehnung demokratischer Regelungsformen bei Konflikten,
- Übertragung militärischer Prinzipien auf die zivile Gesellschaft (Militarismus),
- Geschichtsrevisionsismus (Verharmlosung, Leugnung oder Verherrlichung der Verbrechen des Nationalsozialismus),
- Ethnopluralismus (Forderung nach strikter räumlicher und kultureller Trennung verschiedener Ethnien).

In Niedersachsen sind mit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und der Deutschen Volksunion (DVU) zwei rechtsextremistische Parteien aktiv. Sie haben ihren Sitz in Lüneburg bzw. Betzendorf. Die Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) der NPD hat ihren Sitz in Delmenhorst.

Der Niedersächsische Verfassungsschutz beobachtet derzeit 15 neonazistische Kameradschaften sowie bis zu 10 Aktionsgruppen aus dem Bereich der sogenannten Autonomen Nationalisten. Hierbei handelt es sich teilweise um sehr kleine Gruppierungen, deren Aktivitäten dem Niedersächsischen Verfassungsschutz nur durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel bekannt geworden sind. Eine vollständige Auflistung dieser Personenzusammenschlüsse ist deshalb aus Gründen operativer Sicherheit nicht möglich. Namentlich zu nennen sind die Snevern Jungs aus Schneverdingen, die Kameradschaft 73 Celle, die Bürgerinitiativen für Zivilcourage Hildesheim und Wolfsburg, die Nationalen Sozialisten SHG/OWL (Schaumburg/Ostwestfalen-Lippe), die Freien Nationalisten Seelze, die Kameradschaft Hildesheim, die Kameradschaft Einbeck, die Kameradschaft Honour & Pride, die Autonomen Nationalisten Wunstorf, Oldenburg, Ostfriesland und Ammerland sowie die Aktionsgruppen Delmenhorst und Wiking Wilhelmshaven.

Die rechtsextremistische Exilregierung Deutsches Reich hat ihren Sitz in Diekholzen.

Darüber hinaus existieren mit der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG), der Gesellschaft für Freie Publizistik e. V. (GfP) und dem Freundschafts- und Hilfswerk Ost e. V. (FHwO) drei Vereine mit Bezug zur rechtsextremistischen Szene in Niedersachsen. Die HNG hat ihren Sitz in Frankfurt am Main, die GfP in München und das FHwO in Bad Bevensen.

Zu 2:

Aussagen zu der Frage, ob ein bestimmter Verein (oder andere Körperschaft) als gemeinnützig anerkannt ist, kann die Landesregierung nicht treffen, weil die Tatsache, dass eine Körperschaft wegen Verfolgung gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke steuerbegünstigt ist oder nicht, dem Steuergeheimnis (§ 30 Abgabenordnung [AO]) unterliegt. Die Beantwortung der Frage ist deshalb nicht möglich - auch weil ein unbefugtes Offenbaren gemäß § 355 Strafgesetzbuch (StGB) strafbewehrt ist.

Allgemein gilt jedoch: Als gemeinnützig anerkannt werden grundsätzlich nur Körperschaften (Vereine und andere Organisationen), die nach ihrer Satzung und ihrer tatsächlichen Geschäftsführung selbstlos, ausschließlich und unmittelbar die Allgemeinheit fördern (§ 52 Abs. 1 AO). Die Finanzbehörden überprüfen bei der erstmaligen Anerkennung, ob die satzungsmäßigen Voraussetzungen vorliegen. Ein Verein (oder andere Körperschaft), der nach seiner Satzung rechtsextremistische Ziele verfolgt, kann nach geltendem Recht nicht als gemeinnützig anerkannt werden. Der Verein (die Körperschaft) darf gemäß § 51 Abs. 3 AO keine Bestrebungen im Sinne des § 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes fördern und dem Gedanken der Völkerverständigung nicht zuwider handeln.

Erfüllt der Verein die satzungsmäßigen Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit, wird in regelmäßigen Abständen seine tatsächliche Geschäftsführung daraufhin geprüft, ob sie den satzungsmäßigen Zielsetzungen entspricht (§ 63 Abs. 1 AO).

Die tatsächliche Geschäftsführung der Körperschaft und deren Förderung der Allgemeinheit müssen sich im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung halten. Bei Körperschaften, die im Verfassungsschutzbericht des Bundes oder eines Landes als extremistische Organisationen genannt sind, ist widerlegbar davon auszugehen, dass diese mit ihrer Satzung und/oder tatsächlichen Geschäftsführung der verfassungsmäßigen Ordnung oder dem Gedanken der Völkerverständigung zuwider laufen (§ 51 Abs. 3 AO).

Zu 3 und 4:

Die Kriterien für die Speicherung personenbezogener Daten sind in § 8 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes (NVerfSchG) restriktiv geregelt. Es ist nicht möglich, auf der Grundlage der den Sicherheitsbehörden verfügbaren Datenbasis exakte Angaben über die Sozialstruktur der rechtsextremistischen Szene zu machen, weil Beobachtungsobjekte des Verfassungsschutzes grundsätzlich Personenzusammenschlüsse sind, die Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung entwickeln. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, können nur dann Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes sein, wenn die Bestrebungen auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut des Verfassungsschutzes erheblich zu gefährden. Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz bezieht sich ausschließlich auf die Bestrebung als solche. Angaben zur Sozialstruktur von extremistischen Vereinigungen werden nicht systematisch und umfassend erhoben. Darüber hinaus erlaubt die ständige Fluktuation in den verschiedenen Bereichen des Rechtsextremismus keine sozialwissenschaftlichen Anforderungen genügenden validen Aussagen.

Hinsichtlich der Mitgliederzahlen von NPD und DVU sowie der HNG wird auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen. Der niedersächsische NPD-Landesverband ist in die Unterbezirke Braunschweig, Emsland/Grafschaft Bentheim, Gifhorn/Wolfsburg, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Mittelweser, Oberweser, Oldenburg, Osnabrück, Stade, Wilhelmshaven sowie die Kreisverbände Goslar und Osterode untergliedert. Als nachfolgende Organisationsebene wurden die Orts- und Kreisbereiche Braunschweig/Salzgitter/Peine, Gifhorn, Helmstedt, Stade, Verden Wolfenbüttel und Wolfsburg gegründet, denen die sogenannten Stützpunkte Aurich/Emden, Delmenhorst, Friesland/Wittmund, Leer, Nienburg, Vechta und Vorsfelde folgen.

Die rechtsextremistischen Kameradschaften umfassen in der Regel 5 bis 25 Personen. Der Frauenanteil beträgt ca. 10 % bis 20 %. Geografisch sind die Kameradschaften und Aktionsgruppen den Bereichen Lüneburger Heide, Region Hannover, Hildesheim, Northeim/Einbeck, Wolfsburg, nördliche Harzregion, Wilhelmshaven/Friesland/Ostfriesland, Bremer Umland, Oldenburg/Ammerland und Osnabrücker Land zuzuordnen.

Für die Exilregierung Deutsches Reich ist eine Mitgliederzahl nicht bestimmbar, da sich die Gruppe der selbsternannten „Reichsbürger“ und Interessenten ständig neu zusammensetzt. An den Treffen dieser Organisation nehmen in der Regel 25 bis 30 Personen teil.

Das FHWO hat insgesamt ca. 70 Mitglieder, die zum größten Teil aus Niedersachsen stammen. Dem Niedersächsischen Verfassungsschutz liegen keine Erkenntnisse über die Mitgliederzahlen der GfP in Niedersachsen vor. Bundesweit gehören ihr ca. 500 Personen an.

Zu 5:

Die Motivlage für eine Mitgliedschaft in einem rechtsextremistischen Zusammenschluss variiert nach dem Charakter der jeweiligen Organisation. Am niederschwelligsten ist der Zugang zur rechtsextremistischen Subkultur, der in der Regel über Peer-Groups oder über das Interesse an szenetypischer Musik vermittelt wird. Voraussetzung für das Interesse dürfte eine fremdenfeindliche Grunddisposition sein. Aus der Szenezugehörigkeit erwächst ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das z. B. durch regelmäßige Kontakte in einschlägigen Internetforen gepflegt wird. Die Teilnahme an Veranstaltungen und Aktionen strukturiert die Freizeit und stellt Abenteuerlust zufrieden. Von der rechtsextremistischen Subkultur fühlen sich in einem hohen Maße Jugendliche, weit überwiegend männlichen Geschlechts, angesprochen, die Desintegrationserscheinungen aufweisen. Mit den Szeneaktivitäten kompensieren sie das Gefühl, gesellschaftlich ausgegrenzt zu sein.

Ähnlich verhält es sich mit den meisten Angehörigen der neonazistischen Kameradschaften. Führende Kameradschaftsmitglieder allerdings verbinden mit ihrem Engagement durchaus ein weitergehendes politisches Anliegen, wie sich in einer Mitgliedschaft oder in einer Kandidatur für die NPD dokumentiert. Die Kameradschaft bildet ihre politische Machtbasis. Woraus ihr Bekenntnis zur nationalsozialistischen Ideologie resultiert, lässt sich in einer verallgemeinerten Form nicht beantworten.

Die Mitgliedschaft in der NPD ist mit einem Bekenntnis zu den Zielen der Partei verbunden. Es handelt sich um einen politischen Willensakt. Über die Motivlage der Mitglieder lässt sich ebenfalls keine verallgemeinerte Aussage treffen. Nicht unbedeutend dürfte eine familiäre Vorprägung sein. Häufig geht dem Eintritt in die NPD die Zugehörigkeit zur subkulturellen Szene oder zu einer Kameradschaft voraus. Es liegt ein Politisierungsprozess vor, der mit einer allmählichen Verfestigung des ideologischen Weltbildes verbunden ist. Einen solchen Prozess durchläuft allerdings nur ein Teil der rechtsextremistisch eingestellten Jugendlichen. Der größere, der erlebnisorientierte Teil scheut die Einbindung in feste Strukturen. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der Autonomen Nationalisten.

Zu 6:

Rechtsextremistische Aktivitäten und Bestrebungen stehen in einem deutlichen Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und dem demokratischen Rechtsstaat. Die Landesregierung sieht deshalb im Rechtsextremismus ein erhebliches Gefährdungspotential für die innere Sicherheit in Niedersachsen. Darüber hinaus stehen insbesondere rechtsextremistisch motivierte Straftaten im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion und sind auch deshalb geeignet, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung erheblich zu beeinträchtigen.

Kinder und Jugendliche sind durch rechtsextremistische Ideologien und Orientierungen hinsichtlich ihrer Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten besonders gefährdet. Rechtsextremisten werben über moderne Medien gezielt um junge Menschen und tragen rechtsextremistische Propaganda z. B. über die szenetypische Musik, das Internet oder Handy an Jugendliche heran. In den sogenannten sozialen Netzwerken im Internet, wie z. B. SchülerVZ oder StudiVZ, Chatrooms und Foren bietet sich den Rechtsextremisten eine geeignete Möglichkeit, rechtsextremistisches Gedankengut weiträumig zu verbreiten.

In Bezug auf die Ergebnisse der Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) nimmt die Landesregierung mit Besorgnis zur Kenntnis, dass sich ein Teil der jungen Menschen positiv zu rechtsextremistischen, ausländischerfeindlichen oder antisemitischen Aussagen geäußert hat. Ursachen und Risikofaktoren für die Annäherung an den Rechtsextremismus sind dabei multifaktoriell. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass rechtsextremistisches Verhalten insbesondere durch familiäre, persönlichkeitsbezogene und freizeitbedingte Faktoren zu erklären ist. Die Er-

gebnisse sowie die Daten der Polizei weisen darauf hin, dass wesentlich mehr junge Männer als Frauen einem erhöhten Risiko rechtsextremistischen Verhaltens unterliegen. Als weitere Risikofaktoren wurden eine geringe Schulbildung, elterliche Gewalterfahrungen in der Kindheit und intensiver Alkohol- und Medienkonsum ausgewiesen.

Ein solcher unmittelbarer Sachzusammenhang wird allerdings in den fachlichen Diskursen unterschiedlich beurteilt.

Jugendschutz.net weist darauf hin, dass die Nutzung moderner Medien für die Verbreitung von rechtsextremen Botschaften bereits seit Jahren sorgfältig kontrolliert und beobachtet wird.

Aus Jugendschutzgesichtspunkten ist besonders bedenklich, dass viele Angebote des modernen Rechtsextremismus nicht mehr auf den ersten Blick als rechtsextremistisch zu erkennen sind. Sie sind für Jugendliche schwer zu durchschauen, und es besteht die Gefahr, dass sie unreflektiert übernommen werden.

Die Landesregierung nimmt die durch den Einsatz moderner Kommunikationsmöglichkeiten ausgehenden Gefahren in Bezug auf die Verbreitung rechtsextremistischer Botschaften und Anwerbung sehr ernst. Die von den Fachinstitutionen festgestellten Gefährdungen und Entwicklungen werden über die zuständigen Ressorts verbreitet und über Fachveranstaltungen, Veröffentlichung in Internetportalen u. ä. weiter veröffentlicht. Modellvorhaben, wie das in Niedersachsen installierte Eltern-Medien-Projekt, sollen die Erziehungsverantwortlichen für einen angemessenen und sachgerechten Medienumgang ihrer Kinder sensibilisieren sowie allgemein für Aufklärung vor schädigenden Einflüssen sorgen.

Die Ergebnisse der Studie sowie andere Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Arbeiten werden darüber hinaus bei der Planung und Durchführung geeigneter Präventionskonzepte der niedersächsischen Sicherheitsbehörden berücksichtigt.

Zu 7:

Die Entwicklung des rechtsextremistischen Personenpotentials wird in den jährlichen Verfassungsschutzberichten des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Integration dargestellt. Neben den Mitgliederzahlen der rechtsextremistischen Parteien wird auch die Gruppe der Neonazis benannt. Hinter dieser Kategorie verbergen sich im Wesentlichen die Angehörigen neonazistischer Kameradschaften sowie die Mitglieder der HNG.

Für den Zeitraum der letzten 20 Jahre stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Jahr	Neonazis	NPD	DVU
1990	90	730	1 600
1991	70	660	900
1992	90	620	2 400
1993	150	550	2 400
1994	95	515	2 000
1995	45	415	1 800
1996	100	365	1 800
1997	380	360	1 800
1998	430	400	1 600
1999	350	450	1 500
2000	350	450	1 300
2001	350	500	1 200
2002	350	450	1 000
2003	350	450	900
2004	365	460	800
2005	365	580	730
2006	350	630	670
2007	330	650	630
2008	355	600	620
2009	350	535	400

Darüber hinaus verzeichnete der Niedersächsische Verfassungsschutz im Jahr 2009 einen Personenkreis von ca. 845 subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten, die zwar nicht in feste Organisationsstrukturen eingebunden sind, bei der Gesamtbetrachtung des niedersächsischen Rechtsextremismus aber nicht unbeachtet bleiben dürfen. Das mit dieser Kategorie erfasste Personenpotential entwickelt sich seit 2001, als 1 100 gewaltbereite Rechtsextremisten registriert wurden, kontinuierlich rückläufig. Für die weiteren, in der Antwort zu Frage 1 benannten Personenzusammenschlüsse liegen dem Niedersächsischen Verfassungsschutz keine spezifizierten Mitgliederzahlen für den genannten Zeitraum vor.

Zu 8:

Der niedersächsische NPD-Landesverband unterhält 12 Unterbezirke und zwei Kreisbereiche (siehe Antwort zu Frage 3 und 4). Als nachfolgende Organisationsebene wurden Orts- und Kreisbereiche gegründet, denen die sogenannten Stützpunkte folgen.

Der DVU-Landesverband untergliedert sich in den Bezirksverband Lüneburg, die Kreisverbände Großraum Braunschweig und Ostfriesland sowie die Ortsverbände Aurich und Soltau. Der Niedersächsische Verfassungsschutz hat jedoch keine Aktivitäten dieser regionalen Strukturen festgestellt.

Die Exilregierung Deutsches Reich verfügt über keinen Unterbau.

Das Organisationsmodell der Kameradschaften kann als Reaktion auf die gegen neonazistische Zusammenschlüsse in den 90er-Jahren verhängten Vereinsverbote bezeichnet werden. Um künftige Verbotsmaßnahmen zu unterlaufen, verfügen Kameradschaften weder über ein Organisationsstatut, noch über formale Strukturen.

Das Phänomen der Autonomen Nationalisten ist ebenfalls nicht als feste Organisation, sondern eher als besondere Aktionsform und Strömung innerhalb der rechtsextremistischen Szene zu verstehen.

Die GfP gilt als die bundesweit mitgliederstärkste rechtsextremistische Kulturvereinigung. Als solche wird sie von einem Bundesvorstand geführt, unterhält jedoch keine Organisationsstrukturen in den Ländern. Der Verein hat in Niedersachsen lediglich einen GfP-Arbeitskreis Südniedersachsen, Nordhessen und Westfalen eingerichtet.

Die HNG und das FHwO weisen als Vereine dieselben Strukturen wie die GfP auf.

Zu 9:

Folgende Personen, die aus allgemein zugänglichen Quellen erfasst wurden, nehmen eine herausragende Stellung ein:

NPD

Bundesschatzmeister

- Ulrich Eigenfeld

Landesvorsitzender

- Adolf Dammann

stellv. Vorsitzende

- Manfred Börm

- Matthias Behrens

Beisitzer

- Christian Berisha

- Michael Hahn

- Malte Holzer

- Friedrich Preuß

- Ulrich Plate

- Friedrich Werner Graf von der Schulenburg

- Ricarda Riefling
- Christian Steckel

DVU

Landesvorsitzender

- Hans-Gerd Wiechmann

GfP

Vorsitzender

- Andreas Molau

Freie Nationalisten

- Dieter Riefling
- Dennis Bührig
- Stefan Silar
- Marcus Winter

Eine vollständige Auflistung aller dem Niedersächsischen Verfassungsschutz bekannten Protagonisten der Neonaziszene - gerade auch in Kameradschaften - ist aus Gründen operativer Sicherheit nicht möglich.

Zu 10:

Die Internetforen haben als Kommunikationsmittel für Rechtsextremisten zunehmend an Bedeutung gewonnen. Durch den Austausch von Informationen in Diskussionsforen und Chatrooms wird der Zusammenhalt innerhalb der Szene gefestigt. Darüber hinaus bieten sie die Möglichkeit, internationale Kontakte zu knüpfen. Der Einstieg in die rechtsextremistische Szene wird durch die interaktiven Dienste ebenfalls erleichtert.

Im Übrigen siehe Antwort zu Frage 24.

Zu 11:

Die NPD und die JN führen für ihre Mitglieder weltanschauliche Schulungen durch. Darüber hinaus veranstaltet die NPD so genannte Rechtsschulungen und Schulungen für kommunale Mandatsträger. An den Veranstaltungen nehmen in der Regel 10 bis 20 Personen teil.

Dem Verfassungsschutz liegen keine Erkenntnisse über Mitgliederschulungen der DVU, FHwO sowie der Exilregierung Deutsches Reich vor.

Politisch aktive Kameradschaften besuchen szeneeinterne Vortragsveranstaltungen und absolvieren ebenfalls Rechtsschulungen. Einige Kameradschaften sind in die Organisation derartiger Veranstaltungen involviert. Die Teilnehmerzahlen schwanken je nach Popularität der Referenten zwischen 10 und deutlich über 100 Personen.

Die GfP führt auf Arbeitskreisebene ebenfalls Vortragsveranstaltungen zu überwiegend revisionistischen Themen durch, an denen bis zu 50 Personen teilnehmen. Die HNG führt keine Schulungsveranstaltungen für ihre Mitglieder durch.

Zu 12:

Die Zusammenarbeit innerhalb der NPD und der DVU auf Bundesebene beschränkt sich auf die Vorgabe von Richtlinien zur Parteipolitik des jeweiligen Bundesvorstandes gegenüber seinen Landesverbänden. Der NPD-Landesverband Niedersachsen ist mit seinem Vorsitzenden sowie dem Schatzmeister und dem Ordnungsdienstleiter im Bundesvorstand vertreten. Der DVU-Landesverband stellt derzeit keinen Vertreter im Bundesvorstand der Partei. Die NPD und die DVU schlossen im Januar 2005 eine als „Deutschland-Pakt“ bezeichnete Vereinbarung, in der sie festlegten, bei kommenden Wahlen auf Europa-, Bundes- und Landesebene bis zum 31. Dezember 2009 nicht gegeneinander anzutreten.

Dem Niedersächsischen Verfassungsschutz liegen Erkenntnisse über länderübergreifende Vernetzungsbestrebungen der NPD vor. Kommunale Mandatsträger aus Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein haben sich im Jahre 2008 zu dem Kommunalbündnis „Drei-Länder-Eck“ zusammengeschlossen. NPD-Aktivistinnen und Freie Nationalisten aus Niedersachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt gründeten im Jahre 2008 das kommunale Bündnis „Festung Harz“. Bereits Ende 2006 initiierten führende Funktionäre der NPD-Landesverbände Niedersachsen, Hamburg und Bremen die „Arbeitsgemeinschaft Nord“, um länderübergreifende Aktionen zu koordinieren. Die genannten Bündnisse konnten bisher jedoch keine nennenswerten Aktivitäten entfalten.

Vernetzungsbestrebungen der DVU sind dem Niedersächsischen Verfassungsschutz nicht bekannt.

Eine Zusammenarbeit rechtsextremistischer Personenzusammenschlüsse ist auf kommunaler bzw. regionaler Ebene landesweit zu beobachten. Neonazistische Kameradschaften agieren ebenso miteinander wie mit der NPD und ihrer Jugendorganisation JN. Zu beobachten waren gemeinsame Wahlkampfaktivitäten, Demonstrationsteilnahmen sowie Brauchtumsveranstaltungen wie Sonnenwendfeiern. Diese Zusammenkünfte dienen neben der ideologischen Untermauerung insbesondere der Kontaktpflege und dem Ausbau der Vernetzung innerhalb der norddeutschen rechtsextremistischen Szene. Länderübergreifende Vernetzungsbestrebungen haben innerhalb der neonazistischen Szene bereits Tradition. Überregionale Treffen dienen hauptsächlich als Informationsbörse, in deren Rahmen eine gegenseitige Mobilisierung für Demonstrationen in den jeweiligen Bundesländern erfolgt. Gleiches gilt für den Bereich sonstiger szenerelevanter Veranstaltungen wie Partys, Skinheadkonzerte oder sportliche Wettkämpfe. Redeauftritte von führenden Neonazis wie Dieter Riefeling oder Dennis Bührig in anderen Bundesländern haben zum Ausbau dieser Kontakte geführt. Die örtlichen Führungsfiguren sind aufgrund ihrer überregionalen Kontakte bei der Vernetzung der Kameradschaften von zentraler Bedeutung.

Der GfP gehören vor allem Verleger, Redakteure, Schriftsteller und Buchhändler an. Sie unterhält eine Vielzahl von Kontakten zu anderen rechtsextremistischen Personenzusammenschlüssen wie der NPD, der Deutschen Liga für Volk und Heimat, dem Deutschen Rechtsbüro und dem Schutzbund für das Deutsche Volk e. V. Die auf ihrer Homepage www.gfp-netz.de eingestellte Referentenliste belegt die internationalen Verbindungen dieser Organisation. Bei der HNG handelt es sich um einen Verein, der seine Mitglieder u. a. aus anderen rechtsextremistischen Organisationen rekrutiert; eine Zusammenarbeit mit diesen Organisationen findet jedoch nicht statt. Die Exilregierung Deutsches Reich arbeitet ebenfalls mit keinen anderen Organisationen zusammen.

Zu 13:

Das Parteiengesetz regelt, wie sich politische Parteien finanzieren und in welcher Höhe sie staatliche Mittel als Teilfinanzierung erhalten. Grundlage für die Berechnung der staatlichen Teilfinanzierung sind die von den Parteien zu erstellenden Rechenschaftsberichte, die Auskunft über die Herkunft und Verwendung der Mittel geben. Die Rechenschaftsberichte werden vom Präsidenten des Deutschen Bundestages als Bundestagsdrucksachen bekannt gemacht.

Siehe **Anlage 1**¹:

Finanzierung der rechtsextremistischen Parteien in Niedersachsen (nach den veröffentlichten Rechenschaftsberichten)

Weitere Erkenntnisse zur Finanzierung rechtsextremistischer Vereine oder sonstiger Organisationen liegen der Landesregierung nicht vor.

Die Finanzierung der Kameradschaftsaktivitäten erfolgt in der Regel über anlassbezogene Sammlungen unter den Teilnehmern. Einzelne Kameradschaften führen gemeinschaftliche Kassen, in die die Kameradschaftsmitglieder Monatsbeträge in geringer Höhe einzahlen. Kameradschaften wie Honour & Pride finanzieren ihre Aktivitäten durch die Veranstaltung von sogenannten Skinheadkonzerten.

¹ Soweit bei der Beantwortung der einzelnen Fragen auf eine Anlage hingewiesen wird, bezieht sich diese auch jeweils auf die konkrete Frage und ist entsprechend gekennzeichnet (beispielsweise „Anlage zu I.13“).

Die GfP finanziert sich ebenso wie das FHWO überwiegend aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Die einzige Einnahmequelle der Exilregierung Deutsches Reich bilden die geringen Tagungsgebühren, die auf ihren Treffen erhoben werden.

Zu 14:

Siehe Antwort zu Frage 13.

Zu 15:

Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung § 1 Parteiengesetz (PartG). Sie kommen in den Genuss von Steuervergünstigungen, wenn sie die Rechtsstellung als Partei im Sinne des Parteiengesetzes erlangen. Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht (Artikel 21 Abs. 2 Grundgesetz [GG]). Sofern eine politische Organisation den Status einer Partei im Sinne des PartG hat und die Verfassungswidrigkeit nicht durch das Bundesverfassungsgericht festgestellt wurde, können Steuerbegünstigungen oder -vergünstigungen nicht versagt werden.

Vereine, Kameradschaften oder sonstige andere Organisationen, die beabsichtigen als gemeinnützige Körperschaft anerkannt zu werden bzw. die als gemeinnützige Körperschaft bereits anerkannt sind, werden hinsichtlich der satzungsmäßigen Voraussetzungen und der tatsächlichen Geschäftsführung in dem in Frage 1.2 dargestellten Verfahren überprüft. Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit erfolgt nicht bzw. ab dem Zeitpunkt nicht mehr, in dem Tatsachen und Sachverhalte vorliegen, die Hinweise dafür sein können, dass diese Körperschaften gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstoßen. Solche Verstöße gegen die allgemeine Rechtsordnung müssen gerichtsverwertbar und dem Verein zuzurechnen sein. Vermutungen reichen dafür nicht aus. Nachweislich rechtsextremistische Vereine kommen somit nicht in den Genuss von Steuerbegünstigungen oder -vergünstigungen.

Zu 16:

Für die Beurteilung einer extremistischen Organisation werden programmatische Schriften ebenso herangezogen wie die Äußerungen von Funktionären, Aktionen, Aufrufe, Veröffentlichungen, Flugblätter und das Kontaktnetz der jeweiligen Organisation. Der Bewertung liegt also immer eine Gesamtbetrachtung zugrunde. Parteiprogramme spielen hierbei eine eher untergeordnete Rolle, weil rechtsextremistische Parteien ihre eigentlichen Ziele in solchen Grundsatzdokumenten verschleiern oder allenfalls andeuten. Für die Interpretation der Parteiziele ist deshalb das konkrete Handeln entscheidend.

Äußerungen von NPD-Funktionären und Mitteilungen der Partei belegen immer wieder den antisemitischen und rassistischen Charakter der NPD. So heißt es in einer im Jahre 2006 erschienenen Handreichung: „Sollte die NPD an die Macht kommen, würden alle nicht-europäischen Ausländer abgeschoben. Die Mischlinge würden Deutschland über kurz oder lang freiwillig verlassen, weil ihnen der nationale Klimawandel nicht passt. Sie werden sich dann Heimatländer suchen, in denen die Durchrassung unumkehrbar ist.“

Die Wahl Barack Obamas kommentierte die NPD in einer Pressemitteilung wie folgt: „Mit der Wahl von Barack Obama zum 44. Präsidenten der USA hat sich das wahre Wesen des amerikanischen Molochs im 21. Jahrhundert enthüllt. ... Die alte Selbstbehauptungsstrategie des Judentums, Inländervorrechte durch Minderheitenrechte zu ersetzen und ethno-kulturelle Unterschiede zwischen dem Eigenen und dem Fremden zu verwirklichen, deckt sich mit den Interessen aller Minderheiten, Mischlinge und Entwurzelten im Schmelztiegel Amerika.“

Auf der Grundlage einer solchen ganzheitlichen Betrachtung kann die NPD als neonazistisch bezeichnet werden. Kennzeichnend für die DVU sind fremdenfeindliche, revisionistische und - häufig in verklausulierter Form - antisemitische Positionen, ohne dass diese sich zu einem geschlossenen neonazistischen Weltbild verdichten.

Neonazistische Kameradschaften und die rechtsextremistische Subkultur, die für das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus von zentraler Bedeutung sind, lassen sich nicht über ideologische Grundsatzdokumente, sondern ausschließlich über die Praxis beurteilen. Die Angehörigen der neonazistischen Kameradschaften stellen sich, wie der von den Verfassungsschutzbehörden verwendete Terminus zum Ausdruck bringt, bewusst in die Tradition des historischen Nationalsozialismus. Die Bandbreite der rechtsextremistischen Musik, Hauptkennzeichen der rechtsextremistischen Subkultur, reicht von der offenen Verherrlichung des Nationalsozialismus bis zur Verbreitung plakativer menschenfeindlicher Hetze.

Zu 17:

Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien in Niedersachsen seit dem Jahr 2000:

	NPD		DVU	
	Stimmen	Stimmenanteil (in %)	Stimmen	Stimmenanteil (in %)
09.09.2001 (Kommunalwahlen) ¹⁾	7 589	0,1	-	-
22.09.2002 (Bundestagswahl) ²⁾	12 905	0,3	-	-
02.02.2003 (Landtagswahl) ²⁾	-	-	-	-
13.06.2004 (Europawahl)	17 220	0,7	-	-
18.09.2005 (Bundestagswahl) ²⁾	59 744	1,3	-	-
10.09.2006 (Kommunalwahlen) ¹⁾	21 675	0,2	-	-
27.01.2008 (Landtagswahl) ²⁾	52 986	1,5	-	-
07.06.2009 (Europawahl)	-	-	7 645	0,3
27.09.2009 (Bundestagswahl) ²⁾	53 909	1,2	4 318	0,1

¹⁾Kreiswahlergebnisse ²⁾Zweitstimmen

Zu 18:

Für die Bundestagswahlen 2002, 2005 und 2009 sowie für die Europawahlen 2004 und 2009 wurden repräsentative Wahlstatistiken durchgeführt, die Aufschluss über die Stimmabgabe nach Alter, Geschlecht und nach Bundesländern geben können. Hieraus sind die nachfolgenden Daten für die rechtsextremistische Wählerschaft in Niedersachsen zu entnehmen:

Bei der Europawahl 2004 entfielen von den abgegebenen Stimmen auf die NPD:

	Alter von ... bis unter ... Jahren					Insgesamt
	18 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 60	60 und mehr	
Insgesamt (in %)	2,7	1,3	0,7	0,5	0,4	0,7
Männer (in %)	4,0	2,0	1,0	0,8	0,6	1,1
Frauen (in %)	1,3	0,5	0,3	0,2	0,2	0,3

Bei der Bundestagswahl 2005 entfielen von den abgegebenen Zweitstimmen auf die NPD:

	Alter von ... bis unter ... Jahren					Insgesamt
	18 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 60	60 und mehr	
Insgesamt (in %)	3,3	2,3	1,4	0,9	0,6	1,3
Männer (in %)	4,7	3,4	2,0	1,1	0,9	1,8
Frauen (in %)	1,9	1,3	0,9	0,6	0,4	0,8

NPD-Wählerinnen und -Wähler bei der Bundestagswahl 2005 (Zweitstimmen, nach Geschlecht und Altersgruppen unterteilt):

	Alter von ... bis unter ... Jahren					Insgesamt
	18 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 60	60 und mehr	
Insgesamt (in %)	20,2	22,6	23,4	17,8	16,0	100
Männer (in %)	21,2	23,6	23,6	16,8	14,8	100
Frauen (in %)	18,0	20,5	22,9	20,1	18,5	100

Die repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2002 und zur Europawahl 2009 enthalten keine Angaben über rechtsextremistische Parteien in Niedersachsen.

Für die Bundestagswahl 2009 liegen die Auswertungen des Bundeswahlleiters aus der repräsentativen Wahlstatistik noch nicht vor.

Zu 19:

Gründe oder Motive für die Abgabe der Wählerstimme für eine rechtsextremistische Partei sind der Landesregierung nicht bekannt. Im Übrigen siehe Antwort zu Frage 5.

Zu 20:

Nach einem Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) wurde bundesweit im Jahr 2001 ein einheitlicher Kriminalpolizeilicher Meldedienst - Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) eingeführt, um eine bundeseinheitliche und differenzierte Auswertung und Lagedarstellung zu ermöglichen. Die vor diesem Zeitpunkt erhobenen Daten für das Jahr 2000 sind vor diesem Hintergrund nicht mit den Fallzahlen ab dem Jahr 2001 vergleichbar. Insofern wurden diese Daten nicht in die anliegende Übersicht zu den polizeilich bekannt gewordenen rechtsextremistischen Straftaten in Niedersachsen aufgenommen.

Dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität -rechts- werden gemäß dem KPMD-PMK Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung einer „rechten“ Orientierung zuzurechnen sind. Dies trifft insbesondere auf Delikte zu, bei denen Bezüge zu volkischem Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.

Der extremistischen Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Ebenfalls hinzugerechnet werden Straftaten, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder sich gegen die Völkerverständigung richten.

Niedersachsen gewährleistet hinsichtlich der Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität eine ständige Aktualität, auch für bereits zurückliegende Zeiträume. Ergebnisse aus Ermittlungsverfahren oder Gerichtsurteilen finden auch für vergangene Jahre Berücksichtigung in der Statistik. Dies führt dazu, dass Änderungen bzw. Nacherfassungen notwendig werden, welche die Vergleichbarkeit von Daten insbesondere in Abhängigkeit vom Erhebungszeitpunkt beeinflussen. Die Zahlen unterliegen demzufolge teilweise starken Veränderungen.

Im Übrigen siehe **Anlage 2**:

Anzahl der polizeilich bekannt gewordenen rechtsextremistischen Straftaten in Niedersachsen in den Jahren 2001 bis 2009 (Stand: 31.01.2010); Übersicht nach Landkreisen/kreisfreien Städten

Zu 21:

Die NPD veröffentlicht neben ihrem monatlich erscheinenden Parteiorgan „Deutsche Stimme“ anlassbezogen weitere Publikationen wie die Wahlkampfzeitung „Jetzt reicht's“, die DVD „Offensiv“ oder die vier Ausgaben der sogenannten Schulhof-CD. Daneben werden regionale Publikationen wie der „Heide Express“ und „Der Stachel“ sowie weitere anlassbezogene Flugblätter, Broschüren, Aktionsprogramme etc. herausgegeben. Die JN veröffentlicht in Niedersachsen lediglich auf regionaler Ebene gelegentlich Publikationen wie den „Delme-Boten“ des Stützpunktes Delmenhorst. Die

Nationalzeitung galt bis Januar 2009 als ideologisch-politisches Steuerungselement der DVU. Sie ist die auflagenstärkste rechtsextremistische Wochenpublikation in Deutschland. Derzeit publiziert der DVU-Landesverband ausschließlich über das Internet.

Darüber hinaus hat es verschiedene Flugblattverteilaktionen von rechtsextremistischen Kameradschaften wie der Bürgerinitiative für Zivilcourage Hildesheim gegeben.

Das FHwO gibt das vereinsinterne Rundschreiben „Der Ostbote“ heraus. Die GfP publiziert die jährliche Kongressbroschüre „GfP-Report“ sowie das Mitteilungsblatt „Das Freie Forum“. Die HNG gibt monatlich die „Nachrichten der HNG“ heraus.

Zu 22:

Dem Niedersächsischen Verfassungsschutz liegen keine Erkenntnisse über die Anzahl der Abonnenten bzw. Bezieher der genannten Publikationen vor. Die „Deutsche Stimme“ erreicht bundesweit eine Auflagenzahl von 20 000. Die „Nachrichten der HNG“ erscheinen mit einer bundesweiten Auflagenstärke von 600 Exemplaren. Jeweils ein Exemplar erhalten die ca. 550 Mitglieder.

Zu 23:

Das Internet als bedeutendes Kommunikations- und Informationsmittel ist zum wichtigsten Medium der rechtsextremistischen Szene geworden.

Die NPD betreibt darüber hinaus Eigenwerbung u. a. durch entsprechende Beilagen und Aufrufe in ihren diversen Publikationen. In Wahlkampfzeiten kommt den Infotischen, Plakatierungen und Verteilaktionen von Propagandamaterialien sowie in Ausnahmefällen der Durchführung von Wahlkundgebungen eine zentrale Bedeutung zu. Die Attraktivität von Parteiveranstaltungen steigerte sie durch ein Rahmenprogramm mit rechtsextremistischen Bands oder Liedermachern. Nach Erkenntnissen des Niedersächsischen Verfassungsschutzes nutzt die NPD mittlerweile verstärkt die Werbewirkung von Musik für die Rekrutierung und Mobilisierung des rechtsextremistischen Klientels. Die DVU hat im Bundestagswahlkampf in geringer Zahl Wahlplakate aufgehängt und Flugblätter verteilt.

Die Neonaziszene gewinnt ihren Nachwuchs in der Regel durch persönliche Kontakte z. B. in der Schule oder im privaten Umfeld, aber auch über das Internet.

Die HNG wirbt in der von ihr herausgegebenen Publikation für sich.

Zu 24:

Mit dem Internet steht Rechtsextremisten erstmals ein Massenmedium zur Verbreitung ihrer Propaganda zur Verfügung. Mittlerweile sind sie in allen gängigen Bereichen des Internets vertreten. Sie

- betreiben eigene Internetseiten und Informationsdienste wie altermedia, Ende 2009 wurden ca. 1 000 Homepages von deutschen Rechtsextremisten betrieben,
- sind in sogenannten social communities wie facebook präsent,
- unterhalten eigene Internet-Vertriebe,
- tauschen sich in Foren und Chat-Rooms aus,
- nutzen Videoplattformen wie Youtube oder MyVideo zur Verbreitung von Demonstrations-, Werbe- und Musikfilmen und
- werben umfänglich und kostengünstig für Aktionen.

Die strategische Dimension des Internets für Rechtsextremisten besteht in der Möglichkeit,

- Absprachen in geschlossenen Foren zu treffen,
- Werbe- und Propagandamaterial über Downloads zur Verfügung zu stellen,
- Schulungsangebote parat zu halten.

Sowohl die NPD als auch ihre Jugendorganisation JN verfügen bis in die untersten Strukturen über eigene Internetpräsenzen. Die diesbezüglichen Aktivitäten sollen nach Erkenntnissen des Niedersächsischen Verfassungsschutzes weiter ausgebaut und professionalisiert werden. Der DVU-Lan-

desverband wirbt derzeit ausschließlich über die Internetseite www.dvu-niedersachsen.de für seine Ziele.

Einige Kameradschaften verfügen ebenfalls über eine eigene Internetpräsenz. Sie stellen dort in der Regel Propagandamaterialien wie Aufkleber und Flugblätter als Downloads zur Verfügung. Daneben sind vereinzelt Filme von/über einzelne Gruppierungen über Videoplattformen wie youtube oder myspace ins Internet eingestellt worden. Teilweise handelt es sich um Eigenprodukte der Betreiber. Darüber hinaus bietet die Neonaziszene Kontaktmöglichkeiten auf sämtlichen einschlägigen Internetpräsenzen. Auf der Homepage www.naso-nds.de.vu wurde beispielsweise eigens eine Kontaktseite mit ersten Hintergrundinformationen für potenzielle Einsteiger eingerichtet. Verlinkungen dieser Internetseiten finden sich bundesweit in zahlreichen Portalen. Des Weiteren werden die Internetadressen auf Flyern, Flugblättern u. ä. publiziert.

Die GfP veröffentlicht auf ihrer Homepage neben einer Selbstdarstellung auch Beiträge zu tagespolitischen Themen und die GfP-Entscheidungen. Das Internet spielt somit auch für die Eigenwerbung der GfP eine gewichtige Rolle. Die HNG betreibt keine eigene Homepage. Die einschlägige Internetseite „JVA-Report“ beinhaltet jedoch eine Rubrik „HNG“, in der u. a. ein Mitgliedschaftsantrag dieser Organisation eingestellt ist. Die Exilregierung Deutsches Reich betreibt ihre Eigenwerbung ausschließlich über ihre Homepage www.friedensvertrag.info.

Zu 25:

Ereignisse im Sinne der Fragestellung werden durch die Niedersächsischen Sicherheitsbehörden nicht statistisch erfasst, sodass die Beantwortung eine manuelle Auswertung der vorhandenen Unterlagen erforderlich macht. Vor dem Hintergrund des daraus resultierenden hohen Verwaltungsaufwandes wurde die Auswertung auf den Zeitraum 1. Januar 2008 bis 30. September 2009 beschränkt.

Im Weiteren ist zu berücksichtigen, dass der Polizei insbesondere Ereignisse ohne Öffentlichkeitswirkung und/oder ohne strafrechtliche Relevanz nur eingeschränkt zur Kenntnis gelangen.

Der niedersächsischen Polizei liegen in diesem Zeitraum Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung insbesondere in Bezug auf Info-Stände der NPD vor.

In den Landkreisen und kreisfreien Städten in Niedersachsen wurden insgesamt 83 Info-Stände der NPD polizeilich bekannt. (2008: 46, 2009: 37).

Landkreise/kreisfreie Städte	2008	2009 (bis 30.09.2009)	Gesamt
Aurich	0	3	3
Celle	7	0	7
Cuxhaven	2	0	2
Delmenhorst	0	2	2
Friesland	0	1	1
Goslar	3	0	3
Göttingen	0	2	2
Hannover	1	2	3
Harburg	1	0	1
Hildesheim	8	5	13
Holzminden	1	0	1
Lüneburg	0	4	4
Oldenburg	0	1	1
Oldenburg (Stadt)	2	2	4
Osnabrück	2	0	2
Osnabrück (Stadt)	1	0	1
Rotenburg	1	1	2
Salzgitter	1	0	1
Soltau- Fallingb.ostel	1	4	5
Stade	5	6	11
Uelzen	2	0	2
Verden	3	4	7

Landkreise/kreisfreie Städte	2008	2009 (bis 30.09.2009)	Gesamt
Wilhelmshaven	4	0	4
Wolfenbüttel	1	0	1
Gesamt	46	37	83

Darüber hinaus fanden am 25. April 2008 in Achim/LK Verden eine Vortragsveranstaltung sowie am 6., 12., 19. und 20. Januar 2008 vier Wahlkampfveranstaltungen der NPD zur Landtagswahl in Georgsmarienhütte, Hameln, Goslar/Salzgitter und Meckelfeld statt.

Über Werbeveranstaltungen der anderen rechtsextremistischen Personenzusammenschlüsse liegen keine Erkenntnisse vor.

Zu 26:

Dem niedersächsischen Verfassungsschutz liegen vollständige Informationen zu rechtsextremistischen Musikveranstaltungen nicht mehr für den gesamten Zeitraum vor. In den Jahren 2000 bis 2009 (Stand: 30. September 2009) haben nach vorliegenden Erkenntnissen die nachfolgenden Veranstaltungen von Bands/Liedermachern stattgefunden:

Jahr	Anzahl	Veranstaltungsraum	Teilnehmer
2000	8	11.03.00 Schöningen LK Helmstedt, Gaststätte	ca. 150 TN
		31.03.00 Schwanewede	ca. 100 TN
		23.06.00 Hannover, Vereinsheim	ca. 200 TN
		24.06.00 Eschede LK Celle, Privatgrundstück	ca. 150 TN
		22.07.00 Holvede LK Harburg, Gaststätte	ca. 400 TN
		23.09.00 Karssen/Amt Neuhaus, Gaststätte	ca. 500 TN
		11.11.00 Borsum/LK Hildesheim, Gaststätte	ca. 150 TN
		11.11.00 Stuhr/LK Osterholz, ehemaliges Restaurant	ca. 500 TN
2001	7	05.03.01 Kirchseelte/LK Oldenburg, Lagerhalle	ca. 100 TN
		07.04.01 Kirchseelte, Lagerhalle	ca. 80 TN
		29.09.01 Tostedt/LK Harburg, Schützenhalle	ca. 500 TN
		10.11.01 Wallenhorst/LK Osnabrück, Gaststätte	ca. 100 TN
		Darüber hinaus liegen keine konkreten Erkenntnisse mehr vor.	
2002	10	05.01.02 Wolfsburg	ca. 30 TN
		15.06.02 Northeim, Privatgrundstück	ca. 150 TN
		19.10.02 Schwanewede, Schützenhalle	ca. 100 TN
		Kirchseelte	ca. 50 TN
		Hude	ca. 170 TN
		Rinteln	ca. 170 TN
		Darüber hinaus liegen keine konkreten Erkenntnisse mehr vor.	
2003	9	11.01.03 Hohenhameln, Dorfgemeinschaftshaus	ca. 60 TN
		19.04.03 Wittmund, Örtlichkeit nicht bekannt.	ca. 100 TN
		29.04.03 Tostedt, Gaststätte	ca. 100 TN
		02.05.03 Bramsche/LK Osnabrück, ehemalige Gaststätte	ca. 140 TN
		03.05.03 Bramsche, ehemalige Gaststätte	ca. 35 TN
		10.05.03 Schöningen, Gaststätte	ca. 70 TN
		30.08.03 Osnabrück, Örtlichkeit nicht bekannt.	ca. 60 TN
		24.10.03 Salzgitter, Proberaum	ca. 60 TN
		29.11.03 Salzgitter, Proberaum	ca. 80 TN

Jahr	Anzahl	Veranstaltungsraum	Teilnehmer
2004	10	03.04.04 Hohenhameln, Dorfgemeinschaftshaus	ca. 140 TN
		10.04.04 Molbath/LK Uelzen, Fabrikhalle	ca. 400 TN
		10.04.04 LK Verden, Saalveranstaltung	ca. 50 TN
		17.07.04 Langenhagen, Grillplatz	ca. 35 TN
		14.08.04 Lüchow, Fabrikhalle	ca. 210 TN
		06.11.04 Oyten, Gaststätte	ca. 70 TN
		20.11.04 Willerhausen/LK Nordheim, Gaststätte	ca. 130 TN
		04.12.04 Hildesheim, Gaststätte	ca. 80 TN
		18.12.04 Neustadt a. Rbg, Gaststätte	ca. 100 TN
		18.12.04 Lüchow, Gaststätte	ca. 120 TN
2005	10	29.01.05 Tostedt, ehemaliger Bahnhof	ca. 190 TN
		29.01.05 Braunschweig, Kleingartenkolonie	ca. 75 TN
		26.03.05 Bröckel, LK Celle, Gaststätte	ca. 130 TN
		02.04.05 Braunschweig, Sportheim	ca. 120 TN
		23.04.05 Wahrenholz/LK Gifhorn, Grillplatz	ca. 80 TN
		21.10.05 Georgsmarienhütte, NPD-Heim	ca. 50 TN
		29.10.05 Salzgitter, Gaststätte	ca. 70 TN
		19.11.05 Vechta, Gaststätte	ca. 50 TN
		19.11.05 Dibbersen/Buchholz, Schützenhalle	ca. 105 TN
		10.12.05 Rinteln, Gaststätte	ca. 130 TN
2006	18	01.01.06 Bad Essen, Hotel	ca. 70 TN
		14.01.06 Bad Essen, Hotel	ca. 50 TN
		14.01.06 Braunschweig, Schwimmbad	ca. 130 TN
		28.01.06 Tespe/LK Harburg, Schützenhalle	ca. 250 TN
		18.02.06 Dassel/LK Northeim, Scheune	ca. 120 TN
		11.03.06 Duderstadt, Proberaum	ca. 80 TN
		01.04.06 Sassenburg, Clubhaus	ca. 200 TN
		13.05.06 Dassel, Scheune	ca. 80 TN
		20.05.06 Tostedt, Gaststätte	ca. 100 TN
		08.07.06 Bad Lauterberg, Gaststätte	ca. 50 TN
		22.07.06 Salzgitter, Vereinsgaststätte	ca. 120 TN
		12.08.06 Sandstedt/LK Cuxhaven, ehemaliger Bauernhof	ca. 300 TN
		08.09.06 Bad Lauterberg, Gaststätte	ca. 50 TN
		16.09.06 Godensholt/LK Ammerland, Gaststätte	ca. 50 TN
		25.11.06 Grauen/LK Soltau-Fallingbostel, Scheune	ca. 50 TN
		25.11.06 Neuenkirchen, Haus auf Privatgrundstück	ca. 100 TN
		02.12.06 Salzgitter, Gewerbegebiet	ca. 80 TN
		16.12.06 Duderstadt, Halle	ca. 70 TN
2007	10	27.01.07 Rotenburg, Vereinsgaststätte	ca. 70 TN
		10.02.07 Salzgitter, Vereinsgaststätte	ca. 350 TN
		02.03.07 Meyenfeld, Vereinsgaststätte	ca. 100 TN
		14.04.07 Nordhorn, Getränkehandel	ca. 60 TN
		02.06.07 Wolfsburg, Vereinsheim	ca. 250-300 TN
		07.07.07 Georgsmarienhütte, NPD-Heim	ca. 50 TN
		25.08.07 Berßen/LK Emsland, Gaststätte	ca. 150 TN
		15.09.07 Hannover, HCC	ca. 800 TN
		17.11.07 Georgsmarienhütte, NPD-Heim	ca. 50 TN
		15.12.07 Wendeburg/LK Peine, Gaststätte	ca. 300 TN

Jahr	Anzahl	Veranstaltungsraum	Teilnehmer
2008	9	19.01.08 Einbeck, Kleingartenkolonie	ca. 40 TN
		09.02.08 Bündheim/Bad Harzburg, ehemalige Fabrikhalle	ca. 300 TN
		01.03.08 Georgsmarienhütte, NPD-Heim	ca. 25 TN
		29.03.08 Einbeck, Kleingartenkolonie	ca. 50 TN
		24.05.08 Georgsmarienhütte, NPD-Heim	ca. 40 TN
		20.06.08 Eschede, Privatanwesen	ca.260 TN
		05.07.08 Klein Biewende/LK Wolfenbüttel, ehemalige Gaststätte	ca.110 TN
		16.08.08 Wiesmoor, Haus auf Privatgrundstück	ca. 25 TN
		08.11.08 Rätzlingen/LK Uelzen, Scheune	ca. 300 TN
2009	8	31.01.09 Einbeck, Kleingartenkolonie	ca. 30 TN
		28.02.09 Braunschweig, Naturfreundehaus	ca. 50 TN
		07.03.09 Grauen, Scheune	ca. 80 TN
		25.04.09 Salzgitter, Gaststätte	ca.120 TN
		23.05.09 Schmedenstedt/LK Peine, Festzelt	ca.150 TN
		12.09.09 Suderburg/LK Uelzen, Lagerhaus	ca. 60-120 TN
		03.10.09 Lengede OT Barbecke, stillgelegtes Industriegeb.	ca. 130 TN
		27.11.09 Königsmoor, Privatgrundstück	ca. 150 TN

Zu 27:

Die Musik hat sich zum wirksamsten Medium zur Verbreitung rechtsextremistischer Botschaften in der subkulturell geprägten Szene entwickelt. Den Skinheadbands, deren Konzerte in erster Linie der Verbreitung und Verfestigung rechtsextremistischen Gedankengutes dienen, wird daher eine besondere Bedeutung beigemessen. Auf den Veranstaltungen werden alte Szenekontakte gepflegt und neue geknüpft sowie das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Kameradschaft der Szeneangehörigen intensiviert. Rechtsextremistische Musik bildet deshalb einen Schwerpunkt der präventiven Arbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes.

Zu 28:

In den Jahren 2000 bis 2009 (Stand: 30. September 2009) wurden der niedersächsischen Polizei insgesamt 40 Aktionen im Sinne der Fragestellung bekannt. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass insbesondere Ereignisse ohne strafrechtliche Relevanz der Polizei nur unregelmäßig zur Kenntnis gelangen bzw. vor dem Hintergrund festgelegter Aufbewahrungs- und Löschfristen in den polizeilichen Unterlagen nicht mehr in vollem Umfang zur Verfügung stehen.

Ein Schwerpunkt der Aktionen von Rechtsextremisten an Schulen lag im Jahr 2004 im Landkreis Verden, welcher insbesondere auf den Erwerb des Objektes „Heisenhof“ durch die „Wilhelm-Tietjen-Stiftung“ des Rechtsextremisten Jürgen Rieger im April 2004 zurückzuführen ist. Vor diesem Hintergrund verstärkte die rechtsextremistische Szene die Aktivitäten in dieser Region.

Bei der Beantwortung dieser Frage wurde davon Abstand genommen, die Schulnamen zu benennen, um eine Stigmatisierung der Schulen zu vermeiden.

Jahr	Organisation	Schule in Landkreis/ kreisfreier Stadt	Gemeinde
2000	NPD	Verden	Verden
2000	NPD	Osterholz	
2000	NPD	Verden	Achim
2000	NPD	Verden	Achim
2001	NPD	Osterholz	Schwanewede
2002	NPD	Braunschweig	
2003	NPD	Verden	Oyten
2003	NPD	Verden	Thedinghausen
2003	NPD	Verden	Verden
2004	NPD	Verden	Achim

Jahr	Organisation	Schule in Landkreis/ kreisfreier Stadt	Gemeinde
2004	NPD	Verden	Thedinghausen
2004	NPD	Verden	Flecken Ottersberg
2004	NPD	Verden	Kirchlinteln
2004	NPD	Verden	Verden
2004	NPD	Verden	Thedinghausen
2004	NPD	Verden	Kirchlinteln
2004	NPD	Verden	Achim
2004	NPD	Verden	Achim
2004	NPD	Verden	Flecken Ottersberg
2004	NPD	Verden	Dörverden
2004	NPD	Verden	Verden
2004	NPD	Verden	Verden
2005	NPD	Verden	Verden
2005	NPD	Verden	Dörverden
2005	NPD	Verden	Achim
2005	NPD	Verden	Verden
2005	NPD	Braunschweig	
2006	NPD	Osterholz	Scharmbeck
2008	NPD	Verden	Verden
2008	NPD	Verden	Dörverden
2008	NPD	Stade	
2008	NPD	Stade	
2008	NPD	Lüneburg	
2008	NPD	Lüneburg	Bardowick
2008	JN/NPD	Rotenburg	
2008	JN/NPD	Rotenburg	
2008	JN/NPD	Rotenburg	
2008	NPD	Braunschweig	
2009	NPD	Verden	Achim
2009	NPD	Stade	Samtgemeinde Nordkehdingen

Zu 29:

Die NPD, ihre Jugendorganisation JN und die neonazistischen Kameradschaften sehen in Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein erhebliches Rekrutierungs- und Mobilisierungspotential, das sie insbesondere im Internet, aber auch mit herkömmlichen jugendspezifischen Publikationen wie Comics und Schulhof-CD² zu umwerben versuchen. Im März 2010 verteilten Angehörige der neonazistischen Szene an Schulen der Region Hannover eine rechtsextremistische Jugendzeitschrift mit dem Titel *Der Bock*. Rechtsextremistischen Eigenangaben zufolge ist die Zeitschrift in einer Auflage von 20 000 Exemplaren gedruckt worden. Sie wird außerdem auf der Internet-Seite www.besseres-hannover.info, die sich gezielt an Jugendliche wendet, zum Download angeboten.

Im für Jugendliche besonders attraktiven Medium Internet werden - in vermeintlich anonymer Umgebung - exzessiv fremdenfeindliche und antisemitische Positionen verbreitet. Chat-Rooms und Diskussionsforen wie das Thiazi Forum haben für den Zusammenhalt der Szene einen immer größeren Stellenwert erlangt. Hier bietet das Internet die Möglichkeit, in nicht offenen, durch Passwort geschützten Bereichen miteinander zu kommunizieren. Rechtsextremisten versuchen auf diese Weise, Organisationsverbote zu unterlaufen und Kontakte auch zu Rechtsextremisten im Ausland zu knüpfen. Auf Jugendliche üben diese interaktiven Dienste eine besondere Faszination aus. Der Einstieg in rechtsextremistische Zusammenhänge ist leicht möglich, Gleichgesinnte sind schnell gefunden. Der rechtsextremistischen Szene wird durch diese Kommunikation ein neues Wir-Gefühl vermittelt.

² Siehe hierzu auch Antwort der Landesregierung auf die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Jahns und Biallas (CDU) „Schulhof-CD der NPD“, 63. Plenarsitzung, 18. Februar 2010

Einen wichtigen Stellenwert bei der Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts unter Jugendlichen haben darüber hinaus Videoplattformen wie Youtube oder MyVideo erlangt. Daneben nutzen Rechtsextremisten auch besonders die zum sogenannten Web 2.0 zählenden Social Communities, z. B. MySpace, Ning und schülerVZ.

Zu erwähnen sind außerdem die Aktionsgruppen der Autonomen Nationalisten. Ihr modernes, an andere Jugendsubkulturen angelehntes Erscheinungsbild sowie ihr aktionsorientiertes Auftreten üben eine erhebliche Anziehungskraft auf junge Rechtsextremisten aus.

Zu 30:

Das Niedersächsische Kultusministerium, die Landesschulbehörde, die Schulen und Sicherheitsbehörden führen keine systematische Übersicht über extremistische Vorfälle an den niedersächsischen Schulen. In einigen Fällen werden extremistische Vorfälle an das Kultusministerium oder die Landesschulbehörde gemeldet.

Bei der Beantwortung dieser Frage wurde davon Abstand genommen, die Schulnamen zu benennen, um eine mögliche Stigmatisierung der Schulen zu vermeiden.

Der niedersächsischen Polizei wurden insgesamt 158 Vorfälle im Sinne der Fragestellung bekannt. Davon entfallen 92 auf die von Betreibern der Internetseite „Neues-Volk.net“ an Schulen versandten E-Mails im Jahr 2009. Bei „Neues-Volk.net“ handelt es sich um ein rechtsextremistisches Internet-Medienobjekt des „zur informellen Vernetzung des Widerstandes in Norddeutschland“ eingerichteten Netzwerkes Nord. Mit den E-Mails war beabsichtigt, im Rahmen einer Informationskampagne „soziale Defizite und Verausländerung deutscher Städte“ in angebotenen „Informationsveranstaltungen und Schulungsseminaren“ Schüler, Eltern und Lehrer anzusprechen.

Seit Anfang des Jahres 2003 konzentrierte sich die NPD/JN Verden-Rotenburg verstärkt auf eine intensive Jugendarbeit. Mit jugendorientierten Konzepten strebte die NPD/JN nach eigenen Angaben die „Politisierung der Jugend“ an und versuchte so neue und insbesondere junge Mitglieder zu werben. Im Rahmen dieser Kampagne wurde die „JN - Schuloffensive“ unter dem Motto „Den Nationalsozialismus in die Schulen tragen“ umgesetzt. In Folge dessen wurden an Schulen im LK Verden durch Anhänger der JN Flugblätter der NPD/JN Verden-Rotenburg verteilt.

Im Allgemeinen erfolgen Aktionen mit rechtsextremistischem Hintergrund an Schulen vorwiegend anlassbezogen wie z. B. im Zusammenhang mit besonderen (sportlichen) Ereignissen oder Wahlen.

Jahr	Schule im Ort	Aktionsform
2000	Oyten / LK Verden	Anbringen von NPD-Aufklebern
2000	Osterholz-Scharmbeck / LK Osterholz	Anbringen von JN-Plakaten
2000	Achim / LK Verden	Anbringen von NPD-Aufklebern
2000	Achim / LK Verden	NPD-Plakataktion
2000	Osterholz-Scharmbeck / LK Osterholz	Anbringen von Aufklebern am Gebäude
2000	Schwanewede / LK Osterholz	Verteilung der JN-Druckschrift „Der Rebell“
2003	Oyten / LK Verden	Verteilen von JN-/NPD-Flugblättern
2003	Thedinghausen / LK Verden	Verteilung von JN-Broschüren
2003	Verden / LK Verden	Verteilung von NPD-Flugblättern
2004	Achim / LK Verden	Verteilung von JN-/NPD-Infomaterial
2004	Thedinghausen / LK Verden	Verteilung von JN-Flugblättern
2004	Ottersberg / LK Verden	Verteilung von JN-/NPD-Infomaterial an Schüler
2004	Kirchlinteln / LK Verden	Verteilung von JN-/NPD-Infomaterial
2004	Verden / LK Verden	Verteilung der Druckschrift „Der Rebell“
2004	Thedinghausen / LK Verden	Verteilung von NPD-Infomaterial
2004	Kirchlinteln / LK Verden	Verteilung von NPD-Infomaterial
2004	Achim / LK Verden	Verteilung von NPD-Infomaterial, u. a. „Der Rebell“
2004	Ottersberg / LK Verden	Verteilung der JN-Druckschrift „Der Rebell“

Jahr	Schule im Ort	Aktionsform
2004	Dörverden / LK Verden	Verteilung der JN-Druckschrift „Der Rebell“
2004	Verden / LK Verden	Verteilung der JN-Druckschrift „Der Rebell“
2004	Verden / LK Verden	Verteilung der JN-Druckschrift „Der Rebell“
2004	Bückerburg/Schaumburg	Anbringen von NPD-Plakaten und Spuckies
2005	Verden / LK Verden	Hinterlegen von NPD-Flyern im Umfeld der Schule
2005	Dörverden / LK Verden	Verteilung von JN-/NPD-Infomaterial, u. a. der Druckschrift „Der Rebell“
2005	Achim / LK Verden	Hinweis auf mögl. Werbung von Schülern durch die rechte Szene
2005	Pattensen	Verteilung CD der NPD
2005	Hemmingen	Verteilung CD der NPD
2005	Lindhorst/Schaumburg	Graffiti und Aufkleber der „Heimat-Kultur-Gemeinschaft“
2005	Rehburg-Loccum/Nienburg	Plakate mit rechten Inhalten
2006	Osterholz-Scharmbeck / LK Osterholz	Feststellung von NPD-Flyern im Gebäude
2006	Osterholz-Scharmbeck / LK Osterholz	Auffinden von Flyern mit rechtem Inhalt im Gebäude
2006	Osterholz-Scharmbeck / LK Osterholz	Plakatklebeaktion
2006	Hannover-Döhren	Aufkleber
2006	Duderstadt	Verteilung CD
2007	Wunstorf	Aufkleber
2007	Nienburg	Zettelaktion der rechten Szene
2008	Verden / LK Verden	Hinterlegung von NPD-Flyern im Umfeld der Schule.
2008	Dörverden / LK Verden	Hinweis auf Bedrohung von ausländischen Schülern vor der Schule
2008	Verden / LK Verden	Hinterlegen von NPD-Infomaterial
2008	Dörverden / LK Verden	Auslegen der JN-Druckschrift „Der Rebell“
2008	Echte	Verteilung der DVD „Offensiv“
2008	Northeim	Verteilung von DVDs der NPD
2008	Neustadt	E-Mail Versand
2008	Hannover	Angebrachte Aufkleber im Nahbereich „JN-Aktion Widerstand“
2008	Pattensen	Angebrachte JN-Aufkleber
2008	Großburgwedel	Aufkleber
2008	Hannover	Verteilung der NPD-Wahlkampf DVD „offensiv“
2008	Stade	Verteilung der NPD-Wahlkampf DVD „offensiv“
2008	Stade	Verteilung der NPD-Wahlkampf DVD „offensiv“
2008	Stadt Lüneburg	NPD-Verteilaktion
2008	LK Lüneburg	JN-Verteilaktion
2008	LK Rotenburg	Spuckis der NPD
2008	LK Rotenburg	Aufkleber der JN
2008	LK Rotenburg	NPD/JN Aufkleber
2008	LK Rotenburg	Flugblattverteilung
2008	LK Leer	Aufkleber des Wikingversands
2008	Langersheim	Download rechtsextremistischer Musik auf Schul-PC
2008	Uelzen	Verteilung NPD-Wahlkampf-CD
2008	Schneverdingen	Verteilung NPD-Wahlkampf-DVD
2009	Achim / LK Verden	Anbringen von Flyern der NPD
2009	Wennigsen	Brief
2009	Göttingen	Pöbelnde Personen vor dem Schulgebäude mit Bekleidungsaufschrift „White Pride“
2009	Verden	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Verden	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Verden	E-Mail von „Neues-volk.net“

Jahr	Schule im Ort	Aktionsform
2009	Verden	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Delmenhorst	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Tostedt	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Bremervörde	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Bremervörde	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Bohmte	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Osnabrück	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Osnabrück	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Lohne	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Oldenburg	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Oldenburg	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Laatzen	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Laatzen	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Hannover	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Hannover	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Hannover	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Hannover	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Garbsen	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Hannover	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Buxtehude	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Loccum	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Isernhagen	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Isernhagen	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Stadthagen	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Rinteln	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Rotenburg	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Bückeberg	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Schaumburg	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Dassel	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Dassel	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Lüneburg	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Celle	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Celle	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Haren	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Leeste	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Neustadt	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Walsrode	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Walsrode	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Bad Harzburg	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Stade	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Stade	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Stade	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Westerstede	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Mooermerland-Vennhusen	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	LK Wesermarsch	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Schortens	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Einbeck	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Melle	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Melle	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Melle	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Hambergen	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Hildesheim	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Wittmund	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Braunschweig	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Braunschweig	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Salzhausen	E-Mail von „Neues-volk.net“

Jahr	Schule im Ort	Aktionsform
2009	Scharmbeck	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Uelzen	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Nordstemmen	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Seesen	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Vechta	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Wolfsburg	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Emden	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Barenburg Emden	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Heese	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Sehnde	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Varel	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Wathlingen	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Burgwedel	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Holdorf	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Barsinghausen	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Göttingen	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Buschholz	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Hameln	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Hameln	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Hameln	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Hameln	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Hann. Münden	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Peine	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Osterode	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Cloppenburg	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Samtgemeinde Bromew, LK Gifhorn	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Wolfenbüttel	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Meppen	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Bad Gandersheim	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Cuxhaven	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Salzgitter	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Emmerthal	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Burgdorf-Lehrte	E-Mail von „Neues-volk.net“
2009	Nordkehdingen, LK Stade	Angebl. Verteilung der NPD-Schulhof-CD
2009	LK Osnabrück	Auffälliger Jugendlicher im Klassenverband
2009	Seesen	Aufkleber

Zu 31:

Siehe **Anlage 3:**

Polizeilich bekannt gewordene rechtsextremistische Straftaten an Schulen in Niedersachsen in den Jahren 2001 bis 2008 (Stand: 31.01.2009).

Die niedersächsischen Staatsanwaltschaften führen jedes Jahr eine Vielzahl von Ermittlungsverfahren mit rechtsextremistischem Hintergrund. In den Registern der Justizbehörden wird allerdings nicht gesondert erfasst, welche davon infolge von Taten an Schulen eingeleitet wurden. Eine Auswertung aller in Frage kommenden Akten müsste von Hand erfolgen und könnte nur mit unverhältnismäßig großem Personalaufwand durchgeführt werden. Deshalb können insoweit keine Angaben zu Ermittlungsverfahren und entsprechenden Verurteilungen gemacht werden.

Zu 32:

Die Schulen sind aufgefordert, eigenständig bei extremistischen Aktivitäten zu reagieren und mit den örtlichen Polizeidienststellen zu kooperieren.

Die niedersächsische Polizei trifft die zur Verhinderung und gegebenenfalls strafrechtlichen Verfolgung entsprechender Vorfälle an Schulen erforderlichen Maßnahmen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten.

Die Polizei berät und unterstützt die Schulen insbesondere bei der Anwendung und Durchsetzung des Hausrechtes gegenüber Personen der rechtsextremistischen Szene.

Im Bedarfsfall, wie z. B. im Jahr 2004 im Zusammenhang mit der Häufung von Vorfällen im Bereich Verden, unterstützt die Polizei die zuständige Kommune und die Schulen bei der Durchführung von Informations- und Aufklärungsveranstaltungen und steht als ständiger Ansprechpartner zur Verfügung.

Sofern es notwendig ist, greifen die Schulen die Thematik im Unterricht auf und versuchen, mit den Schülerinnen und Schülern präventiv zu arbeiten.

Im Zusammenhang mit der im Jahr 2009 durchgeführten E-Mail-Versandaktion durch „Neuesvolk.net“ wurden unverzüglich geeignete Maßnahmen insbesondere hinsichtlich der Information und Aufklärung der betroffenen Schulen in enger Kooperation zwischen dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres, Sport und Integration und dem Niedersächsischen Kultusministerium ergriffen. Unter Beteiligung der Justiz wurde durch eine sofortige Bewertung der strafrechtlichen Relevanz der E-Mail Handlungssicherheit für Polizei und Schulen geschaffen.

Im Übrigen siehe Antwort zu Frage 33.

Zu 33:

Im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages klärt der Niedersächsische Verfassungsschutz die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen auf. Er erfüllt damit auch präventive Aufgaben bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus und gibt Handlungsanleitungen bei konkreten Vorfällen mit rechtsextremistischem Hintergrund. Um der steigenden Nachfrage an Informationen und Beratungswünschen in allen Extremismusbereichen Rechnung tragen zu können, wurde 2009 im Verfassungsschutz die Niedersächsische Extremismus-Informationsstelle (NEIS) eingerichtet, die alle Präventionsangebote des Niedersächsischen Verfassungsschutzes bündelt und steuert.

Ein wesentlicher Bestandteil des Präventionskonzeptes ist u. a. die vom Niedersächsischen Verfassungsschutz konzipierte und seit 2005 kontinuierlich gebuchte Wanderausstellung "Verfassungsschutz gegen Rechtsextremismus - Unsere Demokratie schützen", die ab Januar 2010 um den Bereich Linksextremismus erweitert wurde und unter dem neuen Titel „Verfassungsschutz gegen Extremismus“ zu sehen ist. Die Ausstellung gibt u. a. einen Überblick über die aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. In Führungen durch geschulte Mitarbeiter des Niedersächsischen Verfassungsschutzes bekommen die Besucher u. a. einen Einblick in die rechtsextremistische Jugendszene mit ihrer Symbolik, der emotionalen Wirkung rechtsextremistischer Musik und den medialen Angeboten der rechten Szene. Sie richtet sich vorrangig an Schulklassen und Lehrkräfte, denen die Informationen als Hintergrund für weitere Unterrichtseinheiten zum Thema Rechtsextremismus dienen sollen.

Zudem intensiviert der Niedersächsische Verfassungsschutz seit Anfang 2004 insbesondere an niedersächsischen Schulen und Bildungseinrichtungen seine Vortrags- und Informationsveranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus. Die fortlaufenden Vortragsveranstaltungen über aktuelle Entwicklungen und Erscheinungsformen der rechtsextremistischen Szene dienen auch hier der Sensibilisierung von Lehrkräften und sonstigen Multiplikatoren. In diesem Zusammenhang wurde vom Niedersächsischen Verfassungsschutz eine die Ausstellung begleitende CD erstellt, die Lehrkräften und Multiplikatoren zusätzliche Informationen, Materialien und Interpretationshilfen zum Thema Rechtsextremismus bietet.

Darüber hinaus wollen das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Integration und das Niedersächsische Kultusministerium zukünftig den Schulen verstärkt Informationsveranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus gezielt für einzelne Lehrkollegien, Schulvorstände usw. anbieten.

Seit Juni 2005 läuft in enger Zusammenarbeit zwischen dem Niedersächsischen Verfassungsschutz, dem Niedersächsischen Kultusministerium, dem Niedersächsischen Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS) und der Landesschulbehörde eine gemeinsame Fortbildungsreihe für Lehrkräfte mit Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen in verschiedenen Regionen des Landes. Die zentralen Lehrerfortbildungen werden möglichst mit den Präsentationsorten der Wanderausstellung verknüpft, um den Wirkungsgrad der Wanderausstellung zu erweitern. Die Lehrkräfte erhalten so bereits im Vorfeld einen umfangreichen Einblick in die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und haben damit die Möglichkeit, den Besuch der Ausstellung mit den jeweiligen Schülern fundiert vorzubereiten.

Im Mittelpunkt der Lehrerfortbildung stehen auch hier die Information über die Gefahren des Rechtsextremismus und die aktuelle Entwicklung, die von Referenten des Niedersächsischen Verfassungsschutzes vorgetragen wird. Gleichzeitig sollen die Veranstaltungen dazu beitragen, dass in den Schulen geeignete Aktivitäten und Projekte gegen den Rechtsextremismus initiiert und nachhaltig verankert werden. Bei der inhaltlichen Ausgestaltung von Projekttagen und -wochen zu diesem Thema werden die Schulen fortlaufend vom Niedersächsischen Verfassungsschutz beraten und unterstützt. Auch bei anlassbezogenen Vorfällen stehen das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Integration und das Niedersächsische Kultusministerium den Schulen mit ihrer Beratungskompetenz zur Verfügung.

Bei den Fortbildungsveranstaltungen wird auf die Vielzahl von Veröffentlichungen und Handreichungen für den Umgang mit rechtsextremistischen bzw. rassistischen Vorfällen ausgewählt hingewiesen. Fortbildungen haben bisher in Stade/Cuxhaven, Walsrode/Fallingbostel, Hameln/Schaumburg, Osnabrück, Braunschweig, Hildesheim/Holzminde, Göttingen/Northeim, Helmstedt und Tostedt stattgefunden.

Für 2010 planen das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Integration, das Niedersächsische Kultusministerium und die Landesschulbehörde eine Weiterentwicklung der Lehrerfortbildung. Sie soll einen besseren Austausch der Lehrkräfte ermöglichen. Es werden pro Jahr vier Fortbildungsveranstaltungen angeboten, die sich an den Zuständigkeiten der Standorte der Landesschulbehörde orientieren.

Im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“ stand und steht zudem der Arbeitsbereich Rechtsextremismus des Landespräventionsrates (LPR) für zahlreiche Beratungsanfragen aus Schulen, Ausbildungsstätten, Vereinen und Verbänden zur Verfügung. In den bisherigen Anfragen ging es meist um die Frage, wie Lehrkräfte, Anleiterinnen und Anleiter oder Trainerinnen und Trainer mit rechtsextremistischen Erscheinungsformen in einer Klasse, einem Kurs oder einem Team von Jugendlichen adäquat umgehen können. Für jede Anfrage wurden in Kooperation mit einschlägigen Einrichtungen der Bildungsarbeit wie z. B. der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt in Braunschweig oder dem LidiceHaus in Bremen passgenaue Fortbildungsveranstaltungen entwickelt und - für die anfragende Institution kostenfrei - angeboten. Das gesamte Material dieser Beratungs- bzw. Fortbildungsangebote ist dokumentiert, wird ständig weiterentwickelt, evaluiert und dem neuesten Erkenntnisstand angepasst. Die gesamte Arbeit des Bundesprogramms in den Ländern wird extern von drei renommierten Instituten (Deutsches Jugendinstitut, Camino Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH und ISS Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik gem. e. V.) wissenschaftlich begleitet und evaluiert.

Der Arbeitsbereich Rechtsextremismus des LPR ist also befähigt, gerade Lehrerinnen und Lehrer in Fällen von Gewalt und Aktivitäten mit rassistischem bzw. rechtsextremistischem Hintergrund zu beraten bzw. fortzubilden. Diese direkte, persönliche und schnelle praktische Hilfe bildet einen weiteren wichtigen Pfeiler der Lehrerfortbildung zu Fragen des Rechtsextremismus.

Die vom Niedersächsischen Verfassungsschutz herausgegebene Broschüre „Rechtsextremistische Skinheads - Neonazistische Kameradschaften - Rechtsextremistische Musik“, die in komplett überarbeiteter Version bereits in zweiter Auflage angeboten wird, dient bislang vielen Lehrern als Unter-

richtsmaterial und wird ausstellungs- und vortragsbegleitend verteilt. Eine Aktualisierung, die insbesondere auch die Entwicklungen im Bereich der Autonomen Nationalisten hervorhebt, ist derzeit in Planung.

Das Netzwerk „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ (SOR-SMC) richtet sich gegen jede Form von Diskriminierung an Schulen. Einen besonderen Schwerpunkt bildet das Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus. In Niedersachsen sind ca. 100 Schulen fast aller Schulformen an dem Projekt beteiligt. Die Schulen müssen sich zu den Grundsätzen von SOR-SMC bekennen und jährlich ein Projekt zur Thematik durchführen. Die Landeskoordination von SOR-SMC ist beim Koordinator für Jugend und politische Bildung im Niedersächsischen Kultusministerium angesiedelt. Außerdem informiert der Niedersächsische Verfassungsschutz bei seinen Veranstaltungen über SOR-SMC. Pro Jahr kommen ca. 15 Schulen zum Netzwerk hinzu.

Die niedersächsische Polizei informiert im Rahmen des Schulunterrichts Schülerinnen und Schüler über Erscheinungsformen des Rechtsextremismus aus polizeilicher Sicht. Vordringliches Ziel dieser Informations- und Aufklärungskampagne ist es, das Problembewusstsein der Kinder und Jugendlichen zu schärfen. Sie lernen die Vorgehensweise und Gefahren des Rechtsextremismus frühzeitig zu erkennen und handlungssicher sowie couragiert auf rechtsextremistische Gewalt zu reagieren. Die Polizei ist auch nach den Unterrichtseinheiten ein wichtiger und geeigneter Ansprechpartner auf örtlicher Ebene für Kinder und Jugendliche.

Derzeit bereitet das Landeskriminalamt Niedersachsen zur Unterstützung der Polizeibeamtinnen und -beamten der örtlichen Dienststellen einen „Ratgeber gegen Rechtsextremismus“ vor, welcher Hintergrundinformationen zum Thema sowie Angebote für Präventionsmaßnahmen enthält. Der Ratgeber wurde Anfang des Jahres 2010 an die Polizeidienststellen ausgeliefert.

Darüber hinaus wurden im Rahmen der Regelungen zur Zusammenarbeit zwischen Schule, Polizei und Staatsanwaltschaft den Schulen polizeiliche Ansprechpartner an die Seite gestellt, die auch regelmäßig in Unterrichtseinheiten unterstützend eingebunden werden können.

Vom Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes wurde die bundesweite Informations- und Aufklärungskampagne „Wölfe im Schafspelz“ erarbeitet. Entstanden ist ein Medienpaket für Schüler ab ca. 13 Jahren, welches aus dem Spielfilm „Platzangst“, einem Filmbegleitheft und der Dokumentation „Rechtsextremismus heute - zwischen Agitation und Gewalt“ besteht. Der Film soll Schülern ab der 7. Klasse als Informations- und Diskussionsgrundlage dienen. Das Filmbegleitheft gibt Literaturhinweise und methodisch-didaktische Hinweise für Lehrkräfte. In der Dokumentation werden weitere Informationen zum Thema für Schüler ab der 9. Klasse und für Lehrer dargestellt.

Das Material wurde durch die Polizeien der Länder an die weiterführenden Schulen ausgegeben. In Niedersachsen wurden mehr als 3 000 Medienpakete verteilt. Zu dieser Kampagne gehörte auch ein Kreativwettbewerb für Schulklassen und Jugendgruppen, der das Drehen eines „TV-Spots gegen Rechts“ beinhaltet. In Niedersachsen haben 24 Teams an dem Wettbewerb teilgenommen. Auch nach Abschluss des Kreativwettbewerbs im April 2007 wird das Medienpaket in Schulen eingesetzt.

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention bietet unter der Internet-Adresse www.polizeiberatung.de umfangreiche Informationen zum Thema Rechtsextremismus. Die Internetseite erläutert Erscheinungsformen und Erkennungszeichen des Rechtsextremismus und gibt Empfehlungen zu geeigneten Präventionsmaterialien für Eltern und Pädagogen zum Thema Rechtsextremismus, Zivilcourage und Gewalt an Schulen.

Auch der Niedersächsische Verfassungsschutz bietet auf seiner Internetseite www.verfassungsschutz.de und der gemeinsamen Seite der norddeutschen Verfassungsschutzbehörden www.verfassungsschutzgegenrechtsextremismus.de Hintergrundinformationen, Analysen und aktuelle Meldungen zu rechtsextremistischen Erscheinungsformen und Aktivitäten. Hier finden sich auch Beratungsangebote und Ansprechpartner von Organisationen und Präventionspartnern, an die sich Interessierte oder Hilfesuchende im Umgang mit rechtsextremistischen Vorfällen wenden können.

Zu 34 und 35:

An der Universität Osnabrück hat es seit dem Jahr 2000 nachfolgend aufgeführte Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund gegeben:

- Im Jahr 2000 wurden der Universität Osnabrück von einer dritten Person Briefe mit rechtsextremistischem Inhalt zugesandt. Ein wegen Volksverletzung eingeleitetes Ermittlungsverfahren wurde eingestellt.
- Im Jahr 2009 wurde eine ehemalige Gastdozentin durch antisemitische und rassistische Äußerungen eines ehemaligen Studierenden beleidigt. Ein Ermittlungsverfahren wegen eines Beleidigungsdelikts wurde mit Verweis auf den Privatklageweg eingestellt.
- Weiterhin wurden in dem angefragten Zeitraum an Gebäuden oder Gegenständen der Universität teilweise ausländerfeindliche Zeichen oder Beschriftungen angebracht, ohne dass diese konkreten Personen zugeordnet werden konnten.

Weitere rechtsextremistische Vorfälle sind von den Hochschulen nicht gemeldet worden.

Durch die niedersächsische Polizei wurden in den Jahren 2001 bis 2008 in Niedersachsen 17 rechtsextremistische Straftaten an Hochschulen registriert.

Straftaten mit einem rechtsextremistischen Hintergrund werden im Kriminalpolizeilichen Meldedienst - Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) erfasst. Weitere Ausführungen zum KPMD-PMK siehe Antwort zu Frage 20.

Im Übrigen siehe **Anlage 4**:

Polizeilich bekannt gewordene rechtsextremistische Straftaten in Hochschulen in Niedersachsen in den Jahren 2001 bis 2008 (Stand: 31.01.2009)

Die niedersächsischen Staatsanwaltschaften führen jedes Jahr eine Vielzahl von Ermittlungsverfahren mit rechtsextremistischem Hintergrund. In den Registern der Justizbehörden wird allerdings nicht gesondert erfasst, welche davon in Folge von Taten an Hochschulen eingeleitet wurden. Eine Auswertung aller in Frage kommenden Akten müsste von Hand erfolgen und könnte nur mit unverhältnismäßig großem Personalaufwand durchgeführt werden. Deshalb können insoweit keine Angaben zu Ermittlungsverfahren und entsprechenden Verurteilungen gemacht werden.

Zu 36 bis 40:

Das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Integration verfügt über keine eigene statistische Datengrundlage zu Veranstaltungen und Demonstrationen mit extremistischem Hintergrund in Niedersachsen. Insofern beruhen die Erkenntnisse und Angaben zu Einsätzen der Polizei auf der Berichterstattung der Polizeibehörden.

Diese führen grundsätzlich Einsatzakten gemäß der niedersächsischen Aktenordnung (Aktenordnung und Aktenplan für die niedersächsische Landesverwaltung [Nds.AktO]). Einsatzakten werden als Nebenakten definiert, die entsprechende Aufbewahrungsfrist liegt bei 5 Jahren. Die Einsatzmeldungen beziehen sich daher auf diesen Zeitraum. Es handelt sich um zum Teil manuell erhobene Daten aus den Behörden und Polizeiinspektionen. Partiiell sind auch in diesem Zeitfenster bei einigen Einsätzen keine vollständigen Angaben mehr zu erlangen, insbesondere dann, wenn Einsatzanlässe im Rahmen der Alltagsorganisation bewältigt worden sind, das heißt, wenn Einsatz- und Streifendienste, Verfügungseinheiten, Staatsschutzkommissariate oder sonstige Einsatzkräfte diese Lagen übernommen haben. Dabei handelt es sich überwiegend um kleinere Einsatzanlässe, für die in der Folge keine Akten angelegt wurden.

Für die Kostenermittlung wurden die Pauschsätze für den Verwaltungsaufwand bei der Gebührenbemessung im staatlichen Bereich gemäß Rd.Erl.d.MF vom 15. April 2008 - K 2004-40-3425 (Voris 20220) zu Grunde gelegt. Als Mittelwert ist der Satz für den „Gehobenen Dienst“ gewählt worden. Der Ansatz von 53,00 Euro beinhaltet sowohl die Personalkosten als auch die Sachkosten pro Stunde je Beamtin bzw. Beamter. Dieser Wert ist aus Vereinfachungsgründen für den Berichtszeitraum gewählt worden. Eine weitere Differenzierung ist nicht möglich.

Im Übrigen siehe **Anlage 5**:

Polizeilich bekannt gewordene Aufzüge, Demonstrationen und Kundgebungen im Sinne der Fragestellung in Niedersachsen (Stand: 30.09.2009)

Zu 41:

Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen nicht vor.

Im Rahmen der Umsetzung des Programms „kompetent.für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ sind der Landeskoordinierungsstelle (LKS) 2007 und 2008 allerdings folgende Vorfälle bekannt geworden:

Angehörige von neonazistischen Kameradschaften beteiligten sich aktiv an traditionellen Volksläufen, z. B. in Schneverdingen und Bad Nenndorf. Sie warben dabei durch Trikotaufschrift für einschlägige Kampagnen. Auf Bitten des jeweils ausrichtenden Sportvereins fand eine zielorientierte Fachberatung durch ein von der LKS benanntes Mobiles Interventionsteam (MIT) statt. Die Beratung erfolgte mit Beteiligung eines Experten des Landessportbundes Niedersachsen (LSB). Der LSB ist mit seiner Sportjugend Mitglied im Beratungsnetzwerk Niedersachsen. Im Ergebnis entwickelten die betroffenen Sportvereine - in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Kommune bzw. einem vorhandenen Bürgerbündnis - nachhaltige Konzepte, deren Umsetzung dazu führte, dass sich im Jahr 2009 keine Angehörigen der rechtsextremen Szene (mehr) an den Traditionsläufen beteiligten.

Zu 42:

In der Landesinformationsstelle für Sporeinsätze im Ministerium für Inneres, Sport und Integration werden zu jeder Spielzeit aktualisierte Informationen über die Zusammensetzung und Entwicklung der Fanszenen im Fußball und Eishockey erhoben.

Erkenntnisse, dass rechtsextreme Mitglieder in offiziellen Fanclubs der niedersächsischen Fußball- bzw. Eishockeyvereine organisiert sind, liegen nicht vor.

In den Fußballfanszenen, insbesondere den Problemfanszenen, sind Personen mit Kontakten zur rechten Szene vereinzelt bekannt. Einflussnahmen in diesen Fanszenen wurden bislang nicht festgestellt.

Zu anderen Sportarten liegen Erkenntnisse über die Fanszenen nicht vor, Vorfälle sind dort nicht bekannt geworden.

Weitere Ausführungen zu dieser Thematik sind der Beantwortung der Mündlichen Anfrage „Absage der niedersächsischen Hallen-Fußballmeisterschaft in Braunschweig wegen befürchteter Ausschreitungen“ aus dem Januar 2009 (Drs. 16/790, Mündliche Anfrage Nr. 34) zu entnehmen.

Zu 43:

Im Zusammenhang mit Fußballspielen gibt es zu Ausschreitungen im Sinne der Fragestellung keine Erkenntnisse.

Zu 44:

Auch wenn derartige Auseinandersetzungen mit rechtsextremem Hintergrund nicht bekannt geworden sind, richten sich die Anstrengungen der Landesregierung im Allgemeinen und in der ganzheitlichen Betrachtung der Gewaltphänomene bei Sportveranstaltungen darauf, derartigem Verhalten entschlossen entgegen zu treten.

Niedersachsen beteiligt sich an der Umsetzung des Nationalen Konzepts Sport und Sicherheit (NKSS). Das NKSS wird augenblicklich fortgeschrieben. Die Innenministerkonferenz hat das Konzept zur Gewaltprävention im Umfeld von sportlichen Großveranstaltungen im Jahr 1993 mit Zustimmung der Jugendministerkonferenz verabschiedet. Das Konzept zielt darauf ab, durch Ansätze der Ordnungs- und Jugendpolitik der Gewalt in und im Umfeld von Sportveranstaltungen präventiv entgegenzuwirken. Eine zentrale Empfehlung des Nationalen Konzeptes war die Einrichtung von sozialpädagogisch orientierten Fußball-Fan-Projekten in Städten der 1. und 2. Fußball-Bundesliga. Inzwischen ist im Rahmen der Fortschreibung des Nationalen Konzeptes auch die Einrichtung von Fan-Projekten für Regionalliga-Mannschaften umgesetzt worden.

In Niedersachsen werden derzeit drei Fußball-Fan-Projekte in Hannover, Wolfsburg und Braunschweig gefördert.

Fan-Projekte leisten als Projekte der Jugendhilfe eine wichtige pädagogische Arbeit mit jugendlichen gewaltbereiten Fußball-Fans, zu der auch spezifische Maßnahmen gehören, um gegebenenfalls gewalttätigen Auseinandersetzungen mit rechtsextremem Hintergrund bei Fußballspielen zu begegnen.

Das Land Niedersachsen beteiligt sich mit jährlich rund 90 000 Euro an der Finanzierung, die hälftig durch das Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit und das Ministerium für Inneres, Sport und Integration getragen werden.

Weitere Ausführungen zu dieser Thematik sind der Beantwortung der Mündlichen Anfrage „Absage der niedersächsischen Hallen-Fußballmeisterschaft in Braunschweig wegen befürchteter Ausschreitungen“ aus dem Januar 2009 (Drs. 16/790, Mündliche Anfrage Nr. 34) zu entnehmen.

Zu 45:

In den niedersächsischen Justizvollzugseinrichtungen spielen rechtsextremistische Aktivitäten kaum eine Rolle. Das innervollzugliche Verhalten der Gefangenen, die nach den vorliegenden Informationen einen Bezug zur rechtsextremistischen Szene haben, wird als angepasst, zurückhaltend und unauffällig wahrgenommen. Zielgerichtete politische Betätigungen oder Einflussnahmen auf Mitgefangene sind bislang nicht beobachtet worden.

Zu 46:

Die Anzahl derjenigen Gefangenen, die wegen rechtsextremistischer Straftaten inhaftiert sind, wird in den niedersächsischen Justizvollzugsanstalten nicht gesondert erfasst. Da die einschlägigen Tatbestände des Strafgesetzbuches regelmäßig keine bestimmte Gesinnung voraussetzen, würde eine diesbezügliche Auswertung der Gefangenenendaten kein verlässliches Ergebnis erbringen. Die Umstände der Tatbegehung, die Motivation des Täters sowie dessen politische Gesinnung sind in dem landesweit verwendeten EDV-System nicht hinterlegt und könnten nur mit unverhältnismäßigem Aufwand ermittelt werden. Hinweise auf strafbare Handlungen innerhalb des Vollzuges sind gemäß Nr. 3 der Niedersächsischen Ausführungsvorschriften für den Strafvollzug - NAV - zu § 156 Strafvollzugsgesetz (StVollzG) den Strafverfolgungsbehörden zur strafrechtlichen Überprüfung mitzuteilen.

Eine eigene Prüfungs- und Entscheidungskompetenz der Vollzugsbehörde besteht insoweit nicht. Über die Strafanzeigen und gegebenenfalls eingeleiteten Disziplinarverfahren hinaus werden die Vorkommnisse nicht gesondert registriert.

Zu 47:

Dem Niedersächsischen Verfassungsschutz liegen keine konkreten Erkenntnisse darüber vor, dass sich die ehemaligen Mitglieder der HdJ nach deren Verbot anderen rechtsextremistischen Vereinen, Kameradschaften oder Organisationen angeschlossen haben. Doppelmitgliedschaften haben jedoch bereits vor dem Verbot bestanden.

Der Niedersächsische Verfassungsschutz geht davon aus, dass die ehemaligen HdJ-Aktivisten die über mehrere Jahre gewachsenen Kontakte und Freundschaften auch in Zukunft pflegen werden.

Zu 48:

Das Niedersächsische Justizministerium hat das Projekt „Aussteigerhilfe*Rechts*“ ins Leben gerufen, um Jugendlichen, Heranwachsenden und jungen Erwachsenen, die strafrechtlich in Erscheinung getreten sind und/oder einen Bezug zur rechtsextremistischen/-radikalen Szene haben, Unterstützung beim Ausstieg aus der Szene zu bieten. Das Ziel ist die Beendigung rechtsextremistischer/-radikaler Karrieren, die Verhinderung von einschlägigen Straftaten und der Schutz von durch den Ausstieg gefährdeten Personen. Es handelt sich dabei um ein Angebot auf freiwilliger Basis.

Das Projekt „Aussteigerhilfe*Rechts*“ wurde inzwischen in eine Dauereinrichtung überführt und ist seit dem 1. Januar 2009 fester Bestandteil des Ambulanten Justizsozialdienstes Niedersachsen.

Zu 49:

Bei der „Aussteigerhilfe*Rechts*“ münden etwa zwei Drittel der Betreuungsanfragen in eine längerfristige Betreuung. Gut die Hälfte der Betreuungen wird erfolgreich beendet.

II. Linksextremismus

Zu 1:

Linksextremisten greifen die Werte Freiheit und Gleichheit in extremer Zuspitzung auf und erweitern die liberale Forderung nach Rechtsgleichheit um die Dimensionen wirtschaftlicher und sozialer Gleichheit. Sie wollen den Menschen aus allen politischen und ökonomischen Abhängigkeiten befreien. Ihr Ziel ist es, die bestehende politisch-ökonomische Ordnung zu überwinden.

Diese Ziele lassen sich aber dem linksextremistischen Verständnis nach nicht mit dem westlichen Gesellschaftsmodell des demokratischen Rechtsstaat verwirklichen, sondern nur durch eine klassenlose bzw. herrschaftsfreie Gesellschaft, die über eine Diktatur des Proletariats angestrebt wird.

Mit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) sind in Niedersachsen zwei in ihrer Gesamtheit linksextremistische Parteien aktiv. Daneben verfolgen namhafte Teile der Partei DIE LINKE linksextremistische Bestrebungen. Während DIE LINKE und die DKP ihren Sitz in Hannover haben, finden sich in Niedersachsen MLPD-Strukturen in Braunschweig, Göttingen, Hannover, Oldenburg und Wilhelmshaven. Auch die Jugendorganisationen aller drei Parteien sind in Niedersachsen tätig. Die Linksjugend [solid] der Partei DIE LINKE ist in Hannover beheimatet, die von der DKP als parteinahe Jugendorganisation betrachtete Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) hat Ortsgruppen in Braunschweig, Delmenhorst, Hannover und Nordhorn, die MLPD unterhält die Jugendorganisation Rebell und die Kinderorganisation Rotfuchse. DIE LINKE und die DKP verfügen zudem mit DIE LINKE.SDS bzw. der Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) über Hochschulgruppen u. a. in Göttingen, Hannover, Oldenburg und Osnabrück.

Neben den linksextremistischen Parteien gibt es auch die Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union/Internationale Arbeiter Assoziation (FAU/IAA) mit ihren Ortsgruppen in Hannover und Braunschweig und die Junge Linke gegen Kapital und Nation Niedersachsen e. V., die sich von der bundesweit agierenden Jungen Linken (JD/JL) abgespalten hat. Hinzu kommt die Rote Hilfe e. V. (RH) mit Sitz in Göttingen, die sich als Rechts- und Hafthilfeorganisation für Linksextremisten versteht. Zur Militanz neigende Tierschützer organisieren sich zudem bei den „Herrschaftskritischen AntispeziesistInnen Hannover“ (HAH).

Darüber hinaus gibt es in Niedersachsen zahlreiche sogenannte autonome Gruppierungen und sonstige gewaltbereite Linksextremisten. Einzelpersonen, lose Personenzusammenhänge und Gruppierungen dieses Spektrums befinden sich schwerpunktmäßig in den Räumen Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück. Als Trefflichkeiten dienen in größeren Städten Jugend- und Kulturzentren wie zum Beispiel das Aktions- und Kommunikationszentrum Alhambra in Oldenburg, das Jugendzentrum Innenstadt (JuzI) in Göttingen, das Unabhängige Jugendzentrum (UJZ) in Hannover oder das Infocafé Anna und Arthur in Lüneburg.

Zu 2:

Siehe Antwort zu Frage I.2.

Zu 3:

Die Kriterien für die Speicherung personenbezogener Daten sind in § 8 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes (NVerfSchG) restriktiv geregelt. Es ist nicht möglich, auf der Grundlage der den Sicherheitsbehörden verfügbaren Datenbasis exakte Angaben über die Sozialstruktur der linksextremistischen Szene zu machen, weil Beobachtungsobjekte des Verfassungsschutzes grundsätzlich Personenzusammenschlüsse sind, die Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung entwickeln. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, können nur dann Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes sein, wenn die Bestrebungen auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder auf-

grund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut des Verfassungsschutzes erheblich zu gefährden. Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz bezieht sich ausschließlich auf die Bestrebung als solche. Angaben zur Sozialstruktur von extremistischen Vereinigungen werden nicht systematisch und umfassend erhoben. Darüber hinaus erlaubt die ständige Fluktuation in den verschiedenen Bereichen des Linksextremismus keine sozialwissenschaftlichen Anforderungen genügenden validen Aussagen.

Dagegen wird die zahlenmäßige Entwicklung des linksextremistischen Personenpotentials in den jährlichen Verfassungsschutzberichten des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Integration dargestellt. Neben den Mitgliederzahlen linksextremistischer Parteien werden auch die Autonomen und sonstigen gewaltbereiten Linken sowie die Rote Hilfe e. V. benannt.

Für den Zeitraum der letzten 10 Jahre stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Parteien³

Jahr	DKP	DIE LINKE	MLPD
2000	400		
2001	unter 400		
2002	unter 400	600	25
2003	400	700	25
2004	400	725	25
2005	400	875	25
2006	380	725	15
2007	380	2 500	15
2008	380	2 864	15
2009	380	3 000	15

Mitgliederentwicklung Autonome und sonstiger Linksextremisten

Jahr	Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten	Rote Hilfe e. V.
2000	680	500
2001	670	550
2002	680	550
2003	680	550
2004	710	600
2005	710	600
2006	700	600
2007	690	600
2008	690	600
2009	720	600

Für die weiteren, in der Antwort zu Frage 1 benannten Personenzusammenschlüsse liegen der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde keine spezifizierten Mitgliederzahlen für den genannten Zeitraum vor.

Zu 4 und 5:

Der Landesregierung liegen keine umfassenden empirischen Erhebungen über die Motive für die Zugehörigkeit zu linksextremistischen Zusammenschlüssen vor. Die grundsätzliche Ablehnung des als „repressiv, militaristisch, rassistisch und faschistisch“ empfundenen demokratischen Rechtsstaats und der Wille, diesen zu überwinden, dürften zu den zentralen Motiven zählen. Die politische Zielrichtung wird bei Autonomen um eine stark aktionsorientierte Haltung erweitert, die insbesonde-

³ Die Angaben zur Partei DIE LINKE für das Jahr 2008 wurden der Website http://die-linke.de/partei/fakten/mitgliederzahlen_dezember_2008/ entnommen. Bei allen anderen Zahlen handelt es sich um geschätzte Angaben. Der Zuwachs ab 2007 ist auf die Fusion von PDS und WASG zur Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007 zurück zu führen.

re in gewalttätigen Aktionen gegen staatliche Repräsentanten und Einrichtungen sowie gegen Rechtsextremisten zum Ausdruck kommt.

Aus der Motivlage lassen sich auch die zentralen Themenfelder linksextremer Parteien, Vereine und Organisationen herleiten: Antifaschismus, Antikapitalismus, Antiimperialismus, Antirepression, Antimilitarismus, Antirassismus, Antiglobalisierung und Anti-Atom. Die von Linksextremisten verwendeten Begrifflichkeiten verdeutlichen, dass sie sich sehr stark über Anti-Einstellungen definieren. Die Wertigkeit der Themen ist dabei immer von der aktuellen Situation abhängig. Vor allem der unter der Bezeichnung „Antifaschismus“ geführte sogenannte Kampf gegen Rechts (siehe auch Antwort zu Frage 6) und der sogenannte Kampf gegen staatliche Repression stehen im Mittelpunkt.

Hinzu kommt der Kampf gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie, bei dem zu befürchten ist, dass es vor dem Hintergrund der Diskussionen um die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke, des diesjährigen Castor-Transports ins atomare Zwischenlager Gorleben sowie der Wiederaufnahme der Erkundung des Salzstocks Gorleben als mögliches atomares Endlager zu einer Zunahme linksextremistischer Gewalttaten kommen könnte. Spätestens seit Sommer 2008 bemühen sich Linksextremisten zudem, auch den Klimaschutz als ein neues Aktionsfeld zu erschließen. Sie sehen im Klimawandel eine zwangsläufige Folge kapitalistischer Produktionsverhältnisse und weisen auf deren vermeintliche soziale, rassistische und neokoloniale Dimension hin. In jüngster Zeit ist der Kampf gegen die als Gentrifizierung bezeichnete Umgestaltung von Stadtteilen hinzugekommen, in der Linksextremisten eine Bedrohung ihrer Lebensräume sehen. Daneben ist das Thema Tierschutz, zum Teil auch in militanter Ausprägung, für Linksextremisten relevant.

Ein herausragendes Themenfeld für parteigebundene Linksextremisten ist auch die soziale Frage. Sie verbinden allerdings dieses Themenfeld sehr häufig auch mit ihrer linksextremistischen Zielsetzung nach Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Die Motivlage und die relevanten Themenfelder der Linksextremisten lassen sich auch den Selbstdarstellungen und Grundsatzpapieren der entsprechenden Gruppierungen und Organisationen entnehmen.

Einige Beispiele:

Vor dem Hintergrund der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise forderte die Partei DIE LINKE auf ihrem Europaparteitag am 28. Februar 2010 in Essen:

„Die umfangreichen Staatshilfen müssen auf die Verstaatlichung aller Banken und die Überführung des gesamten Finanzsektors in öffentliches Eigentum abzielen.“

Ferner hielt der Parteivorstand der Partei DIE LINKE in einem Beschluss vom 14. März 2009 fest:

„Die privaten Banken sind für die Spekulationen der letzten Jahre und die entstandenen Milliardenverluste wesentlich verantwortlich. Sie sind heute faktisch insolvent und daher ohne Entschädigung der Aktionäre zu verstaatlichen“

Die Linksjugend [solid], Jugendorganisation der Partei DIE LINKE, hielt in ihrem auf dem 1. Bundeskongress am 5. April 2008 beschlossenen Programm fest:

„Als SozialistInnen, KommunistInnen, AnarchistInnen kämpfen wir für eine libertäre, klassenlose Gesellschaft jenseits von Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat. (...) Die berühmten zwei Gräben Reform oder Revolution bilden für uns keinen Widerspruch. Wir streiten für einen grundsätzlichen Systemwechsel. (...) Wir wollen die Bühne des Parlamentarismus für den Kampf um eine gerechtere Welt nutzen, aber uns nicht der Illusion hingeben, dass dort der zentrale Raum für reale Veränderungen sei.“

Die Interventionistische Linke (IL), ein bundesweiter Diskussions-, Aktions- bzw. Projektzusammenschluss von linksextremistischen bzw. linksextremistisch beeinflussten Gruppierungen⁴ und Einzelpersonen, will die gefühlte Stimm- und Bedeutungslosigkeit der Linken in Deutschland überwinden, der „ideologischen Hegemonie des Neoliberalismus etwas Tragfähiges entgegensetzen“

⁴ Aus Niedersachsen beteiligen sich an der IL die Rote Aktion Kornstraße (RAK) aus Hannover sowie AVANTI - Projekt undogmatische Linke mit einer Ortsgruppe in Hannover und die Antifaschistische Linke International (A.L.I.) Göttingen

und „in der Radikalisierung der konkreten sozialen Forderungen sicht- und streitbar machen, dass die rebellischen Wünsche und emanzipatorischen Ansprüche im Kompromiss mit der kapitalistischen Herrschaft nicht befriedigt werden können, sondern nur in einer langfristig angelegten Politik des revolutionären Bruchs mit dieser Herrschaft ausgefochten werden können.“

Zur IL gehört auch AVANTI - Projekt undogmatische Linke (zur Historie und Struktur siehe auch Antwort zu Frage 9).

Die thematischen Schwerpunkte von AVANTI liegen in den Bereichen Antifaschismus, Anti-Globalisierung, Antimilitarismus und „Soziale Kämpfe“. Beim Engagement von AVANTI gegen Rechtsextremisten wird auch die Anwendung von Gewalt legitimiert: „Der Staat sei nicht willens bzw. in der Lage extreme Rechte angemessen zu bekämpfen.“ AVANTI verfolge mit seiner „antifaschistischen Bündnisarbeit“ das vorrangige Ziel, rechtsextremistisch motivierte Demonstrationen zu be- oder verhindern. Aktionen sollten dabei so effektiv wie möglich sein und physischen Konfrontationen dürfe man nicht aus dem Weg gehen.

Vor allem auf dem Gebiet des Klimaschutzes ist AVANTI momentan engagiert. Im April 2008 beteiligte sich diese Gruppierung als Teil der IL an den Vorbereitungen für das bundesweite Klimacamp 2008 in Hamburg. In einer schriftlichen Nachbetrachtung verbuchte AVANTI das Klimacamp als politischen Erfolg: „Brüche genutzt - Systemkritik in den Klimadiskurs bugsiert ... Die Diskussionen und praktischen Aktionserfahrungen des Klimacamps wirken motivierend und radikalierend in die jeweiligen Szenen zurück“.

Zu 6:

Der Antifaschismus ist das einigende Band aller linksextremistischen Parteien und Organisationen. Im linksextremistischen Verständnis ist der Faschismus dem Kapitalismus immanent und folgt insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten notwendigerweise aus dem Kapitalismus. Faschismus kann somit nur erfolgreich bekämpft werden, wenn zugleich bzw. zuvorderst der Kapitalismus bekämpft wird. Insofern zielt der linksextremistische Antifaschismus nicht allein auf den Rechtsextremismus, sondern richtet sich auch gegen den demokratischen Rechtsstaat und seine Wirtschaftsordnung.

Der Antifaschismus ist für Linksextremisten in den letzten Jahren zum zentralen Aktions- und Mobilisierungsthema mit der Folge geworden, dass rechtsextremistische Aktivitäten nahezu regelmäßig zu unmittelbaren und mittelbaren Reaktionen von Linksextremisten führen. Künftig ist im Rahmen der sogenannten Rechts-Links-Konfrontationen mit vermehrten beiderseits begangenen Straftaten und Aktionen in Niedersachsen zu rechnen, vor allem im Verlauf von Demonstrationen und Wahlkampfveranstaltungen rechtsextremistischer Parteien.

Zu 7:

Die Auseinandersetzung mit der bundesrepublikanischen Sicherheitspolitik steht auch weiterhin im Fokus linksextremer Parteien, Vereine und Organisationen. Vor allem der Kampf gegen den als repressiv und militaristisch empfundenen demokratischen Rechtsstaat hat in den letzten Jahren im linksextremistischen Spektrum, insbesondere in der autonomen Szene, bundesweit an Bedeutung gewonnen. Die Erweiterung der Befugnisse der Sicherheitsbehörden nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wird als eine neue Qualität „staatlicher Repression“ wahrgenommen, die Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen als Beleg für die angebliche Militarisierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Linksextremisten bezeichnen den Staat aus diesem Grunde als „Unterdrückungsapparat“ und werfen ihm vor, seine Bewohner zu überwachen und seine Kritiker zu kriminalisieren. Bundeswehr und NATO wird unterstellt, sie würden nur die „Interessen des Kapitals“ mit Waffengewalt durchsetzen und schützen.

Für konfliktträchtige Veranstaltungen, bei denen polizeiliche Eingriffsmaßnahmen zu erwarten sind, werden häufig sogenannte „Ermittlungsausschüsse“ als zentrale Sammel- und Koordinationsstellen für alle Informationen über polizeiliche Einsatzmaßnahmen eingesetzt.

Die am 9. Mai 2007 in mehreren Bundesländern durchgeführten Exekutivmaßnahmen des Bundeskriminalamtes (BKA) gegen mutmaßliche Angehörige der im Raum Berlin-Brandenburg aktiven kriminellen Vereinigung „militante gruppe“ (mg) bzw. gegen die mutmaßlichen Initiatoren einer im Juli 2005 begonnenen „militanten Kampagne“ gegen das G8-Treffen im Juni in Heiligendamm

(Mecklenburg-Vorpommern) lösten im linksextremistisch beeinflussten globalisierungskritischen Spektrum spontane Straßenproteste und militante Aktionen aus.

Die Täter wollten mit Resonanzstraftaten offenkundig sowohl Solidarität mit den von den Durchsuchungsmaßnahmen Betroffenen als auch nach wie vor bestehende Handlungsfähigkeit demonstrieren. Bemerkenswert sind auch die militanten Reaktionen im Ausland, die zeigen, dass derartige Gipfeltreffen wie das G8-Treffen weit über die nationalen linksextremistischen Szenen hinaus von Bedeutung sind.

Der sich in der Anti-G8-Mobilisierung exponierende linksextremistische Zusammenschluss „AVANTI - Projekt undogmatische Linke“ formulierte mit seiner Einschätzung den Grundtenor derartiger Solidaritätsbekundungen:

„Die Aktion des BKA hat mit normalen Ermittlungen nichts zu tun, sondern dient illegitimen politischen Zielen: Der G8-Protest soll in der Öffentlichkeit als terroristisch diffamiert werden, GipfelkritikerInnen sollen eingeschüchtert werden und die interne Kommunikation der Bewegung soll behindert und ausgespäht werden.“⁵

An einer für den 31. Dezember 2007 durch einen Autonomen angemeldeten Demonstration in Hannover nahmen ca. 180 Personen - nach Kleidung und Auftreten komplett verumumt - des autonomen Spektrums teil. Das zu diesem Zweck formierte „Silvesterdemobündnis Hannover - gegen Repression und Vorratsdatenspeicherung“ stellte die Veranstaltung unter das Motto: „Außer Kontrolle! Überwachungsstaat abknallen!“

Nach Auffassung des Bündnisses handelt es sich bei der dem Anti-Terror-Kampf dienenden gesetzlichen Normierung zur erweiterten Datensicherstellung um „eine Aufrüstung des Repressionsapparates zur Aufrechterhaltung und Absicherung ökonomischer Machtverhältnisse“.

Zu 8:

Linksextremistische Aktivitäten und Bestrebungen stehen in einem deutlichen Widerspruch zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und dem demokratischen Rechtsstaat. Die Landesregierung sieht im Linksextremismus ein erhebliches Gefährdungspotential für die Innere Sicherheit in Niedersachsen. Linksextremistische Gruppierungen lehnen die Idee der Freiheit des Einzelnen in fundamentaler Weise ab bzw. stellen sie für die angestrebte Verwirklichung einer ihrer Meinungen nach „höheren Zielen“ zur Disposition. In der Regel handelt es sich bei diesem „höheren Ziel“ um die materielle beziehungsweise soziale „Gleichheit“ der Menschen.

Zu den Gefahren, die vor allem von gewaltbereiten Linksextremisten künftig ausgehen könnten, haben das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz am 22. Dezember 2009 in einer gemeinsamen „Gefährdungsbewertung für den Phänomenbereich der PMK-Links“ für die Bundesrepublik Deutschland folgende Prognose abgegeben:

„Generell ist bei Demonstrationen und Veranstaltungen mit aktuellen oder jährlich wiederkehrenden Bezugsereignissen, Solidaritätsveranstaltungen, veranstaltungsunabhängigen spontanen Aktionen, mit der Begehung von Straftaten zu rechnen. Regionale Schwerpunkte sind sowohl Gebiete mit einer starken linksextremen Szene (z. B. Berlin, Hamburg), als auch Gegenden mit entsprechendem lokalen Bezugsereignis (z. B. Gorleben).“

Die Landesregierung schließt sich dieser Bewertung an. Sie sieht vor allem bei Demonstrationen mit stark emotionalisierendem Charakter zunehmende Gefahren durch gewaltbereite Linksextremisten auf das Land Niedersachsen zukommen. So beobachten die Sicherheitsbehörden seit geraumer Zeit zunehmende Wechselwirkungen zwischen gewaltbereiten Linksextremisten und der rechtsextremen Szene. Diese dienen oftmals sowohl der offenen gewaltsamen Konfrontation untereinander als auch gegenüber der Polizei. Als Beispiel sei hier die 1.-Mai-Demonstration 2008 in Hamburg erwähnt. Dort hätte die Konfrontation nach Aussage der polizeilichen Einsatzleitung ohne das Eingreifen der Polizei zu Toten führen können.

⁵ <http://de.indymedia.org/2007/05/176074.shtml>; abgerufen am 10. Mai 2007.

Neben den Konfrontationen zwischen Rechts- und Linksextremisten sieht die Landesregierung insbesondere Gefahren bei Protesten gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie. Vor allem im Verlauf der Castor-Transporte ins Transport-Behälter-Zwischenlager Gorleben ist eine Zunahme linksextremistischer Gewalt zu befürchten.

Darüber hinaus verdeutlichen zahlreiche Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge und Gebäude bundesweit und in Niedersachsen, dass die Gefährdung von Menschen durch gewaltbereite Linksextremisten zumindest billigend in Kauf genommen wird.

Am 4. Dezember 2009 haben mutmaßlich linksextremistische Gewalttäter eine Polizeiwache in Hamburg überfallen. Hier zeigt sich eine neue Qualität linker Gewalt. Nach einer Bewertung der Bundesanwaltschaft gingen die Täter planmäßig und kaltblütig vor. Sie haben die Polizeibeamten mit vorgetäuschten Hilferufen in einen Hinterhalt gelockt und mit Pflastersteinen angegriffen. Streifenwagen und Container wurden angezündet. Die Bundesanwaltschaft ermittelt in diesem Fall wegen versuchten Mordes.

In einem Strafverfahren wegen versuchten Mordes gegen zwei Jugendliche in Berlin verbreitete im vergangenen Jahr eine autonome Gruppe im Internet Morddrohungen gegen einen Berliner Oberstaatsanwalt. Auch dies ist eine Form der Eskalation, die Schlimmes befürchten lässt.

Auch in Niedersachsen gibt die Entwicklung in jüngster Zeit Anlass zur Besorgnis. Mit dem Brandanschlag auf das Göttinger Landkreisgebäude am 22. Januar 2010 erreichten die politisch motivierten Straftaten in Göttingen eine neue Qualität: Ein Mitarbeiter der Kreisverwaltung wurde beim Versuch, das Feuer zu löschen, durch eine Verpuffung verletzt. Ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und der gefährlichen Körperverletzung ist eingeleitet worden.

Aufgrund dieser Gewalttaten und der in Niedersachsen und anderen Bundesländern erkennbaren Entwicklung befürchtet die Landesregierung, dass die Hemmschwelle linksextremistischer Täter zur Gewaltanwendung gegen Menschen weiter sinken könnte.

Besonders Jugendliche könnten durch den Einfluss linksextremistischer Ideologien beeinflusst werden. Über Medien wie Internet und Handy werben Linksextremisten gezielt um junge Menschen vor allem mit höheren Bildungsabschlüssen (Schüler der Sekundar-II-Stufe oder Studierende) und tragen ihre Propaganda an sie heran. Sogenannte soziale Netzwerke im Internet wie z. B. SchülerVZ oder StudiVZ, Chatrooms und Foren bieten Linksextremisten eine geeignete Möglichkeit, ihr Gedankengut weiträumig zu verbreiten.

Jugendlicher Idealismus und jugendliches Protestverhalten gegen gesellschaftliche Missstände werden von Linksextremisten dazu benutzt, Jugendliche in linksextremistische Aktivitäten und Einflussbereiche einzubeziehen. Linksextremisten gelingt es immer wieder, gerade jungen Menschen, die bestimmte gesellschaftliche Zustände, z. B. in der Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- oder Bildungspolitik, als ungerecht empfinden, eine Plattform zu bieten (z. B. bei Bildungstreiks oder Protesten gegen Atomtransporte) und sie damit ideologisch zu vereinnahmen. Es steht zudem zu befürchten, dass sich Jugendliche, die von gewaltbereiten Linksextremisten angesprochen werden, bei der Verfolgung ihrer politischen Ziele nicht an rechtsstaatlichen Prinzipien orientieren, ihre Hemmschwelle zur Gewaltbereitschaft sinken wird und sie sich zur Begehung von Straftaten ermutigt fühlen könnten.

Zu 9:

Die Partei DIE LINKE gliedert sich in Niedersachsen in einen Landesverband, 43 Kreisverbände und 11 Regionalbüros. Hinzu kommt die Landesgeschäftsstelle in Hannover, die Wahlkreisbüros ihrer niedersächsischen Bundestags- und Europaabgeordneten sowie die zehn Wahlkreisbüros ihrer niedersächsischen Landtagsabgeordneten.

Die DKP Bezirksorganisation Niedersachsen, wie sich ihr dortiger Landesverband nennt, unterhält 16 Kreisverbände in Braunschweig, Buchholz (Nordheide), Celle, Delmenhorst, Emden, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Nordhorn, Oldenburg, Osnabrück, Osterholz, Salzgitter, Wilhelmshaven und Wolfsburg.

Die MLPD besteht nach ihrer organisatorischen Neustrukturierung neben dem Bundesverband aus sieben Landesverbänden und 50 Kreisverbänden. In Niedersachsen verfügt sie derzeit über Strukturen in Braunschweig, Göttingen, Hannover, Oldenburg und Wilhelmshaven.

Die FAU/IAA setzt sich aus mehr als 30 Orts- und so genannten Branchengruppen zusammen. Da sie hierarchische Strukturen ablehnt, hat sie keine hauptamtlichen Funktionäre. In Niedersachsen bestehen Ortsgruppen (Lokalförderationen) in Hannover und Braunschweig.

Die seit 1986 als eingetragener Verein fungierende Rote Hilfe e. V. ist in einen Bundesvorstand, 40 selbstständige Orts- und Regionalgruppen sowie diverse Kontaktstellen gegliedert. Niedersächsische Ortsgruppen existieren in Braunschweig, Göttingen, Hannover und Osnabrück. In Göttingen sind die Bundesgeschäftsstelle und die Redaktion der bundesweit erscheinenden Vereinszeitschrift „Die Rote Hilfe“ ansässig.

Autonome Gruppierungen weisen dagegen kaum Organisationsstrukturen auf, da sie in der Regel staatliche Organisationsformen sowie Macht- und Herrschaftsstrukturen (Hierarchien) ablehnen und sich als unorganisiert und herrschaftsfrei verstehen.

Eine Ausnahme bildet die Organisation AVANTI - Projekt undogmatische Linke mit Ortgruppen in Kiel, Lübeck, Flensburg, Hamburg, Norderstedt und seit November 2005 in Hannover, seit Juni 2008 in Bremen und seit Juni 2009 in Berlin. Eine weitere geografische Ausweitung wird angestrebt.

Zu 10:

Folgende Personen, die aus allgemein zugänglichen Quellen erfasst wurden, nehmen bei linksextremistischen Parteien in Niedersachsen eine herausragende Stellung ein, wobei aus der Zugehörigkeit zur Partei DIE LINKE nicht geschlossen werden sollte, dass die Landesregierung davon ausginge, dass alle nachfolgenden Personen selbst linksextremistisch orientierte Ziele verfolgen:

DIE LINKE

Landesvorsitzende

- Dr. Diether Dehm
- Gisela Brandes-Steggewentz

MdL

- Hans-Hennig Adler, stellv. Fraktionsvorsitzender
- Kreszentia Flauger, Fraktionsvorsitzende
- Kurt Herzog
- Patrick Humke-Focks
- Marianne König
- Victor Perli
- Christa Reichwaldt
- Dr. Manfred Sohn, Fraktionsvorsitzender
- Ursula Weisser-Roelle
- Pia-Beate Zimmermann

MdB

- Herbert Behrens
- Dr. Diether Dehm
- Heidrun Dittrich
- Dorothee Menzner
- Jutta Krellmann
- Prof. Dr. Herbert Schui

MdEP

- Sabine Lösing

DKP

- Detlef Fricke, Vorsitzender der Bezirksorganisation Niedersachsen (Landesverband)
- Christel Wegner, MdL
- Wolfgang Teuber, Chefredakteur des Parteiorgans „Unsere Zeit“ (Wochenzeitung)

SDAJ

- Björn Schmidt, Bundesvorsitzender

MLPD

- Carsten Zimmer, zuständig für Hannover
- Paul Deutsch, zuständig für Braunschweig
- Uwe Ahrens, zuständig für Oldenburg
- Hannes von Pentz, zuständig für Wilhelmshaven

Zu 11:

Zwei Mitglieder der niedersächsischen Landtagsfraktion DIE LINKE und einer ihrer niedersächsischen Bundestagsabgeordneten haben einen Vorlauf in der linksextremistischen DKP. Ihr Fraktionsvorsitzender Manfred Sohn war bis 2002 20 Jahre als Funktionär für die DKP aktiv. Er gehörte in den 1990er-Jahren dem DKP-Parteivorstand und dem Sekretariat des Parteivorstandes an. Dort war er für marxistische Bildung und die Kontakte zu ausländischen kommunistischen Parteien zuständig. Hans-Henning Adler, stellvertretender Fraktionsvorsitzender aus Oldenburg, gehörte der DKP bis 1990 an. Beide engagierten sich zuvor für den DKP-nahen marxistischen Studentenbund MSB Spartakus. Herbert Behrens, MdB, war von 1970 bis 1989 Mitglied der DKP.

Der Landtagsabgeordnete Patrick Humke-Focks ist Mitglied der Roten Hilfe e. V.

Zu 12:

Linksextremistische Parteien, Vereine und sonstige Organisationen nutzen intensiv alle technischen Möglichkeiten einer nationalen und internationalen Kommunikation. Dabei nimmt das Internet besonders in der autonomen Szene, nicht zuletzt wegen der Kommunikationsmöglichkeiten über Mailinglisten und offener sowie passwort-/pgp-key-geschützter Internetforen bzw. -groups, eine herausgehobene Stellung ein. Es entwickelte sich ab Mitte der 1990er Jahre wegen seiner Aktualität und weltweiten Präsenz zum wichtigsten Informationsübermittlungsmedium der linksextremistischen Szene. Das Internet wird intensiv zur Verbreitung des eigenen politischen Standpunktes, von Texten, Arbeitspapieren, Fotos, Terminen und Kontaktmöglichkeiten genutzt. Auch das relativ neue Mikroblog Twitter (März 2006) kommt zunehmend beim Austausch von Informationen im Zusammenhang vor allem mit Demonstrationen zur Anwendung.

Die meisten linksextremistischen Parteien, Vereine und Organisationen unterhalten eine eigene Homepage. Zu aktuellen Anlässen, wie z. B. Demonstrationen, werden zusätzlich anlassbezogene Internetsonderseiten eingerichtet. Darüber hinaus erfolgt die Kommunikation per SMS, E-Mails sowie telefonischer und persönlicher Kontakte.

Trotz der Attraktivität der modernen Medien sind die regional und überregional erscheinenden Publikationen nach wie vor für die Szene bedeutsam. Die Informationsangebote wie Flyer, Flugblätter, Broschüren, Zeitschriften usw. gehören weiterhin zu den Klassikern und werden über Szenetreffpunkte und alternative Buchläden verteilt.

Zu 13:

Eine gezielte Schulung ihrer Mitglieder führt gegenwärtig nur noch die DKP auf Bundesebene durch. Sie unterhält dafür in Leverkusen die Karl-Liebknecht-Parteischule.

Linksextremistische Parteien, Gruppierungen und Organisationen veranstalten ansonsten mehr oder weniger regelmäßige Themenabende und Workshops mit Vorträgen, Filmbeiträgen und Diskussionsrunden. Oftmals werden diese Veranstaltungen offen beworben und stehen daher nicht nur Mitgliedern, sondern auch weiteren interessierten Personenkreisen offen.

Einige Beispiele:

- Die Partei DIE LINKE führt in unregelmäßigen Abständen einen „Ratschlag für linke Politik in Niedersachsen“ durch, um möglichst viele außerparlamentarische Bewegungen an sich zu binden. Zudem veranstaltet sie laufend politische Veranstaltungen und Workshops zu verschiedenen politischen Themenbereichen wie der Wirtschafts- und Finanzpolitik oder der Außen- und Sicherheitspolitik. Ihre Studentenorganisation DIE LINKE.SDS führt seit Herbst 2008 an mehr als 30 Hochschulen sogenannte Marx-Lesekreise durch, u. a. auch in Göttingen und Hannover. Sie dienen zum einen der Vermittlung marxistischen Gedankenguts und zum anderen der Nachwuchsrekrutierung.
- Die DKP veranstaltet vor allem Vorträge zum Thema Wirtschaft- und Finanzkrise.
- Die Autonome Szene Hannover organisiert an jedem dritten Donnerstag im Monat einen sogenannten Antifa-Info-Abend mit zumeist aktuellen Bezügen.
- Die Ortsgruppen der FAU veranstalten in Hannover und Braunschweig regelmäßig themenbezogene Vortragsrunden und bieten darüber hinaus im Internet beworbene „Kennenlernabende“ an.
- Zur Verbreitung ihrer Ideologie und zur Nachwuchsrekrutierung veranstaltet und organisiert die Junge Linke Hannover regelmäßig Seminare zu verschiedenen Themenbereichen mit Bezügen zum Marxismus und zu von Linksextremisten bedienten Aktionsfeldern wie Antiglobalisierung, Antikapitalismus, Antifaschismus und Antirepression. Zur Teilnahme an diesen Seminaren wird in den einschlägigen Printmedien des linksextremistischen Spektrums Hannovers, wie der „vers beau temps“ und der „tabula rasa“ und über den eigenen Internetauftritt (www.junge-linke.de) geworben.

Die Teilnehmerzahlen an der o. a. Veranstaltungen bewegen sich überwiegend im unteren zweistelligen Bereich.

Eine relativ neue Form der Schulung vor allem im autonomen Spektrum ist die öffentliche Vorbereitung auf Demonstrationseinsätze. Am 14. März 2009 veranstaltete die linksextremistische Gruppierung Avanti - Projekt undogmatische Linke ein sogenanntes Aktionstraining am Küchengartenplatz in Hannover-Linden. Die nach Presseangaben rund 70 Teilnehmer übten in verschiedenen Rollenspielen Sitzblockaden, um den geplanten „Naziaufmarsch im Keim zu ersticken.“

Auch Aktionsformen des „kreativen“ Straßenprotestes werden zunehmend eingeübt. Hierzu zählen als Clowns verkleidete Demonstranten. Erstmals während der Castortransporte 2006 aufgetreten, versucht die sogenannte Rebel Clown Army die Polizei abzulenken, sie der Lächerlichkeit preiszugeben und die Öffentlichkeit auf ihre Seite zu ziehen.

Aktionen finden in der Regel bei großen Veranstaltungen gegen Castortransporte, G8-Gipfel oder das „Bombodrom“ in der Kyritzer Heide statt. Aber auch bei kleineren Veranstaltungen sind örtlich ansässige „Clowns“ aktiv. Die Teilnehmer werden oftmals in zuvor stattfindenden Workshops geschult und setzen das soeben Erlernte „unter realen Bedingungen“ direkt um.

Zu 14:

Von einer umfassenden Vernetzung der einzelnen linksextremen Parteien, Vereine und Organisationen untereinander kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gesprochen werden. Gegenseitige Unterrichtungen, vor allem aber ein Zusammenwirken bei Demonstrationen und Unterschriftenaktionen finden sowohl zwischen den Parteien als auch zwischen ihnen und der autonomen Szene statt.

Engere Bande gab und gibt es vor allem zwischen der Partei DIE LINKE bzw. ihrer Vorgängerin, der PDS, und der DKP. Zahlreiche DKP-Mitglieder traten seit 1990 in die PDS bzw. DIE LINKE ein (siehe auch Antwort zu Frage 11). Vor allem die Kommunistische Plattform innerhalb der PDS bzw. DIE LINKE dient als Ansprechpartner und Bindeglied zwischen beiden Parteien.

Im Vorfeld von Wahlen kam es bislang auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zu Wahlkampfabsprachen und Kooperationen zwischen beiden Parteien. Seit den 1990er-Jahren verzichtete die DKP oftmals zugunsten der PDS bzw. DIE LINKE auf eine eigene Kandidatur. Im Gegenzug durften dafür DKP-Mitglieder auf den offenen Listen von PDS bzw. DIE LINKE kandidieren. 2005 war es in Niedersachsen das DKP-Mitglied Achim Bigus, das, allerdings erfolglos, versuchte über die offene Liste der damaligen Linkspartei.PDS in den Deutschen Bundestag einzuziehen. Erfolgreicher dagegen war die Kandidatur des DKP-Mitgliedes Christel Wegner bei den niedersächsischen Landtagswahlen 2008. Erstmals in ihrer Geschichte konnte über die offene Liste der Partei DIE LINKE so ein aktives DKP-Mitglied in ein Länderparlament einziehen.

DIE Linke und DKP verbindet zudem eine gemeinsame Bündnisarbeit. So gehören beispielsweise beide Parteien und ihre Jugendorganisationen, neben zahlreichen autonomen Gruppierungen wie Avanti-Undogmatische Linke, dem Bündnis „Antimilitaristische Aktion Hannover“ gegen das alljährliche Sommerbiwak der 1. Panzerdivision in Hannover an.

Darüber hinaus sind immer wieder Verbindungen vor allem der Partei DIE LINKE ins übrige linksextremistische, zum Teil auch in das gewaltbereite linksextremistische Spektrum zu beobachten. In Niedersachsen wirkt hier insbesondere der Landtagsabgeordnete Patrick Humke-Focks als Bindeglied zwischen seiner Partei und der autonomen Szene in Niedersachsen. Am 30. September 2008 organisierte er eine Demonstration des autonomen Göttinger Spektrums gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, auf der er auch als Redner auftrat. Für den 8. November 2008 meldete er für die Göttinger Antifaschistische Linke International (A.L.I.) eine Demonstration unter dem Titel „Für eine starke antifaschistische Kultur - Gegen rechte Zentren und Naziläden vorgehen!“ in Göttingen an. Am 17. November 2009 trat er erneut als Anmelder einer Versammlung auf. Dabei handelte es sich um eine Demonstration mit anschließender Mahnwache für die 20 Jahre zuvor am Rande einer Demonstration durch einen Verkehrsunfall ums Leben gekommene Demonstrationsteilnehmerin Conny Wessmann. Unter den Teilnehmern dieser Demonstration befanden sich auch zahlreiche Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten.

Die Verbindung der Partei DIE LINKE zum linksautonomen Spektrum bestätigte Patrick Humke-Focks ausdrücklich in der Debatte vom 9. Mai 2008 im Niedersächsischen Landtag. So reagierte er auf die Aussage von Innenminister Schünemann, DIE LINKE fungiere als Anmelder versammlungsrechtlicher Aktionen mit überwiegender Beteiligung von Autonomen mit dem Zuruf „Das war schon länger so!“.

Daneben meldete auch die niedersächsische Bundestagabgeordnete Dorothee Menzner am 19. Januar 2008 eine Demonstration in Bad Lauterberg an, an der zahlreiche Autonome teilnahmen. Bei Kontrollen beschlagnahmte die Polizei neben Vermummungsgegenständen auch als Waffen einsetzbare Gegenstände wie Baseballschläger, Schlagstöcke und Pyrotechnik.

Wie eng einzelne Funktionäre und Mitglieder der niedersächsischen Partei DIE LINKE mit der autonomen Szene zusammenwirken, verdeutlicht zudem ein Blick auf ihre Websites. So führt ein Link auf der Website des niedersächsischen Landesverbandes der Linksjugend [solid] direkt auf die Website www.antifa.de und von dort weiter zu diversen linksextremistischen Gruppierungen, u. a. zur Antifaschistischen Linken International (A.L.I.) aus Göttingen. Ähnlich verhält es sich bei dem ehemaligen Bundesvorsitzenden von [solid] und heutigem niedersächsischen Landtagsabgeordneten der Linkspartei, Victor Perli. Von seiner Website führt ein Link zur Jugend-Antifa Wolfenbüttel und von dort zu diversen linksextremistischen Gruppierungen wie dem Antifaschistischen Aktionsbündnis Deister (AAD) oder dem Antifacafe Braunschweig.

Gemeinsam mit der Aktionsgruppe Schwarze Taube hat [solid] am 19. Februar 2010 ein Konzert unter dem Titel „Music against Fascism“ organisiert, an dem linksextremistische Liedermacher wie der Rapper Johnny Mauser oder Bands wie schlagzeiln aus Berlin teilnahmen. In ihrem Lied „Köpi bleibt“ heißt es u. a.: „Widerstand muss bleiben, egal wo, zu welcher Tageszeit. 129 a, das ist unser Paragraph, Aktionen in unserem Sinne, gegen Vater Staat.“

Siehe auch Antwort zu Frage 39.

Vernetzungen innerhalb der autonomen Szene sind nicht systematisch angelegt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass nach dem autonomen Selbstverständnis hierarchische Strukturen prinzipiell abgelehnt werden. Auch die fehlende einheitliche ideologische Basis sowie abweichende Positionen in wesentlichen Fragen der autonomen Szene (z. B. Militanzdebatte) erschweren ein koordiniertes Vorgehen. So gründeten autonome Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet im Jahr 1992 die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO). Nachdem sich diese infolge einer inhaltlichen und strukturellen Krise im Frühjahr 2001 aufgelöst hatte, gelang es der autonomen Szene bislang nicht mehr, eine neue Bundesorganisation aufzubauen.

Im Rahmen „antifaschistischer Aktionen“ bilden sich vermehrt anlass- und themenbezogene regionale und überregionale Bündnisse und Vernetzungen. Von bundesweiter Bedeutung ist in diesem Zusammenhang vor allem die Göttinger linksextremistische Szene. Seit den 1980er- und 1990er-Jahren fällt sie durch ihre besondere und öffentlichkeitswirksame Militanz auf, die zuletzt vor allem durch zahlreiche Brandanschläge und Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit Demonstrationen deutlich wurde. Ihre Mitglieder suchen und pflegen intensive Kontakte zu autonomen Gruppierungen im ganzen Bundesgebiet. Sie nehmen an überregionalen Aktionen und Bündnissen teil und gehen gegenseitige „Unterstützungsverpflichtungen“ ein.

Ein Beispiel für die in der autonomen Szene typischen lokalen und regionalen Vernetzungsbemühungen ist das vor etwa zwei Jahren gegründete „Infoportal Weser/Deister/Leine“, ein gemeinsames Projekt verschiedener antifaschistisch orientierter Gruppen. Erklärtes Ziel des Zusammenschlusses ist es, den antifaschistischen Widerstand in der Region zu koordinieren und noch effektiver zu gestalten.

Zu 15:

Zwischen einzelnen Funktionsträgern der Partei DIE LINKE und Interessenverbänden früherer Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) und ehemals hochgestellter DDR-Funktionäre ist es in den letzten Jahren zu zahlreichen Kooperationen gekommen, wie die folgenden Beispiele verdeutlichen:

Der von der Partei DIE LINKE gestellte brandenburgische Justizminister Volkmar Schöneburg sprach Anfang 1999 vor Oribisten der DDR-Staatssicherheit, die sich im „Insiderkomitee zur kritischen Aneignung der Geschichte des MfS“ zusammengeschlossen haben über das „Verhältnis von Politik und Recht (insbesondere Strafrecht) in der Arbeit des MfS“.

Die innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von DIE LINKE, Ulla Jelpke, nahm Mitte 2006 an einem Treffen mit ehemaligen Offizieren des MfS teil und versicherte ihnen, sich für ihre Rentenbelange einzusetzen.

Die von der Linkspartei gestellte Bürgermeisterin von Berlin-Lichtenberg, Christina Emmrich, erlaubt es der „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde“ (GBM), einer Interessenvertretung ehemaliger DDR-Funktionäre und Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit, seit 1992 in einer Bezirksbibliothek im Berliner Ortsteil Friedrichsfelde Rentenberatungen abzuhalten. Die GBM durfte dafür auf der Internetseite der Lichtenberger Bibliotheken werben und Informationsbroschüren im Rathaus auslegen.

Im brandenburgischen Cottbus kommt es schon seit längerem in den Geschäftsräumen der Partei DIE LINKE zu Treffen zwischen Mitgliedern der Linkspartei und der „Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger der DDR“, kurz Isor genannt.

Zu 16:

Das Parteiengesetz regelt, wie sich politische Parteien finanzieren und in welcher Höhe sie staatliche Mittel als Teilfinanzierung erhalten. Grundlage für die Berechnung der staatlichen Teilfinanzierung sind die von den Parteien zu erstellenden Rechenschaftsberichte, die Auskunft über die Herkunft und Verwendung der Mittel geben. Die Rechenschaftsberichte werden vom Präsidenten des Deutschen Bundestages als Bundestagsdrucksachen bekannt gemacht.

Im Übrigen siehe **Anlage 6**:

Finanzierung der linksextremistischen Parteien in Niedersachsen (nach den veröffentlichten Rechenschaftsberichten)

Zu 17:

Das Spendenaufkommen der linksextremistischen Parteien in Niedersachsen ist der Anlage zu Frage 16 zu entnehmen (Spalten 2 und 3 der Tabellen). Weitere Erkenntnisse zu Spendenaufkommen linksextremistischer Vereine oder sonstiger Organisationen liegen der Landesregierung nicht vor.

Zu 18:

Siehe Antwort zu Frage I.15.

Zu 19:

Der Bewertung einer extremistischen Organisation liegt immer eine Gesamtbetrachtung zugrunde. Für die Beurteilung werden neben programmatischen Schriften auch Äußerungen von Funktionären, Aktionen, Aufrufe, Flugblätter, Veröffentlichungen und das Kontaktnetz der jeweiligen Organisation herangezogen.

Dieses vorangestellt, werden die Programme und Einstellungen der jeweiligen linksextremistischen Parteien, Vereine oder Organisationen zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie folgt bewertet:

DIE LINKE

Die Partei DIE LINKE hat angekündigt, bis 2011 ein Parteiprogramm vorzulegen. Bis dahin dienen ihr die im Juni 2007 beschlossenen „Programmatische Eckpunkte“ als programmatisches Grundlagenpapier. Sie führen in Grundlinien die marxistischen Geschichts- und Gesellschaftstheorien fort, auch wenn sie deren typische Terminologie vermeiden, und liefern wesentliche Anhaltspunkte für die linksextremistischen Bestrebungen der Partei. Unter dem Stichwort „Demokratischer Sozialismus“ strebt die Partei eine weitreichende gesellschaftliche Transformation zur Überwindung der bestehenden sozio-ökonomischen Ordnung an. Sie hält es für erforderlich, die „gegebenen Verhältnisse“, d.h. die „kapitalistische Gesellschaft“ bzw. die für „Unfreiheit, Ungleichheit und Ausbeutung“ ursächlichen „Macht- und Eigentumsverhältnisse“ zu überwinden. Um ein möglichst breites linkes politisches Spektrum abzudecken, werden Aussagen zu Prinzipien und Werten des Grundgesetzes bewusst unklar und auslegungsfähig gehalten. Eine trennscharfe Abgrenzung zu freiheitsfeindlichen Positionen erfolgt nicht.

Das Ziel, den Kapitalismus zugunsten eines „demokratischen Sozialismus“ zu überwinden, ist für sich genommen nicht extremistisch. Das Grundgesetz schreibt keine bestimmte Wirtschaftsordnung vor, verlangt insofern aber u. a., dass die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9 GG), die freie Wahl des Berufs, des Arbeitsplatzes und der Ausbildungsstätte (Artikel 12 GG), die allgemeine Handlungsfreiheit (Artikel 2 GG) und die Eigentumsgarantie (Artikel 14 GG) gewährleistet sind. Auch Enteignungen können grundgesetzkonform sein, sofern sie gegen eine angemessene Entschädigung erfolgen. DIE LINKE aber lässt die Frage der Entschädigung bewusst offen. Ebenso trifft sie keine eindeutigen Aussagen zu den Wirtschaftsbereichen, die neben dem Bankensektor enteignet bzw. vergesellschaftet werden sollen.

Während die Partei einerseits eine klare Distanzierung von der Diktatur in der DDR vermissen lässt, fehlt andererseits ein unmissverständliches Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie. All diese Gründe lassen den Schluss zu, dass Verstöße gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu erwarten wären, sollte die Partei DIE LINKE ihre systemüberwindenden Ansätze umsetzen.

Zu dieser Bewertung kommt auch das Oberverwaltungsgericht (OVG) Nordrhein-Westfalen. Es stellt in seinem Urteil vom 13. Februar 2009 (Az. 16 A 845/08) fest: „Nach diesen Maßgaben deutet bei vernünftiger Betrachtung die Gesamtschau aller vorhandenen tatsächlichen Anhaltspunkte darauf hin, dass die Parteien PDS, Linkspartei.PDS und heute DIE LINKE Bestrebungen verfolgten und weiterhin verfolgen, die darauf gerichtet sind, die im Grundgesetz konkretisierten Menschen-

rechte, das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung sowie das Recht des Volkes, die Volksvertretung in allgemeiner und gleicher Wahl zu wählen, zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.“

Nach Meinung des OVG Nordrhein-Westfalen verfolgen „namhafte Teile der Partei eine politische Umgestaltung der Bundesrepublik Deutschland, die mit den entscheidenden Merkmalen eines freiheitlichen demokratischen Staates im Sinne des Grundgesetzes unvereinbar ist. Sie streben durch eine mit zentralen Verfassungswerten nicht vereinbare sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats im klassisch marxistisch-leninistischen Sinne eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaftsordnung an.“

Am 20. März 2010 präsentierten die beiden Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine und Lothar Bisky einen „1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE“. Seine Verfasser fordern darin u. a. die Verstaatlichung und Vergesellschaftung von Großbetrieben, aber auch von anderen Wirtschaftsbereichen, wobei die Frage der Entschädigung bewusst ausgeblendet wird. Ferner fordert der Programmentwurf die Einführung von Räten, die die Parlamente überstimmen dürfen. Mit diesem Entwurf haben sich zunächst die extremistischen Kräfte innerhalb der Partei mit ihrer Forderung nach einem radikalen „Systemwechsel“ durchgesetzt. Auch dieser Programmentwurf der Partei DIE LINKE bestätigt die Einschätzung, dass namhafte Teile dieser Partei extremistische Bestrebungen verfolgen.

DKP

In ihrem 2006 verabschiedeten Parteiprogramm bekennt sich die Partei weiterhin zu ihrer marxistisch-leninistischen Tradition, die bereits in der Präambel zum Ausdruck gebracht wird: „Politischer Kompass und Fundament der Politik der DKP sind die von Marx, Engels und Lenin begründeten und von anderen weitergeführten Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus, der materialistischen Dialektik, des historischen Materialismus und der politischen Ökonomie. Die DKP wendet Marxismus auf die Bedingungen des Klassenkampfes in unserer Zeit an und versucht ihn weiter zu entwickeln.“ An ihrer Zielsetzung, die bestehende Ordnung zu überwinden und durch ein kommunistisches System zu ersetzen, hat sich nichts geändert.

MLPD

Die 1982 aus dem Kommunistischen Arbeiterbund hervorgegangene MLPD bekennt sich uneingeschränkt zu den von ihr fundamentalistisch interpretierten Theorien von Marx, Engels, Lenin, Mao-Tsetung und Stalin. Seit Jahren ist keine Veränderung in ihrer ideologischen und strategischen Ausrichtung zu erkennen. Sowohl in ihrem Parteiprogramm als auch in ihren organisationspolitischen Grundsätzen betont sie, das bestehende System der Bundesrepublik Deutschland überwinden und durch ein kommunistisches ersetzen zu wollen.

FAU/IAA

Die 1977 gegründete FAU/IAA versteht sich als eine nach basisdemokratischen Prinzipien aufgebaute Gewerkschaft, die sich im „weltweiten Kampf der Anarchosyndikalisten“⁶ der Internationalen ArbeiterInnen Assoziation mit Sitz in Spanien angeschlossen hat. Ihre Ideologische Ausrichtung hat die „herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründeter Gesellschaft“ als Ziel. Sie lehnt die Organisation ihrer Interessen „in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten.“

Rote Hilfe e. V.

Siehe Antwort zu Frage 20.

⁶ Unter Anarchosyndikalismus versteht man eine gewerkschaftliche Organisation, die auf anarchistischen Prinzipien beruht. Ziel ist es, das bestehende Staatssystem revolutionär zu überwinden und durch ein klassen- und staatenloses System zu ersetzen.

Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten

Die Autonomen und sonstigen gewaltbereiten Linksextremisten sind weder parteipolitisch noch formal als Verein organisiert. Die Autonome Szene war seit ihren Anfängen stets ein Schmelztiegel verschiedener Fraktionen der extremistischen, außerparlamentarischen Linken. Entsprechend sind programmatische Schriften und Grundsatzpapiere eher die Ausnahme. Zu ihren zentralen Aktionsfeldern gehört der Antifaschismus, der Kampf gegen den Rechtsstaat, der Antiimperialismus, Antimilitarismus, Antirassismus, Antisexismus sowie die Asyl- und Abschiebeproblematik, die Atomenergie und der Rückbau des Sozialstaates. Gemeinsames Ziel der autonomen Gruppierungen ist es, den Rechtsstaat und seine Institutionen gewaltsam abzuschaffen und durch eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu ersetzen. Für einige Linksextremisten sind auch Gesetzesverstöße einschließlich offen oder verdeckt begangener Gewalttaten ein tolerierbarer Weg zur Durchsetzung ihrer politischen Ambitionen.

Zu 20:

Die Rote Hilfe e. V. (RH) ist ein eingetragener Verein zur politischen und finanziellen Unterstützung von Angehörigen des linken Spektrums, sofern diese aus „politischen Gründen“ straffällig geworden oder von „staatlicher Repression“ betroffen sind. Die RH hat bundesweit etwa 5 000 Mitglieder in 40 Orts- und Regionalgruppen. Ihre Bundesgeschäftsstelle befindet sich in Göttingen. Getragen wird die RH von Linksextremisten unterschiedlicher ideologisch-politischer Ausrichtung.

Auch einzelne Funktionäre und Mitglieder der Partei DIE LINKE unterstützen die RH. Ihre stellvertretende Bundesvorsitzende Katja Kipping und mehrere Bundestags- und Landtagsabgeordnete der Partei DIE LINKE traten 2007 der RH demonstrativ bei, um dadurch einen Beitrag zur Stärkung der außerparlamentarischen Bewegungen zu leisten. Auch der niedersächsische Landtagsabgeordnete Patrick Humke-Focks gehört der RH an.

Der Ursprung der RH geht auf die in der Weimarer Republik gegründete und von der KPD dominierte Rote Hilfe Deutschland (RHD) zurück, der bis zu einer Million Mitglieder angehörten. Nach der Zerschlagung der Organisation durch die Nationalsozialisten wurde die RHD von der linksextremistischen Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten 1975 wieder gegründet.

Ihre Hauptaufgabe sieht die RH im Kampf gegen „staatliche Repression“, indem sie Rechtshilfe gewährt, Szeneangehörigen Anwälte vermittelt und Beihilfe zu Prozesskosten und Geldstrafen leistet. Hierdurch entstehende Kosten werden durch Einnahmen gedeckt, die überwiegend aus Mitgliedsbeiträgen und Spendengeldern erzielt werden.

Darüber hinaus betreut die RH im Falle der Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe die sogenannten politischen Gefangenen, um den Zusammenhalt der Häftlinge mit der linksextremistischen Szene zu bewahren. Strafandrohungen sollen im Vertrauen auf eine leistungsfähige Solidaritätsorganisation ihren abschreckenden Charakter verlieren. Des Weiteren organisiert sie Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu den Themen „Rechtshilfe“ und „staatliche Repression“, gibt entsprechende Schriften heraus und beteiligt sich an Demonstrationen.

Zu 21:

Wahlergebnisse linksextremistischer Parteien in Niedersachsen seit dem Jahr 2000:

	DIE LINKE/PDS		DKP		MLPD	
	Stimmen	Stimmenanteil (in %)	Stimmen	Stimmenanteil (in %)	Stimmen	Stimmenanteil (in %)
09.09.2001 (Kommunalwahlen) ¹⁾	57 993	0,6	2 711	0,0	-	-
22.09.2002 (Bundestagswahl) ²⁾	50 380	1,0	-	-	-	-
02.02.2003 (Landtagswahl) ²⁾	-	-	-	-	-	-
13.06.2004 (Europawahl)	42 385	1,8	2 546	0,1	-	-
18.09.2005 (Bundestagswahl) ²⁾	205 200	4,3	-	-	1 911	0,0

	DIE LINKE/PDS		DKP		MLPD	
	Stimmen	Stimmen-anteil (in %)	Stimmen	Stimmen-anteil (in %)	Stimmen	Stimmen-anteil (in %)
10.09.2006 (Kommunalwahlen) ¹⁾	70 932	0,8	2 516	0,0	-	-
27.01.2008 (Landtagswahl) ²⁾	243 361	7,1	-	-	-	-
07.06.2009 (Europawahl)	97 328	4,0	1 595	0,1	-	-
27.09.2009 (Bundestagswahl) ²⁾	380 373	8,6	-	-	1. 53	0,0

¹⁾Kreiswahlergebnisse²⁾Zweitstimmen

Zu 22:

Für die Bundestagswahlen 2002, 2005 und 2009 sowie für die Europawahlen 2004 und 2009 wurden repräsentative Wahlstatistiken durchgeführt, die Aufschluss über die Stimmabgabe nach Alter, Geschlecht und nach Bundesländern geben können. Hieraus sind die nachfolgenden Daten für die linksextremistische Wählerschaft in Niedersachsen zu entnehmen:

Bei der Bundestagswahl 2002 entfielen von den abgegebenen Stimmen auf die PDS:

	Alter von ... bis unter ... Jahren					Insgesamt
	18 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 60	60 und mehr	
Insgesamt (in %)	1,4	1,3	1,3	1,2	0,6	1,0
Männer (in %)	1,7	1,4	1,5	1,6	0,7	1,3
Frauen (in %)	1,1	1,3	1,0	0,8	0,5	0,8

Bei der Europawahl 2004 entfielen von den abgegebenen Stimmen auf die PDS:

	Alter von ... bis unter ... Jahren					Insgesamt
	18 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 60	60 und mehr	
Insgesamt (in %)	2,8	2,1	2,0	2,4	1,1	1,8
Männer (in %)	2,9	2,3	2,6	2,9	1,5	2,2
Frauen (in %)	2,6	1,9	1,5	1,8	0,7	1,3

Bei der Bundestagswahl 2005 entfielen von den abgegebenen Zweitstimmen auf DIE LINKE:

	Alter von ... bis unter ... Jahren					Insgesamt
	18 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 60	60 und mehr	
Insgesamt (in %)	4,6	4,6	4,5	5,9	2,8	4,3
Männer (in %)	4,6	5,1	5,3	7,4	4,0	5,4
Frauen (in %)	4,6	4,1	3,7	4,4	1,8	3,3

DIE LINKE-Wählerinnen und -Wähler bei der Bundestagswahl 2005 (Zweitstimmen, nach Geschlecht und Altersgruppen unterteilt):

	Alter von ... bis unter ... Jahren					Insgesamt
	18 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 60	60 und mehr	
Insgesamt (in %)	8,2	13,3	21,9	35,0	21,5	99,9 ¹⁾
Männer (in %)	7,1	12,2	21,5	36,6	22,7	100,1 ¹⁾
Frauen (in %)	10,0	15,0	22,6	32,7	19,7	100

¹⁾ Rundungsdifferenz

Bei der Europawahl 2009 entfielen von den abgegebenen Stimmen auf DIE LINKE:

	Alter von ... bis unter ... Jahren					Insgesamt
	18 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 60	60 und mehr	
Insgesamt (in %)	4,6	4,5	4,4	5,6	2,6	4,0
Männer (in %)	4,9	4,9	5,4	7,0	3,8	5,1
Frauen (in %)	4,3	4,1	3,4	4,2	1,7	2,9

Für die Bundestagswahl 2009 liegen die Auswertungen des Bundeswahlleiters aus der repräsentativen Wahlstatistik noch nicht vor.

Zu 23:

Nach einem Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) wurde bundesweit im Jahr 2001 ein einheitlicher Kriminalpolizeilicher Meldedienst - Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) eingeführt, um eine bundeseinheitliche und differenzierte Auswertung und Lagedarstellung zu ermöglichen. Die vor diesem Zeitpunkt erhobenen Daten für das Jahr 2000 sind vor diesem Hintergrund nicht mit den Fallzahlen ab dem Jahr 2001 vergleichbar. Insofern wurden diese Daten nicht in die anliegende Übersicht zu den polizeilich bekannt gewordenen rechtsextremistischen Straftaten in Niedersachsen aufgenommen.

Dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität -links- werden gemäß dem KPMD-PMK Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung einer „linken“ Orientierung zuzurechnen sind. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zu Anarchismus oder Kommunismus, Marxismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.

Der extremistischen Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Ebenfalls hinzugerechnet werden Straftaten, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder sich gegen die Völkerverständigung richten.

Niedersachsen gewährleistet hinsichtlich der Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität eine ständige Aktualität, auch für bereits zurückliegende Zeiträume. Ergebnisse aus Ermittlungsverfahren oder Gerichtsurteilen finden auch für vergangene Jahre Berücksichtigung in der Statistik. Dies führt dazu, dass Änderungen bzw. Nacherfassungen notwendig werden, welche die Vergleichbarkeit von Daten insbesondere in Abhängigkeit vom Erhebungszeitpunkt beeinflussen. Die Zahlen unterliegen demzufolge teilweise starken Veränderungen.

Im Übrigen siehe **Anlage 7**:

Anzahl der polizeilich bekannt gewordenen linksextremistischen Straftaten in Niedersachsen in den Jahren 2001 bis 2009 (Stand: 31.01.2010); Übersicht nach Landkreisen/kreisfreien Städten

Zu 24:

Im Zusammenhang mit den in der Anlage zu Frage 23 aufgeführten Straftaten wurde insgesamt ein Sachschaden in Höhe von ca. 7 Millionen Euro in dem Kriminalpolizeilichen Meldedienst - Politisch motivierte Kriminalität statistisch erfasst. 335 Personen wurden im Zusammenhang mit den Straftaten verletzt und zwei Personen getötet.

Zu 25:

Gewaltdelikte mit linksextremistischem Hintergrund werden im Kriminalpolizeilichen Meldedienst - Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) erfasst. Weitere Ausführungen zum KPMD-PMK siehe Antwort zu Frage 23.

Die Politisch motivierte Gewaltkriminalität ist eine Teilmenge der Politisch motivierten Kriminalität, die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in den

Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstandsdelikte und Sexualdelikte.

Siehe **Anlage 8:**

Anzahl der polizeilich bekannt gewordenen linksextremistischen Gewaltdelikte in Niedersachsen in den Jahren 2001 bis 2009 (Stand: 31.01.2010)

Zu 26:

Im Kriminalpolizeilichen Meldedienst der Politisch motivierten Kriminalität (KPM-D-PMK) werden linksextremistische Gewaltdelikte ausgehend von den Umständen der Tat zunächst einem Themenfeld zugeordnet. Delikte, die sich gegen die Polizei richten, werden über das Themenfeld „Sicherheitsbehörden/Polizei“ erfasst. Weitere Ausführungen zum KPM-D-PMK siehe Antwort zu Frage 23.

Hinsichtlich der Opfer von linksextremistischen Gewaltdelikten erfolgt über den KPM-D-PMK keine Zuordnung des Merkmals „Polizeibeamter“. Lediglich bei verletzten oder getöteten Opfern wird diese Zuordnung vorgenommen. Insofern kann lediglich die Anzahl der aufgrund eines Gewaltdelikt mit linksextremistischem Hintergrund verletzten Polizeibeamten über den Meldedienst erhoben werden. In den Jahren 2001 bis 2009 wurden im Zusammenhang mit 78 linksextremistischen Gewaltdelikten 153 Polizeibeamte verletzt.

In den Jahren 2008 und 2009 wurden mehr als die Hälfte der linksextremistischen Gewaltdelikte im Themenfeld „Sicherheitsbehörden/Polizei“ registriert.

Zu 27:

In Ermangelung einer gesonderten Erhebung linksextremistischer Straftaten in den Registern der Justiz können zur Anzahl der Verurteilungen keine Angaben gemacht werden.

Zu 28:

Aus den unter Frage 27 aufgeführten Gründen können zu Vorstrafen der Täter keine Angaben gemacht werden.

Zu 29:

DIE LINKE

Bund

- Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE (monatlich)
- Marxistisches Forum der Partei DIE LINKE.
- DISPUT, monatlich
- marx 21, fünfmal jährlich

Niedersachsen

- Linkes Forum – DIE LINKE Landesinfo Niedersachsen, mehrmals jährlich
- Publikationen der Kreisverbände

DKP

Bund

- Unsere Zeit (UZ), wöchentlich, etwa 7000 Exemplare
- Marxistische Blätter, zweimonatlich, etwa 2500 Exemplare

Niedersachsen

- Hannoversches Volksblatt
- Die Rote Spindel (Nordhorn/Lingen)
- Pulverturm (Oldenburg)

Betriebszeitungen

- Roter Käfer (VW, Braunschweig)
- Roter Bully (VW Nutzfahrzeuge, Hannover)

MLPD

Bund

- Rote Fahne, wöchentlich, Auflage etwa 7 500 Exemplare
- Der Revolutionäre Weg

Die Rote Hilfe

Bund

- Die Rote Hilfe, vierteljährlich, 5 000 Exemplare

FAU

Bund

- Direkte Aktion, zweimonatlich, etwa 3 000 Exemplare

Autonome

Niedersachsen

- Hannover: vers beaux temps, vierteljährlich
 TABULA RASA, monatlich
- Oldenburg: ALHAMBRA, monatlich
- Göttingen: göttinger Drucksache (göDru), wöchentlich
- Braunschweig: Fight back!, unregelmäßig

Sofern zu den aufgeführten Publikationen keine weitergehenden Ausführungen gemacht wurden, liegen keine näheren Erkenntnisse über Auflagenhöhe, Anzahl der Abonnenten bzw. der Bezieher vor.

Zu 30:

Linksextreme Parteien, Vereine und Organisationen versuchen insbesondere über elektronische und Printmedien auf sich aufmerksam zu machen. Neben den klassischen Informationsmaterialien wie Flyer, Flugblätter und Broschüren hat sich vor allem das Internet zum wichtigsten Werbe- und Informationsmedium entwickelt. Auf Websites und in Blogs wird für das eigene Weltbild geworben und auf Veranstaltungen verwiesen, über Links erfolgt die Vernetzung mit Gleichgesinnten. Insbesondere Vorträge, Podiumsdiskussionen, Workshops und Einsteigerabende dienen der Kontaktaufnahme und dem Kennenlernen. Gemeinsame Freizeitunternehmungen wie Musikkonzerte und Aktionen wie Demonstrationen dienen dazu, das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken.

Aufgrund des zunehmend hohen Alters der Aktivisten und dadurch rückläufiger Mitgliederzahlen ist die Nachwuchsgewinnung für die linksextremistischen Parteien zunehmend in den Mittelpunkt gerückt. Sie erfolgt hauptsächlich über ihre Jugend- und Studentenorganisationen. So veranstalten beispielsweise DIE LINKE und die DKP über ihre Hochschulorganisationen DIE LINKE.SDS bzw. AMS Erstsemesterveranstaltungen an den Universitäten und führen Marx-Lesekreise durch.

Eine organisierte Jugendarbeit durch Gruppierungen der linksextremistischen/autonomen Szene kann in Göttingen und Hannover festgestellt werden. Das Ziel der linksextremistischen Gruppenarbeit ist die Politisierung und Rekrutierung von Jugendlichen. Diese sollen als dauerhafte Angehörige gewonnen werden, um so ihr Aktionspotenzial für die jeweiligen Gruppen zu nutzen. Insbesondere dient dabei der Antifaschismus als Anknüpfungspunkt, was u. a. zur Gründung von Jugend-Antifa-Gruppen führte. Vor allem über das Internet werden Jugendliche gezielt zur Mitarbeit aufgerufen und ermuntert, Einsteigerabende dienen dem ersten Kennenlernen.

Zu 31:

Ereignisse im Sinne der Fragestellung werden durch die Polizei nicht statistisch erfasst, sodass zur Beantwortung eine manuelle Auswertung der vorhandenen Unterlagen erforderlich wäre. Vor dem

Hintergrund des daraus resultierenden hohen Verwaltungsaufwandes wurde die Auswertung auf den Zeitraum 1. Januar 2008 bis 30. September 2009 beschränkt.

Im Weiteren ist zu berücksichtigen, dass der Polizei insbesondere Ereignisse ohne Öffentlichkeitswirkung und/oder ohne strafrechtliche Relevanz nur eingeschränkt zur Kenntnis gelangen.

Im Übrigen siehe **Anlage 9**:

Anzahl der polizeilich bekannt gewordenen Veranstaltungen im Sinne der Fragestellung in Niedersachsen in den Jahren 2008 bis 2009 (Stand: 30.09.2009)

Darüber hinaus liegen die nachfolgenden Erkenntnisse im Sinne der Anfrage vor:

Im Oktober und November 2008 veranstaltete die linksextremistische/autonome Szene Hannover unter Beteiligung sämtlicher derzeit einflussreicher Gruppierungen in Hannover eine Vortragsreihe unter dem Motto: „Unbekannt verzogen? *Linke ErSie – Wochen*“.

Ziel dieser Aktivitäten ist es gewesen, den erstmalig nach Hannover verzogenen Studenten des neuen Semesters, aber auch denen, die ihr politisches Profil erweitern wollen, eine Möglichkeit zu bieten, sich über „die unterschiedlichen linken Zusammenhänge in der Stadt“ einen Überblick zu verschaffen. Zu diesem Zweck wurden insgesamt elf Veranstaltungen/Vorträge organisiert, um über die vordringlichsten Arbeitsschwerpunkte und Themenfelder zu informieren.

Exemplarisch seien hier folgende Vorträge genannt:

- Nationaler Sozialismus - „Antikapitalismus“ von völkischen Freaks
- Uni und Studium - was war, was ist, wie soll es sein ? Schändet Eure neoliberalen Biographien!
- Das Gutscheinsystem⁷ und der Widerstand dagegen
- Was ist die Rote Hilfe?
- Das „who is who“ der Nazis in Hannover
- Antimilitarismus tut Not - in der Hochschule und anders wo!
- Militarisierung und Widerstand

Beworben wurde die Veranstaltungsreihe mit Plakaten, Flyern, im Internet und mit einer professionellen 40-seitigen Broschüre, die auch eine kurze Selbstdarstellung der teilnehmenden Gruppierungen, Hinweise auf die einschlägigen Szenetreffs sowie eine Warnung vor Wohnungsangeboten in studentischen Verbindungshäusern enthält.

An der Realisierung von „unbekannt verzogen“ haben folgende linksextremistischen/linksextremistisch beeinflusste Gruppierungen mitgewirkt:

- Alerta - libertäres Netzwerk Hannover,
- Antifaschistische Aktion Hannover [AAH],
- AVANTI - Projekt undogmatische Linke OG Hannover,
- Rote Aktion Kornstrasse (RAK),
- Rote Hilfe Hannover,
- Freie ArbeiterInnen Union (FAU),
- offene Antifa der Uni Hannover,
- Fast Forward Hannover (FFH),
- Kampagne für ein Antifaschistisches Hannover.

Besonders bemerkenswert an dieser erstmalig in Hannover durchgeführten Form der Sympathisantengewinnung war die professionelle Vorbereitung und die Tatsache, dass sich über alle ideologischen Divergenzen hinweg sämtliche Gruppierungen zu dieser Zusammenarbeit bereit gefunden haben.

⁷ Bezahlverfahren im Einzelhandel nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

In Göttingen wird jährlich, in der Regel im Herbst, die Veranstaltung „Welcome to the machine“ für Studienanfänger und Studienortwechsler angeboten. Während dieser Veranstaltungen stellen sich einige Gruppen persönlich vor, darüber hinaus wird der jährlich aktualisierte Szene-Guide ausgegeben. Er vermittelt einen Überblick über bestehende „linke Gruppen“, Kampagnen und Initiativen. Einige Gruppen bieten Einsteigerabende an, andere hingegen weisen geschlossene Strukturen auf.

Zu 32:

Von 2000 bis 2009 wurden 46 Konzerte mit linksextremistischem Hintergrund in Niedersachsen bekannt. An ihnen nahmen durchschnittlich zwischen 100 und 200 Besucher teil. Hauptsächlich fanden die Konzerte in Göttingen (15), Hannover (8), Verden (7) und Vechta (5) statt. Als Veranstaltungsorte dienten vor allem Jugendhäuser und Jugendzentren, so beispielsweise das Jugendzentrum Innenstadt (JuzI) in Göttingen, das Unabhängige Jugendzentrum (UJZ) Kornstraße in Hannover oder das Jugendzentrum in Verden.

Im Übrigen siehe **Anlage 10**:

Anzahl der polizeilich bekannt gewordenen Konzerte mit linksextremistischem Hintergrund in Niedersachsen in den Jahren 2000 bis 2009 (Stand: 30.09.2009).

Ereignisse im Sinne der Fragestellung, insbesondere ohne Öffentlichkeitswirkung und/oder ohne strafrechtliche Relevanz gelangen der Polizei nur eingeschränkt zur Kenntnis bzw. stehen vor dem Hintergrund festgelegter Aufbewahrungs- und Löschfristen in den polizeilichen Unterlagen gegebenenfalls nicht mehr in vollem Umfang zur Verfügung.

Zu 33:

In jüngster Zeit treten vermehrt Bands und Liedermacher mit linksextremistischen Texten auf, in denen nicht nur der Staat und das „System“ abgelehnt, sondern auch offen zur Gewalt gegen ihn und den politischen Gegner aufgerufen wird.

In jeder größeren Stadt Niedersachsens mit einer ausgeprägten linksextremistischen Szene gibt es auch Bands oder Liedermacher, die linksextremistische Texte verwenden. Die musikalische Bandbreite reicht von hauptsächlich aus dem Punk/Hardcore-Bereich stammenden Bands bis zum Rap und Hip Hop. Als Auftrittsmöglichkeiten werden die sogenannten „Soli-Konzerte“ in den Treffs der autonomen Szene wie dem „JuzI“ und dem „Theaterkeller“ in Göttingen, dem „Alhambra“ in Oldenburg oder dem „Infocafé Anna und Arthur“ in Lüneburg genutzt.

Aus Göttingen beispielsweise stammt die Hardcoreband „Antigen“ und die Punkgruppe „Fuck FX“ mit ihrem Song „Kudamm burning“. Darin wird davon geschwärmt, das Berliner Kaufhaus KaDeWe anzuzünden. Hinzu kommt aus Meppen die Punk-/Hardcoreband „Propaganda Network“, die in ihrem Song „Parole, Parole, Parole“ mit der Textzeile „Schlagt sie tot, haut ihnen die Rübe ab! Packt die Faschisten fein zerhackt in Kisten“ öffentlich zu Straftaten auffordert. Die Punkband „Alarmsignal“ aus Celle verbreitet in einem ihrer Lieder die Parole „Gegen den Staat, gegen den Staat, gegen den Staat hilft nur die Tat!“ Zudem gibt es in Lüneburg u. a. einen „Rapper“ mit linksextremistischem Liedgut, der sich „Johnny Mauser“ nennt. Auch in Braunschweig und Hannover sind Bands aktiv, die aber zurzeit noch nicht näher bestimmt werden können.

„Fire and Flames“ ist in Niedersachsen das zentrale Label für linke bzw. linksextremistische Musik. Es führte in der Vergangenheit mehrfach Konzerte in Göttingen durch, vorrangig in Zusammenhang mit Protestveranstaltungen gegen rechtsextremistische Kundgebungen. Die dabei erzielten Einnahmen dienen zumindest teilweise der Mobilisierung. Bands wie „FuckFX“ aus Göttingen (Punk) treten neben Gruppen wie „Atemnot“ aus Bayern auf, die in ihren Texten „Feuer und Flamme für den Bullenstaat“ fordern.

Wie bei dem Lied „Kudamm Burning“ ist allerdings nicht immer eindeutig zu verifizieren, wer die Urheber der Texte sind. Im subkulturellen Milieu der Musik „covert“ man sich gegenseitig, da das Kunsturheberrecht keine Rolle spielt. „Kudamm Burning“ ist sowohl von FuckFX, als auch von dem Berliner „Liedermacher“ YOK Quetschenpaua im Internet eingestellt.

Zu finden sind die Videos und Lieder im Internet bei www.youtube.com oder www.myspace.com. Aufgrund ihres hohen Bedeutungsgrades insbesondere für Jugendliche ist davon auszugehen, dass linksextremistische Musik künftig an Bedeutung gewinnen wird.

Zu 34:

In Niedersachsen wurden seit dem Jahr 2001 151 linksextremistische Straftaten an Schulen polizeilich registriert. Dabei handelte es sich überwiegend um Sachbeschädigungen. Vereinzelt kam es im Schulumfeld zu Körperverletzungsdelikten im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen zwischen Personen der linken und rechten Szene.

Straftaten mit einem linksextremistischen Hintergrund werden im Kriminalpolizeilichen Meldedienst - Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) erfasst. Weitere Ausführungen zum KPMD-PMK siehe Antwort zu Frage 23.

Des Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass insbesondere Ereignisse ohne strafrechtliche Relevanz vor dem Hintergrund festgelegter Aufbewahrungs- und Löschfristen in den polizeilichen Unterlagen nicht mehr in vollem Umfang zur Verfügung stehen.

Folgende Vorfälle mit linksextremistischem Hintergrund an niedersächsischen Schulen ohne strafrechtliche Relevanz sind seit dem Jahr 2000 polizeilich bekannt geworden (Stand: 30.09.2009):

Datum	Schulen in Stadt/Landkreis	Vorfall
09.02.2005	Braunschweig	Verteilung von Flyern vor der Schule
25.11.2006	Braunschweig	Info-Veranstaltung gegen Rechts der Antifa
10.12.2007	Helmstedt	Vortrag eines Angehörigen der Antifa
01.06.2009	Delmenhorst	Demo gegen Bildungspolitik wurde von Mitgliedern der Antifa genutzt
17.06.2009	Wilhelmshaven	Unangemeldete Demo
18.06.2009	Wilhelmshaven	Vortrag durch Autonome

Im Übrigen siehe **Anlage 11**:

Polizeilich bekannt gewordene linksextremistische Straftaten in Schulen in Niedersachsen in den Jahren 2001 bis 2008 (Stand: 31.01.2009)

In Ermangelung einer gesonderten Erhebung linksextremistischer Straftaten können zur Anzahl der Verurteilungen keine Angaben gemacht werden.

Darüber hinaus haben im Rahmen der bundesweiten Schulstreiks 2008 und 2009 einige linksextremistische Organisationen versucht, die Debatte um die Bildungspolitik mit der Systemfrage zu verbinden und zum Schulstreik aufgerufen.

Zu 35:

Straftaten mit einem linksextremistischen Hintergrund werden im Kriminalpolizeilichen Meldedienst - Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) erfasst. Weitere Ausführungen zum KPMD-PMK siehe Antwort zu Frage 23.

In den Jahren 2001 bis 2008 wurden in Niedersachsen 53 linksextremistische Straftaten an Hochschulen polizeilich registriert. Dabei handelte es sich überwiegend um Sachbeschädigungen.

Im Übrigen siehe **Anlage 12**:

Polizeilich bekannt gewordene linksextremistische Straftaten in Hochschulen in Niedersachsen in den Jahren 2001 bis 2008 (Stand 31.01.2009)

Darüber hinaus wurden der Polizei auch Vorfälle mit linksextremem Hintergrund an Hochschulen bekannt, die keinen strafrechtlichen Hintergrund aufwiesen. Dabei handelte es sich vorwiegend um Protestaktionen. Im Weiteren ist zu berücksichtigen, dass der Polizei insbesondere Ereignisse ohne Öffentlichkeitswirkung und/oder ohne strafrechtliche Relevanz nur eingeschränkt zur Kenntnis gelangen bzw. vor dem Hintergrund festgelegter Aufbewahrungs- und Löschfristen in den polizeilichen Unterlagen nicht mehr in vollem Umfang zur Verfügung stehen.

Folgende Vorfälle mit linksextremistischem Hintergrund an niedersächsischen Hochschulen ohne strafrechtliche Relevanz sind seit dem Jahr 2000 polizeilich bekannt geworden (Stand: 30.09.2009):

Datum	Hochschule	Stadt/Landkreis	Vorfall
11.01.2005	Universität	Göttingen	Störung einer Vortragsveranstaltung mit dem Nds. Innenminister durch Angehörige von linksextremistischen Gruppierungen
30.11.2006	Universität	Braunschweig	Proteste der Antifa zu Studiengebühren
Dezember 2006	Universität	Osnabrück	Blockade bei einer Veranstaltung mit dem Nds. Bildungsminister
22.01.2007	Universität	Osnabrück	Störung einer Veranstaltung mit dem Nds. Ministerpräsidenten
15.05.2007	Universität	Osnabrück	Besetzung eines leerstehendes Gebäudes auf dem Unigelände
11.12.2008	Hochschule	Vechta	Solidaritätsaktion nach dem Tod eines Demonstranten in Griechenland
15.06.-17.06.2009	Hochschule	Vechta	Campus Camp im Rahmen der Bildungsaktion
21.09.2009	Hochschule	Vechta	Protest im Rahmen einer Veranstaltung mit der Bundesministerin für Bildung und Forschung
2000-2009	Universität	Göttingen	Div. Vorfälle durch linksextremistische Gruppen zu den Themen: Einführung Studiengebühr, „linke Freiräume“, Bildungsstreik

Zu 36 bis 38, 41 und 42:

In die Übersicht zur Beantwortung der Fragen 36 bis 38, 41 und 42 wurden in Ermangelung einer geeigneten Definition sämtliche Demonstrationen aufgenommen, an denen eine Beteiligung von Personen aus dem linksextremistischen Spektrum polizeilich bekannt wurde. Eine klare Abgrenzung, ob es sich dabei im Sinne der Fragestellung in der Gesamtheit der Demonstration um eine „linksextreme Demonstration“ handelt, ist nicht möglich.

Im Übrigen siehe **Anlage 13**:

Polizeilich bekannt gewordene Demonstrationen im Sinne der Fragestellung in Niedersachsen (Stand: 30.09.2009)

Zur Frage der statistischen Datengrundlage und zur Kostenermittlung siehe Antwort zu I.36.

Zu 39 und 40:

Siehe Antwort zu Frage 14.

Im Übrigen siehe **Anlage 14**:

Polizeilich bekannt gewordene Demonstrationen im Sinne der Fragestellung in Niedersachsen (Stand: 30.09.2009)

Zur Frage der statistischen Datengrundlage und zur Kostenermittlung siehe Antwort zu I.36.

Die Partei DIE LINKE wurde am 16. Juni 2007 gegründet. Insofern werden in der Übersicht Demonstrationen erst ab diesem Datum aufgeführt.

Zu 43:

Linksextremistische Aktivitäten spielen in den niedersächsischen Justizvollzugseinrichtungen kaum eine Rolle. Hinweise auf zielgerichtete politische Betätigungen von Gefangenen liegen nicht vor. Über die Anzahl der wegen linksextremistisch motivierter Straftaten inhaftierten Personen kann aus den zu I.46 dargelegten Gründen keine verlässliche Aussage getroffen werden. Hinweise auf strafbare Handlungen innerhalb des Vollzuges werden ausnahmslos zur Anzeige gebracht. Im Übrigen gilt das zu I.46 Gesagte entsprechend.

Zu 44:

Zur Beantwortung dieser Frage wird auf die Ausführungen zu Frage 8 verwiesen.

Zu 45:

Die Ursachen von Extremismus müssen bereits frühzeitig mit einem langfristigen Engagement und nachhaltiger Prävention bekämpft werden. Gewalt fördernde bzw. auslösende Einstellungen sind im Kindes- und Jugendalter diffus ausgebildet und werden zumeist auf einem wenig konkreten, schon gar nicht politisch verfestigtem Fundament geäußert. Der adäquate Ansatz, um diesen Haltungen entgegenzutreten, ist daher nach Auffassung der Landesregierung eine konsequente Entwicklung der sozialen Grundkompetenzen. Sozial kompetentes Verhalten muss erlernt werden. Dabei ist die Schule ein geeigneter Ort, an dem Kinder und Jugendliche erreicht werden können. Vor diesem Hintergrund werden z. B. polizeiliche Präventionsansätze verstärkt in Kooperation mit Schulen durchgeführt. Ein beispielgebendes Projekt zur Förderung sozialer Kompetenzen ist das vom Landeskriminalamt Niedersachsen, dem Gemeinde-Unfallversicherungsverband Hannover und der Landesschulbehörde Niedersachsen entwickelte Programm PaC - Prävention als Chance, das 2007 den Deutschen Förderpreis Kriminalprävention erhalten hat und sukzessive auf Niedersachsen ausgedehnt werden soll.

Die Polizei bietet darüber hinaus weitere Konzepte im Bereich der Gewaltprävention insbesondere in Schulen an. Präventionsmaßnahmen und -konzepte die sich ausschließlich gegen Linksextremisten richten, werden durch die niedersächsische Polizei derzeit nicht umgesetzt.

Im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages klärt der Niedersächsische Verfassungsschutz die Öffentlichkeit auch über verfassungsfeindliche Bestrebungen im Bereich Linksextremismus auf und erfüllt damit präventive Aufgaben.

Der Niedersächsische Verfassungsschutz hat seine Präventionsangebote in diesem Bereich intensiviert. Die seit dem Jahr 2005 laufende Wanderausstellung „Verfassungsschutz gegen Rechtsextremismus - Unsere Demokratie schützen“ wurde im Januar 2010 um den Bereich Linksextremismus erweitert und heißt nunmehr „Verfassungsschutz gegen Extremismus“.

Im Rahmen seines Informations- und Vortragsangebotes an niedersächsischen Schulen und Bildungseinrichtungen bietet der Niedersächsische Verfassungsschutz auch entsprechende Veranstaltungen zum Thema Linksextremismus an. Die Vortragsveranstaltungen klären über aktuelle Entwicklungen und Erscheinungsformen der linksextremistischen Szene auf und dienen der Sensibilisierung von Schülern, Lehrkräften und sonstigen Multiplikatoren im Umgang mit linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen.

Auch die seit Juni 2005 in enger Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Kultusministerium, dem Niedersächsischen Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS) und der Landesschulbehörde durchgeführte Fortbildungsreihe für Lehrkräfte mit Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen in verschiedenen Regionen des Landes wird künftig um den Themenkomplex Linksextremismus erweitert.

Zudem kooperiert der Niedersächsische Verfassungsschutz mit der Integrationsabteilung des MI bei der Durchführung von Jugendkongressen in Niedersachsen. Unter dem Motto „Gegen Extremismus - Für Toleranz und Vielfalt“ haben in diesem Jahr bereits zwei Veranstaltungen in Aurich und Celle stattgefunden, die u. a. einen Workshop zum Thema „Zecken gegen Glatzen - Warum man sich nicht mit Linksextremisten im Kampf gegen Rechtsextremismus verbrüdern soll“ beinhalteten. Ziel dieser Arbeit mit Jugendlichen ist auch hier, einen kritischen Umgang mit den für Jugendliche attraktiven aktionsorientierten, teilweise gewaltbereiten linksextremistischen Gruppierungen und Organisationen zu fördern.

III. Ausländerextremismus

Zu 1:

Unter dem Arbeitsbegriff Ausländerextremismus werden alle politisch bestimmten Bestrebungen ausländischer Organisationen zusammengefasst, wenn diese

- sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten,
- sich gegen den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten, in dem sie politische Auseinandersetzungen ihres Heimatlandes gewaltsam in Deutschland austragen und damit die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährden,
- in der Bundesrepublik Deutschland durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange gefährden oder
- Bestrebungen verfolgen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Der Sammelbegriff Ausländerextremismus schließt inhaltlich rechtsextremistisch-nationalistische, linksextremistische und sonstige extremistische Bestrebungen von ausländischen Personenzusammenschlüssen mit ein.

Bei den Mitgliedern dieser ausländischen extremistischen Organisationen handelt es sich nicht nur um Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit.

Innerhalb des Ausländerextremismus ist der Islamismus eine extremistische Ideologie, die ein politisches System anstrebt, das auf der Basis der islamischen Rechtsordnung, der Scharia, errichtet werden soll. Da die Scharia den Rechtsstatus des Einzelnen nach dessen Religions- bzw. Geschlechtszugehörigkeit bemisst, kann ein politisches System, welches auf ihr basiert, nur im Gegensatz zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland stehen.

In diesem Zusammenhang ist es von großer Bedeutung festzustellen, dass zwischen der Religion des Islams und der Ideologie des Islamismus unterschieden werden muss. Die Religion des Islams, dessen Anhänger zum ganz überwiegenden Teil den extremistischen Islamismus ablehnen, steht unter dem Schutz des Grundgesetzes, während der islamistische Extremismus dieses gerade bekämpfen will.

Die Entwicklung des Islamismus in Niedersachsen steht in Zusammenhang mit der Migrationsgeschichte des Landes. So wie sich die Gruppe der nach Niedersachsen ziehenden Menschen zunehmend differenziert, so finden sich nunmehr auch islamistische Organisationen, die aus Regionen stammen, aus welchen während der 60er- und 70er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts keine sogenannten Gastarbeiter angeworben wurden, in unserem Land. Als ein Beispiel hierfür kann die vom indischen Subkontinent stammende Gruppierung Tablighi Jama'at gelten (s. u.).

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG)

Mitgliederstärkste islamistische Organisation in Niedersachsen ist die IGMG. In ihrer Ideologie der „Nationalen Sicht“ („Milli Görüs“) mischen sich islamistische Elemente mit einem spezifischen türkischen Nationalismus, der das Osmanische Reich verklärt. Der Sitz des Landesverbandes ist Hannover. Folgende 35 Ortsvereine lassen sich derzeit in Niedersachsen der IGMG zurechnen:

- KAMU – Kulturverein Achimer Muslime/Innen, Feldstraße 22, 28832 Achim
- Vahdet Sport- und Kulturverein Braunschweig 1994 e. V., Varrentrappstr. 21, Braunschweig
- Türkische Union Braunschweig, Varrentrappstraße 21, 38122 Braunschweig
- Islamische Gemeinde Buxtehude, Schützenhofweg 3, 21614 Buxtehude
- Islamische Gemeinde Mevlana Moschee e. V., Breslauer Straße 40, 27755 Delmenhorst
- Islamische Union in Garbsen und Umgebung e. V., Sandstraße 38, 30823 Garbsen
- IGMG - Ortsverein Goslar und Umgebung e. V., Bäringerstraße 42, 38640 Goslar
- Vahdet Sport- und Kulturverein Goslar 1999 e. V., 38640 Goslar
- Islamische Gemeinde Hameln e. V., Hunoldstraße 1, 31785 Hameln
- Bildungs- und Interkulturelles Zentrum, Scheffelstraße 17, 30167 Hannover

- IGMG Ortsverein Hannover, Weidendamm 9, 30167 Hannover
- Vahdet Sport- und Kulturverein Hannover 1984, Lauckerthof 7, 30419 Hannover
- IGMG - Regionalverband Hannover, Scheffelstraße 17, 30167 Hannover
- Islamischer Verein in Hannover und Umgebung e. V., Weidendamm 9, 30167 Hannover
- Anadolu Sport- und Kulturverein Hannover e. V., Weidendamm 9, 30167 Hannover
- IGMG - Ortsverein Herzberg am Harz e. V., Sieberstraße 4 B, 37412 Herzberg/Harz
- IGMG - Ortsverein Laatzen, Hildesheimer Straße 213, Hannover-Laatzen
- Islamischer Kulturverein Lohne e. V., Am Mühlenkamp 20, 49393 Lohne
- IGMG - Ortsverein Melle-Buer e. V., Osnabrücker Straße 1, 49328 Melle-Buer
- Islamische Föderation Niedersachsen e. V., Holdorfer Straße 15, 49434 Neuenkirchen-Vörden
- IGMG - Ortsverein Neustadt/Rübenberge, Wunstorfer Straße 32, 31535 Neustadt/Rbge.
- IGMG - Ortsverein Nordenham, Niedersachsenstraße 33, 26954 Nordenham
- IGMG - Ortsverein Oldenburg, Breslauerstraße 2, 26125 Oldenburg
- Türkisch-islamische Union Osnabrück und Umgebung, Iburgertstr. 12-14, 49082 Osnabrück
- IGMG - Ortsverein Osterholz e. V., Bremer Straße 59, 27711 Osterholz-Scharmbeck
- IGMG - Ortsverein Osterode e. V., Hauptbahnhof 2, 37520 Osterode am Harz
- IGMG - Ortsverein Peine e. V., Braunschweiger Straße 44, 31226 Peine
- Kleine Ayasofya Moschee e. V., Fuhrenstraße 14 A, 27356 Rotenburg/Wümme
- Bildungs- und Interkulturelles Zentrum Salzgitter, Berliner Straße 144, 38226 Salzgitter-Lebenstedt
- Islamische Gemeinschaft und Kulturverein MG in Salzgitter und Umgebung e. V. 1986, Watenstedter Straße 22/24, 38239 Salzgitter/Watenstedt
- IGMG - Ortsverein Salzgitter-Lebenstedt, Am Haudorn 2 A, 38226 Salzgitter-Lebenstedt
- IGMG - Ortsverein Saterland e. V., Möhlenschleede 1, 26683 Saterland/Ramsloh
- Islamische Gemeinde in Stade e. V., Wallstraße 1, 21682 Stade
- IGMG - Ortsverein Stadthagen, Nordstraße 17, 31655 Stadthagen
- Verein zur Erhaltung des islamischen Gebetsraumes, Hohe Straße 47, 27232 Sulingen.

Die Zahl der Mitglieder der IGMG in Niedersachsen blieb in den Jahren 2000 bis 2009 konstant bei ca. 2 600.

Kalifatsstaat

Ebenfalls dem Islamismus türkischer Prägung zuzurechnen ist die seit 2001 verbotene Organisation Kalifatsstaat. Der damalige Sitz der Organisationsleitung war Köln; in Niedersachsen existierten acht Ortsvereine. Vereinzelt treffen sich heute noch Anhänger der Organisation zum Beten in den alten Vereinsstätten in den Bereichen Braunschweig, Göttingen und Osnabrück.

Entwicklung der Mitglieder/Anhängierzahlen in Niedersachsen:

2000:	180
2001:	150
2002:	150
2003:	150
2004:	140
2005:	130
2006:	130
2007:	130
2008:	130
2009:	130

Muslimbruderschaft (MB)

Die MB wird mitunter auch als „ideologische Mutterorganisation des politischen Islams“ bezeichnet.

Auf ihrer fünften Generalkonferenz 1939 in Kairo legte die Muslimbruderschaft ihre bis heute gültige Doktrin fest. Darin tritt ein entschieden islamistischer Wesenszug zu Tage. Indem sich die Muslimbrüder auf das Wirken und die Tradition des Propheten und seiner Gefährten berufen, grenzen sie sich von allen „Verunreinigungen“ des Islam ab, die die islamische Welt seit dem 7. Jahrhundert heimgesucht hätten. Unter diesen „Verunreinigungen“ versteht die Muslimbruderschaft Entwicklungen wie die Gleichberechtigung der Geschlechter oder ein politisches System, welches nicht auf der Basis der Scharia gegründet ist.

Entwicklung der Mitglieder/Anhängierzahlen in Niedersachsen:

2000:	95
2001:	115
2002:	115
2003:	170
2004:	160
2005:	160
2006:	160
2007:	160
2008:	160
2009:	160

Anhänger der MB verfügen über niedersächsische Anlaufstellen in Braunschweig, Göttingen, Hannover und Osnabrück.

Tablighi Jama'at (TJ)

Die in den 20er-Jahren in Indien gegründete „Gemeinschaft der Missionierung und Verkündigung“ vertritt ein äußerst konservatives Islamverständnis, das die Ausgrenzung der Frau und die Abgrenzung gegenüber Nichtmuslimen beinhaltet. Diese Organisation wird erst seit 2003 durch den niedersächsischen Verfassungsschutz beobachtet, daher können für die Jahre 2000 bis 2002 keine Angaben zu Mitglieder-/Anhängierzahlen gemacht werden. Von Niedersachsen ausgehende Missionsreisen werden aus der Masjid El Umma Moschee/Pakistanzentrum in Hannover koordiniert. In Niedersachsen fand ein größeres Treffen von TJ-Anhängern zuletzt im Oktober 2007 in der Masjid El Umma Moschee statt. Unter den rund 100 Teilnehmern befanden sich auch Besucher aus Österreich, Frankreich und dem europäischen Zentrum der TJ in Dewsbury/Großbritannien. TJ-Anhänger sind aufgrund der durchzuführenden missionarischen Reisen auch regelmäßig in solchen niedersächsischen Moscheen festzustellen, die nicht originär der TJ zuzurechnen sind. So wurden Missionierungsgruppen u. a. in Göttingen, Osnabrück und der Region Braunschweig/Wolfsburg festgestellt.

Entwicklung der Mitglieder/Anhängierzahlen in Niedersachsen:

2003:	30
2004:	40
2005:	65
2006:	70
2007:	70
2008:	70
2009:	70

Islamische Befreiungspartei (Hizb ut-Tahrir al-Islami, HuT)

Die HuT agiert insbesondere gegen den Staat Israel auf eine Weise, die deutlich antisemitische und volksverhetzende Züge trägt. Wegen dieser Aktivitäten hat das Bundesministerium des Innern am 15. Januar 2003 die Betätigung der HuT in der Bundesrepublik Deutschland verboten. Diese

Organisation wird erst seit 2002 durch den niedersächsischen Verfassungsschutz beobachtet, daher können für die Jahre 2000 bis 2002 keine Angaben zu Mitglieder-/Anhängerszahlen gemacht werden. In Niedersachsen konnten keine offenen Aktivitäten der hier lebenden Anhänger der HuT festgestellt werden. Kennzeichnend für die politische Arbeit der HuT ist jedoch nicht die Massenmobilisierung, sondern eine im Geheimen betriebene Kaderarbeit.

Entwicklung der Mitglieder/Anhängerszahlen in Niedersachsen:

2003:	10
2004:	10
2005:	10
2006:	10
2007:	10
2008:	Einzelmitglieder
2009:	Einzelmitglieder

Hizb Allah

Die libanesisch-schiitische Organisation Hizb Allah (Partei Gottes) bekämpft mit terroristischen Mitteln den Staat Israel, richtet ihre Propaganda aber auch gegen westliche Institutionen. Vereinsähnliche Strukturen der Hizb Allah existieren nach hier vorliegenden Erkenntnissen in Niedersachsen nicht. Vielmehr haben sich hier lebende schiitische Libanesen in teilweise nach dem deutschen Vereinsrecht registrierten Vereinen organisiert. Die meisten dieser Libanesen können als Anhänger der Hizb Allah bzw. als der Ideologie der Hizb Allah nahe stehend bezeichnet werden.

Ihre Aktivitäten beschränken sich überwiegend auf die Teilnahme an religiösen Zusammenkünften. Vereinzelt nehmen sie an der antiisraelischen „Quds-Demonstration“ in Berlin anlässlich des al-Quds-Tages teil. Der al-Quds-Tag ist gesetzlicher Feiertag im Iran und soll den islamischen Anspruch auf Jerusalem (arab. al-Quds) unterstreichen.

Die Anzahl der Mitglieder der einzelnen Vereine ist nicht bekannt. Der Niedersächsische Verfassungsschutz schätzt die Zahl extremistischer Anhänger der Hizb Allah seit 2000 relativ konstant auf 130.

Salafismus

Der Salafismus ist eine besonders radikale Form des Islamismus, die sich zum Ziel gesetzt hat, weltweit die gesellschaftspolitischen Zustände einzuführen, die im 7. Jahrhundert n. Chr. auf der arabischen Halbinsel geherrscht haben.

In Braunschweig hat sich ein zentraler Knotenpunkt des deutschsprachigen salafistischen Bildungs- und Gelehrtennetzwerkes herausgebildet. Hier hat der Verein Einladung zum Paradies e. V., ehemals Islamisches Bildungs- und Kulturzentrum Braunschweig (IBKZ), seit 2006 seinen Sitz. Dieser relativ mitgliederschwache Verein ist mit einer Moschee sowie der wichtigsten Fortbildungsstätte des salafistischen Islamismus in der Bundesrepublik Deutschland verbunden. Diese sogenannte Islamschule, gegründet 2007, ermöglicht ihren Studenten ein vierjähriges Islam-Studium nach den Lehrplänen der Universität Medina (Saudi-Arabien). Die überwiegende Zahl der Schüler, deren Studium auf vier Jahre veranschlagt ist, ist nicht vor Ort präsent, sondern nutzt die Möglichkeit, sich über das Internet unterrichten zu lassen. Aktuell verzeichnet die Islamschule ca. 200 Online-Studenten sowie ca. 10 vor Ort Studierende bei stark steigender Tendenz. Die Finanzierung der Schule erfolgt über Zahlungen der Studenten.

Eine eng mit dem Leiter der Islamschule in Braunschweig zusammenarbeitende Moschee existiert in Hannover - der Deutschsprachige Islamkreis Hannover -, darüber hinaus weitere in anderen Bundesländern. Zu den Freitagsgebeten im Deutschsprachigen Islamkreis erscheinen regelmäßig etwa 150 Personen.

Neben den genannten islamistischen Gruppen sind in Niedersachsen die folgenden extremistischen Ausländerorganisationen bzw. ideologisch ihnen zuzurechnenden Anhänger aktiv:

Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V. („Almanya DemokratiK Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“, ADÜTDF)

Unter der Bezeichnung Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V. tritt die türkisch nationalistische Gruppierung auf, die auch unter der Bezeichnung „Graue Wölfe“ bekannt ist. Die ADÜTDF kann als Auslandsrepräsentanz der türkischen Partei der Nationalistischen Bewegung (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP) eingeschätzt werden. Diese Partei, deren ideologische Grundsätze eine Synthese aus nationalistischen und islamischen Elementen darstellen, vertritt eine minderheitenfeindliche, speziell antikurdische Weltanschauung. Der Dachverband der ADÜTF hat seinen Sitz in Frankfurt/Main. In Niedersachsen sind die nachfolgend aufgeführten ADÜTDF Vereine bekannt:

- Deutsche Türk Föderation - ERGENEKON, Hamburger Straße 41, 38100 Braunschweig;
- Ötüken Jugendliche Idealisten e. V., Schulstraße 14, 31675 Bückeburg;
- Türkische Gemeinschaft Harz e. V., Rübzahlplatz 2, 38642 Goslar;
- Türkisch-Deutscher Kulturverein Göttingen und Umgebung e. V., Maschmühlenweg 50, 37081 Göttingen;
- Türkische Familienunion Hannover u. Umgebung e. V., Brüderstraße 2, 30161 Hannover;
- Türkisch-Deutsche Familienunion Hannover, Fössestraße 41-43, 30451 Hannover;
- Türkischer Kulturverein e. V., Burtonstraße 9, 49328 Melle;
- Türkische Familienunion Oldenburg u. Umgebung e. V., Bremer Heerstraße 75, 26133 Oldenburg;
- Türkischer Kultur- und Idealistenverein Osnabrück und Umgebung e. V., Komanderiestraße 41, 49084 Osnabrück;
- Türkischer Bildungs- und Kulturverein e. V., Albert-Schweitzerstraße 37, 38226 Salzgitter

Entwicklung der Mitglieder/Anhängerszahlen in Niedersachsen:

2000: 500
 2001: 600
 2002: 600
 2003: 600
 2004: 600
 2005: 600
 2007: 600
 2008: 600
 2009: 600

Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi, DHKP-C)

Die DHKP-C strebt durch eine bewaffnete Revolution die Abschaffung des türkischen Staatssystems an, um ein sozialistisches System zu errichten. Die Organisation ist in der Bundesrepublik seit 2000 mit einem Betätigungsverbot belegt. In Niedersachsen sind Anhänger in Hannover und Nordniedersachsen bekannt.

Entwicklung der Mitglieder/Anhängerszahlen in Niedersachsen:

2000: 75
 2001: 75
 2002: 75
 2003: 50
 2004: 40
 2005: 50

2006: 50
2007: 50
2008: 50
2009: 50

Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)

Die LTTE verfolgen das Ziel, ein von ihnen kontrolliertes Staatsgebilde im Nordosten Sri Lankas zu errichten. Dabei gingen sie gewaltsam gegen srilankische und indische Ziele vor. Nach 26 Jahren wurde im Mai 2009 der Bürgerkrieg zwischen der Zentralregierung Sri Lankas und der LTTE mit einer militärischen Niederlage der LTTE beendet. Gegenwärtig ist die LTTE bemüht, sich neu zu orientieren. In Deutschland tritt die LTTE nicht unter ihrem Namen auf. Ihre Ziele und Interessen werden durch das „Tamil Coordination Comitee“ (TCC) mit Sitz in Oberhausen vertreten. Der LTTE stehen nachfolgend aufgeführte Organisationen nahe:

- Tamilischer Bildungsverband (TBV) - Sitz in Stuttgart;
- Tamil Youth Organisation (TYO) - Sitz in Hamm;
- Tamil Student Organisation (TSO) - Sitz in Neuss.

In Niedersachsen sind Einzelanhänger der LTTE im gesamten Landesgebiet bekannt.

Entwicklung der Mitglieder/Anhängierzahlen in Niedersachsen:

2000: 60
2001: 80
2002: 80
2003: 80
2004: 150
2005: 150
2006: 150
2007: 150
2008: 150
2009: 150

Volksmodjahedin-Iran-Organisation (Modjahedin-E-Khalq, MEK)

Ziel der MEK ist der Sturz des iranischen Regimes. Zu diesem Zweck unterhält die MEK im Irak die Nationale Befreiungsarmee (NLA), die als militärischer Arm der Organisation fungiert. Als politischer Arm der MEK fungiert der Nationale Widerstandsrat Iran (NWRI). Die Deutschlandvertretung des NWRI befindet sich in Berlin. In Niedersachsen sind Einzelanhänger im gesamten Landesgebiet bekannt.

Entwicklung der Mitglieder/Anhängierzahlen in Niedersachsen:

2000: 50
2001: 80
2002: 80
2003: 80
2004: 80
2005: 80
2006: 80
2007: 80
2008: 80
2009: 80

Arbeiterpartei Kurdistan (PKK)

Die PKK ist seit dem 26. November 1993 mit einem Betätigungsverbot belegt. Sie hat seit ihrer Gründung mehrere Namensänderungen vollzogen und trat unter folgenden weiteren Bezeichnungen auf:

- Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistan (KADEK)
- Volkskongress Kurdistan (KONGRA-GEL)
- Gemeinschaft der Kommunen Kurdistan (KKK)
- Vereinigte Gemeinschaften Kurdistan (KCK)

Ursprünglich war die Programmatik der PKK marxistisch-leninistisch geprägt. Die Ideologie der Partei änderte sich im Laufe der Jahre in eine kurdisch-nationale Richtung. In Niedersachsen sind die nachfolgenden YEK-KOM-Vereine bekannt:

- Kurdistan Volkshaus Hannover e. V., Nikolaistraße 23, 30169 Hannover;
- Kurdisches Kulturzentrum e. V. Salzgitter, Berliner Straße 29 A, 38226 Salzgitter-Lebenstedt;
- Kurdischer Kulturverein AMED e. V., Ilseder Straße 4 C, 31226 Peine;
- Medya Kulturzentrum 2, Keetsstr. 28, 49393 Lohne

Entwicklung der Mitglieder/Anhängierzahlen in Niedersachsen:

2000: 1 500
 2001: 1 650
 2002: 1 650
 2003: 1 650
 2004: 1 500
 2005: 1 500
 2006: 1 510
 2007: 1 510
 2008: 1 550
 2009: 1 550

Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

Die TKP/ML strebt eine kommunistische Gesellschaftsordnung in der Türkei an. Dieses Ziel soll mit einem in der Türkei auch bewaffnet geführten revolutionären Kampf erreicht werden. Hierfür verfügt die TKP/ML in der Türkei über eine paramilitärische Gruppe, der Türkischen Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO). In Europa und Deutschland tritt die TKP/ML über die Umfeldorganisationen Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK) und Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF) mit Sitz in Frankfurt/Main auf. In Niedersachsen sind Anhänger der TKP/ML in Hannover, Göttingen und Nordniedersachsen bekannt.

Zur Entwicklung der Mitglieder/Anhängierzahlen in Niedersachsen siehe unter Maoistische Kommunistische Partei (MKP).

Maoistische Kommunistische Partei (MKP)

Die MKP, eine Abspaltung der TKP/ML strebt eine kommunistische Gesellschaftsordnung in der Türkei an. Dieses Ziel soll mit einem in der Türkei auch bewaffnet geführten revolutionären Kampf erreicht werden. Hierfür verfügt die MKP in der Türkei über eine paramilitärische Gruppe, der Volksbefreiungsarmee (HKO). In Europa und Deutschland tritt die MKP über die Umfeldorganisationen

- Konföderation für demokratische Rechte in Europa (ADHK) und
- Föderation für demokratische Rechte in Deutschland e. V. (ADHF) mit Sitz in Köln

auf. In Niedersachsen sind Anhänger der MKP in Hannover, Göttingen und Nordniedersachsen bekannt.

Entwicklung der Mitglieder/Anhängerschaften der TKP/ML und der abgespaltenen MKP in Niedersachsen:

2000: 160

2001: 160

2002: 130

2003: 100

2004: 80

2005: 70

2006: 70

2007: 70

2008: 70

2009: 70

Zu 2:

Der islamistische Extremismus lehnt die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ab und strebt einen gesellschaftlichen Zustand an, der durch rechtliche Ungleichheit der Bürger entsprechend ihrem Geschlecht und ihrer Religionszugehörigkeit geprägt wäre. Gerade für viele junge Menschen - mittlerweile nicht mehr nur für solche mit Migrationshintergrund - scheint die Versprechung, zur von Gott auserwählten Gemeinschaft zu gehören, vor dem Hintergrund der Komplexität einer modernen Industriegesellschaft attraktiv zu sein. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt eine erhebliche Anziehungskraft gerade der militantesten Ausprägungen auf junge Muslime. Zwar ist die Zahl der aus Niedersachsen in den internationalen Jihad gezogenen Freiwilligen immer noch gering, aber die Anziehungskraft salafistischer Veranstaltungen ist erheblich. So treffen sich zu sogenannten Islamseminaren, die bislang aber alle außerhalb Niedersachsens stattfanden, häufig Hunderte von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, um den Islam in salafistischer Interpretation kennen zu lernen. Zu Vorträgen des salafistischen Bildungs- und Gelehrtennetzwerkes versammeln sich mitunter an die tausend Personen, ebenfalls überwiegend junge Menschen.

Die Gefahr besteht, dass sich durch die Aktivitäten des salafistischen Bildungs- und Gelehrtennetzwerkes in Teilen der muslimischen Bevölkerung ein Gedankengut etabliert, das auf Abgrenzung und Ablehnung von allem setzt, was als außerhalb unislamisch verortet wird. Nicht übersehen werden darf, dass der missionarische, die Gewaltfrage ausklammernde Salafismus dem terroristischen, sogenannten Jihad-Salafismus, in verschiedenen Teilen der islamischen Welt den Boden bereitet hat. Im Hinblick auf die theologisch-ideologischen Aussagen beider Salafismusarten besteht ohnehin kein großer Unterschied.

Die Gefährdung Deutschlands durch den islamistischen Terrorismus ist weiterhin als hoch einzustufen. Terroristische Organisationen haben in der Vergangenheit ihre unmittelbaren ernstzunehmenden Drohungen gegen Deutschland fortgesetzt und ausgeweitet.

Unverändert muss jederzeit mit Anschlägen gegen deutsche Interessen und Einrichtungen im Ausland und auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland selbst gerechnet werden.

Der Ausbau der militärischen Verantwortung der Bundeswehr in Afghanistan und die gestiegenen Auseinandersetzungen mit den militanten bzw. dem globalen Jihad verpflichteten Organisationen werden von Al-Qaida instrumentalisiert und als Rechtfertigung für den Kampf gegen Deutschland herangezogen.

Den Sicherheitsbehörden liegen Erkenntnisse vor, dass Personen aus Deutschland in terroristischen Ausbildungslagern im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet gewesen sind und sich dort einer Ausbildung für den bewaffneten Jihad unterzogen haben. Grundsätzlich muss bei diesen Personen von einer bestehenden Bereitschaft zur Begehung von Anschlägen im In- oder Ausland ausgegangen werden. Das von zurückkehrenden, möglicherweise auch ohne Kenntnis der Sicherheitsbehörden in entsprechenden Lagern ausgebildeten und radikalisierten Personen ausgehende Gefährdungsrisiko besteht fort.

Die Gefahren gerade für Jugendliche gehen insbesondere von islamistisch-terroristischen Netzwerken aus, die organisiert und systematisch versuchen, eine Radikalisierung von Jugendlichen herbeizuführen, um sie für ihre Absichten zu gewinnen. Diese Radikalisierung kann mitunter auch ein Abgleiten in das islamistische Spektrum bewirken und sogar in der Bereitschaft, im Rahmen des Jihad in den Kampf zu ziehen und Anschläge zu begehen, enden.

Bei den nicht islamistischen ausländischen extremistischen Organisationen mit hohen Anhängerzahlen besteht die Gefahr der Bildung von Parallelgesellschaften. Konflikte aus den Herkunftsländern der Anhänger werden in Deutschland zum Teil mit Gewalt ausgetragen. Nach Konflikten zwischen der PKK und der türkischen Regierung im Jahr 2007 kam es in Deutschland, so auch in Hannover, zu zahlreichen Versammlungen von Kurden und Türken, wobei es beim Zusammentreffen nationalistischer Türken und Kurden in einigen Fällen auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den rivalisierenden Gruppen kam.

Im Zusammenhang mit der Zerschlagung der LTTE nach 26 Jahren Bürgerkrieg auf Sri Lanka im Mai 2009 kam es seit Anfang 2009 zu zahlreichen Demonstrationen im Bundesgebiet mit gelegentlich leichten Sachbeschädigungen. In der Vergangenheit war die LTTE allerdings stets bemüht, auf Gewaltanwendung im Bundesgebiet zu verzichten, um damit Strafverfolgungsmaßnahmen oder auch Organisationsverbote in Deutschland zu vermeiden.

Insbesondere Jugendliche sind aufgrund ihrer leichteren Fanatisierbarkeit gefährdet, von Organisationen, die in ihren Heimatländern einen militärischen Arm bzw. Guerillas unterhalten, für den bewaffneten Kampf rekrutiert zu werden.

Zu 3:

Die Struktur islamistischer Organisationen ist sehr unterschiedlich. Neben klandestin arbeitenden Kaderorganisationen, wie der Islamischen Befreiungspartei, existieren lose, wenig hierarchische Gefüge wie das salafistische Gelehrtennetzwerk oder die Tablighi Jama'at.

IGMG

Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs ist nach den Hierarchieebenen Bundesverband, Landesverband, Ortsvereine organisiert. Herausragende Personen auf Bundesebene sind Yavuz Celik Karahan (Vorsitzender; Rösrath, NRW), Oguz Ücücü (Generalsekretär; Ratingen, NRW). Herausragende Personen auf Landesebene: Kadir Sürücü (Vorsitzender; Salzgitter), Muharrem Avcil (Stellvertreter; Lengede). Innerorganisatorisch werden schon kleine Kinder in der Ideologie unterrichtet. Weitere Schulungen werden in den Unterorganisationen für Schüler, Jugend, Studenten und Frauen durchgeführt.

Die IGMG arbeitet hierarchisch. Vorgaben des Bundesverbandes werden über die Landesverbände an die Ortsvereine weitergegeben. Die jeweils übergeordnete Ebene überwacht die Ergebnisse. Die Bundesebene arbeitet auch mit Organisationsgliederungen in anderen Ländern zusammen. Die oberste Instanz ist die Saadet Partisi in der Türkei bzw. Necmettin Erbakan, der diese Partei lange Zeit geleitet hat. Eine Vernetzung besteht nur über die Person Erbakan bzw. seine Bevollmächtigten.

Kalifatsstaat

Der verbotene Kalifatsstaat verfügt mittlerweile über keine Organisationsstruktur in Niedersachsen mehr. Auf Bundesebene wirken zwei konkurrierende Fraktionen ohne Auswirkungen auf Niedersachsen. Herausragenden Personen sind nicht erkennbar. Außer Koranunterricht am Wochenende sind für Niedersachsen keine Schulungen oder Ausbildung bekannt.

MB

Die Muslimbruderschaft, welche als die weltweit einflussreichste islamistische Bewegung anzusehen ist, agiert in Deutschland nur indirekt über „Islamische Zentren“ oder über ihr ideologisch nahestehende Moscheen, welche von Anhängern der Organisation für ihre Aktivitäten genutzt werden. Die bundesweit vorhandenen Zentren sind in der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD) mit Sitz in München organisiert. Ein der IGD nahestehender Moscheeverein in Niedersachsen ist nach hiesigen Erkenntnissen der Deutschsprachige Muslimkreis Braunschweig e. V.

Die IGD ist zudem Mitglied in dem der Muslimbruderschaft nahestehenden Dachverband Föderation Islamischer Organisationen in Europa (FIOE) mit Sitz in Brüssel.

Ein wesentliches Kommunikationsforum für die Anhänger der Muslimbruderschaft stellt das regelmäßig stattfindende Jahrestreffen der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e. V. dar. Im Rahmen dieser Konferenz haben Redner die Gelegenheit, sich an bis zu 1 000 Besucher zu richten. Die 30. Jahreskonferenz fand am 4. und 5. Oktober 2008 in Berlin und Leverkusen unter dem Motto „Teilhabe - Teil sein“ statt. Redner waren u. a. der Generalsekretär der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs Oguz Ücuncü. Er kritisierte die aus seiner Sicht allgemein und alltäglich vorkommende Diskriminierung von Muslimen in der Bundesrepublik. Die in 2009 vorgesehene 31. IGD-Jahreskonferenz ist bislang nicht durchgeführt worden. Im Januar 2010 wurde Samir Falah zum neuen Präsidenten der IGD gewählt. Er folgt dem seit 2002 amtierenden Ibrahim El-Zayat, welcher nach zwei Amtsperioden nicht mehr zur Wiederwahl zur Verfügung stand.

Hizb Allah

Die Anzahl der registrierten und nicht registrierten Vereine, in denen u. a. Anhänger der Hizb Allah zusammenkommen, ist gering. Die notwendigen Absprachen untereinander werden in aller Regel mündlich getroffen. Anfang März 2009 wurde in Hamburg die „Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands e. V.“ (IGS) gegründet. Ziel dieses auf den Iran ausgerichteten Dachverbandes ist die Zusammenführung aller schiitischen Vereine in Deutschland.

Salafistisches Gelehrtennetzwerk

Im Falle des salafistischen Gelehrtennetzwerkes versammeln sich zu Veranstaltungen charismatischer Prediger regelmäßig Dutzende bis Hunderte von Zuhörern. Dem Bereich des Salafismus zuzuordnen ist auch die sogenannte Islamschule in Braunschweig (siehe Antwort zu Frage 1).

Aktivisten des salafistischen Gelehrtennetzwerkes aus Niedersachsen streben die Gründung eines Dachverbandes an, unter dem sich freie salafistisch ausgerichtete Moscheen und Vereine zusammen finden sollen. Perspektivisch wird offenbar auch eine Ausweitung dieser Struktur auch auf europäischer Ebene in Erwägung gezogen. Derzeit ist der Verein „Einladung zum Paradies e. V.“ in Braunschweig das Zentrum für die salafistische Missionierungsbewegung in Deutschland mit umfangreichen Verbindungen zu weiteren Zentren und Moscheen (mindestens 15 Moscheen) in mindestens 6 Bundesländern. Eine herausragende Stellung nehmen in diesem Zusammenhang die Prediger Muhamed Seyfudin Ciftci aus Braunschweig, Pierre Vogel (Bonn), Sven Lau (Mönchengladbach) und Efsthios Tsiounis (Mönchengladbach) ein. Neben dem bereits angesprochenen Braunschweiger Islamstudium werden im salafistischen Bildungsnetzwerk diverse Vortragsreihen und Seminare insbesondere zu islamischen Themen angeboten.

In Braunschweig existiert weiterhin das Kultur- und Bildungszentrum in der Varrentrappstraße 21. Dieses Zentrum befindet sich auf demselben Grundstück wie der IGMG - Ortsverein Braunschweig (Türkische Union Braunschweig). Zu den dortigen Aktivitäten gehören Nachhilfeunterricht, Hausaufgabenbetreuung, Koranunterricht und Ferienbetreuung mit internatsmäßiger Unterbringung. Die Finanzierung erfolgt über die Gebühren der Schüler. Zahlen zur Schülerzahl liegen nicht vor.

ADÜTDF

Der ADÜTDF werden in Deutschland ca. 150 Vereine zugerechnet; in Niedersachsen sind die in der Antwort zu Frage 1 aufgeführten Vereine bekannt. Innerhalb der Vereine haben die Vereinsvorstände eine hervorgehobene Position inne. Informationen über Schulungen der Mitglieder und Funktionäre liegen nicht vor.

DHKP-C

Die DHKP-C verfügt über feste hierarchische Strukturen. Dem Deutschlandverantwortlichen sind Gebietsverantwortliche nachgeordnet. Die eingesetzten Funktionäre treten zur Tarnung unter Decknamen auf. Als örtliche oder regionale Basis dienen der DHKP-C Vereine, deren Satzungen keinen Rückschluss auf die verbotene Organisation zulassen. Vereine mit Bezug zur DHKP-C sind zurzeit in Niedersachsen nicht bekannt. Da die DHKP-C aufgrund des Verfolgungsdruckes durch die Sicherheitsbehörden ausgesprochen konspirativ arbeitet, liegen Informationen über Schulungen

und Führungspersonen in Niedersachsen nicht vor. Die Organisation ist auf der EU-Terrorliste verzeichnet.

LTTE

Auch die LTTE war bis zum Ende des Bürgerkrieges hierarchisch gegliedert. Anweisungen wurden direkt aus Sri Lanka bzw. über das TCC in Oberhausen an die örtliche Basis weitergegeben. Die sogenannten Repräsentanten/Stadtführer koordinierten die Veranstaltungen der LTTE und ihrer Nebenorganisationen und nahmen innerhalb der Organisation eine hervorgehobene Stellung ein. Über ein festes Vereinsgefüge verfügte die LTTE nicht. Schulungen der Funktionäre fanden bisher im Rahmen von Besprechungen statt. Gegenwärtig ist die LTTE bemüht, sich neu zu orientieren. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Die LTTE ist auf der EU-Terrorliste verzeichnet.

MEK

Die MEK ist eine streng hierarchische Kaderorganisation, deren Führung nach dem Verbot im Iran in 1981 ins Ausland floh. Im Pariser Exil wurde der vom MEK dominierte NWRI gegründet. Seit 1983 fungiert Maryam Rajavi als „Exilpräsidentin“. Die Deutschlandvertretung des NWRI mit ihren Führungskadern befindet sich in Berlin. Über Ausbildungen und Schulungen der Mitglieder und Funktionäre liegen hier keine Informationen vor, da die Organisation auch in Deutschland konspirativ arbeitet. In Niedersachsen sind keine Führungskader aktiv. 2009 wurde die Organisation von der EU-Terrorliste gestrichen.

PKK

Die PKK ist streng hierarchisch strukturiert. Die Führung der PKK befindet sich in der Süd-Ost-Türkei/Nordirak; darunter gibt es eine Europa- und eine Deutschlandführung. Innerhalb Deutschlands existieren Regionalstrukturen Nord, Mitte und Süd, darunter Gebietsleitungen (in Niedersachsen in den Gebieten Hannover, Salzgitter, Oldenburg, für Teilbereiche Niedersachsens in Kassel, Bremen, Hamburg, Münster/Bielefeld; die genaue Abgrenzung richtet sich nicht nach den politischen Grenzen Niedersachsens). Die Gebiete sind wiederum in Räume aufgeteilt.

In dieser Hierarchie nehmen die Gebietsleitungen eine herausragende Stellung ein. Eine Kaderrotation auf Gebietsebene erfolgt jährlich. Das Netz der verdeckt handelnden Funktionäre gibt die Anordnungen und Vorgaben der Organisationsspitze an die nachgeordneten Hierarchieebenen zur Umsetzung weiter.

Nach Vorgabe der PKK sollen regelmäßig Schulungen stattfinden, um Mitglieder und Funktionäre ideologisch und politisch zu schulen. Im europäischen Ausland werden Schulungsmaßnahmen zur ideologischen und politischen Festigung sowie zur Vorbereitung auf einen Einsatz im Kampfgebiet in der Süd-Ost-Türkei/ Nordtürkei durchgeführt. Die PKK ist auf der EU-Terrorliste verzeichnet.

TKP/ML - MKP

Die TKP/ML wie auch die MKP sind hierarchisch gegliedert und werden jeweils von einem Zentralkomitee (ZK) - mit Sitz in der Türkei - geleitet. Neben den konspirativen Parteistrukturen, in denen Funktionäre unter Tarnnamen agieren, existieren in Europa auch offen auftretende Umfeldorganisationen. Für die TKP/ML ist das auf Europaebene die ATIK und in Deutschland die ATIF; entsprechend für die MKP auf europäischer Ebene die ADHK und in Deutschland die ADHF (siehe Antwort zu Frage 1). Über Schulungen liegen hier aufgrund der konspirativen Tätigkeit beider Organisationen wenige Informationen vor. Zum Teil finden Schulungen in den Vereinen durch Vorträge statt. Führungspersonen sind für Niedersachsen nicht bekannt.

Zu 4:

Das Internet spielt für die islamistischen Gruppierungen eine große Rolle. Dies ist besonders augenfällig im Hinblick auf die Schulung zukünftiger salafistischer Prediger durch die sogenannte Islamschule in Braunschweig.

Internetforen spielen im Bereich des Islamismus eine zunehmend wichtiger werdende Rolle, jedoch eher im „freien“, nicht organisationsgebundenen Spektrum des Islamismus. Mittlerweile existieren auch Foren, in welchen die deutsche Sprache benutzt wird. Vorherrschend sind jedoch bislang solche Foren mit arabischer oder englischer Kommunikation. Die meisten derartigen Foren bestehen

aus einem offenen und einem geschützten Bereich, der zunehmend besser gegen den Zugriff der Sicherheitsbehörden abgeschirmt wird.

Auch im Bereich des nichtislamistischen Ausländerextremismus haben die neuen Medien gerade unter jugendlichen Anhängern einen hohen Stellenwert. Alle extremistischen Ausländerorganisationen bzw. deren Umfeldorganisationen verfügen über eigene Websites. Auf ihnen wird über die aktuelle Lage in den Heimatländern informiert, werden Veranstaltungstermine in Deutschland bekannt gegeben und ideologische Propaganda sowie aktuelle politische Kampagnen verbreitet. Über die Forenbereiche der Websites können sich eingetragene Nutzer über die genannten Themenbereiche austauschen.

Neben den eigenen Homepages der Organisationen gewinnen aber auch offen zugängliche Videoportale zunehmend Bedeutung für ihre Anhänger. Auf diesen Einrichtungen präsentieren insbesondere türkisch-nationalistische Jugendliche ihre teilweise extremistischen Forderungen und Positionen. In diesen Beiträgen hetzen sie häufig gegen das friedliche Zusammenleben der verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppierungen und fördern damit auch im Bundesgebiet das Entstehen von Parallelgesellschaften mit einem entsprechenden Konfliktpotential.

Andere Organisationen wie der NWR1 nutzen intensiv die Möglichkeit des E-Mail-Verkehrs für Werbezwecke, um Medien, Politiker und Interessengruppen für ihre Belange einzunehmen.

Zu 5:

Siehe Antwort zu Frage 3.

Zu 6:

Siehe Antwort zu Frage 3.

Zu 7:

Für den islamistischen Bereich liegen keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit anderen extremistischen Kräften vor.

Die PKK und die türkisch-linksextremistische MKP haben in der Vergangenheit gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt und der jeweils anderen Organisation Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt.

Eine Zusammenarbeit der nicht verbotenen YEK-KOM Vereine, die der PKK nahe stehen, mit der Partei DIE LINKE fand in verschiedenen Formen statt. Vertreter der Partei DIE LINKE beteiligten sich an politischen Diskussionsrunden in den örtlichen YEK-KOM-Vereinen oder hielten Redebeiträge auf kurdischen Großveranstaltungen mit PKK-Bezug, z. B. anlässlich des Kurdistan-Festivals 2009 in Gelsenkirchen.

Türkische linksextremistische Organisationen behandeln häufig auch Themen der deutschen Politik. Hierfür werden oftmals Aktionsbündnisse mit deutschen linksextremistischen Parteien oder Gruppierungen ins Leben gerufen. So erschien im Spätsommer 2009 eine gemeinsame Erklärung der ATIF (deutsche Basisorganisation der TKP/ML), dreier Migrantenorganisationen und der Marxistischen Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) zu der gemeinsamen „Kampagne für die Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte aller Migranten“. Die Kampagne, die auf mehrere Jahre geplant ist, fordert u. a. ein aktives und passives Wahlrecht für Migranten, die Abschaffung der §§ 129 a, b StGB und ein uneingeschränktes Asylrecht. Auf ihrer Internetseite fordert die ATIK (europäische Basisorganisation der TKP/ML) ihre Leserschaft im Rahmen der gemeinsamen Kampagne auf: „Unterstützt die Wahlkampagne der MLPD zu den Bundestagswahlen - wählt die revolutionäre Alternative MLPD! Für die Einheit von deutschen und migrantischen Arbeitern! Hoch die internationale Solidarität!“. Am 3. Kongress der „Anatolischen Föderation“, einer nicht verbotenen Umfeldorganisation der in Deutschland mit Organisationsverbot belegten DHKP-C, im September 2009 in Köln nahmen auch Mitglieder linksextremistischer deutscher Parteien und Organisationen wie DIE LINKE, MLPD und Die Rote Hilfe e. V. teil. Die Redebeiträge befassten sich bei der Veranstaltung schwerpunktmäßig mit dem Thema „gemeinsamer Kampf“ und dessen „Behinderung“ durch Exekutivmaßnahmen deutscher Behörden. Bereits in der Vergangenheit setzte sich die Rote Hilfe für in Deutschland Inhaftierte der DHKP-C ein. Insbesondere die Haftsituation des zuletzt in Nie-

dersachsen wohnenden Mustafa Atalay war in den vergangenen Jahren immer wieder Anlass für Aktionen, an denen sich sowohl die Rote Hilfe, als auch türkische Linksextremisten, wie z. B. das der DHKP-C nahestehende „Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen in der Türkei“ (TAYAD-Komitee) und auch Anhänger der MKP, beteiligten. Am 18. März 2009 - dem „Tag der politischen Gefangenen“ - betrieb die Rote Hilfe gemeinsam mit Anhängern der MKP einen Infostand in der Innenstadt Hannovers und informierte zur Haftsituation des Mustafa Atalay im Unabhängigen Jugendzentrum (UJZ) Kornstraße, Hannover. Mustafa Atalay wurde am 15. November 2006 in Bad Bevensen verhaftet und am 7. August 2009 nach § 129 b StGB zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt. Das Oberlandesgericht Stuttgart sah es als erwiesen an, dass Atalay als hochrangiger Führungsfunktionär der DHKP-C in Europa Mitglied der innerhalb der DHKP-C bestehenden terroristischen Vereinigung in der Türkei war und deren Ziele aktiv unterstützt hat. Gegen das Urteil hat Atalay Revision eingelegt.

Zu 8:

Moscheevereine finanzieren sich in der Regel durch Spenden der Mitglieder, über deren Höhe keine Informationen vorliegen. Spenden und Mitgliedsbeiträge spielen auch für andere legale Organisationen wie die IGMG die entscheidende Rolle.

Die Finanzierung des salafistischen Bildungs- und Gelehrtennetzwerkes in Deutschland erfolgt u. a. durch:

- Spendenaufrufe im Internet,
- Spenden der Moscheebesucher,
- Spendenhotline über Telefon,
- Verkauf von Büchern und DVDs,
- Verkauf von Bildungs- und Pilgerreisen,
- Islamschule mit Studiengebühren,
- Einzelspenden aus dem Ausland und von nahe stehenden Moscheegemeinden.

Über die Höhe der eingenommenen Gelder liegen keine Informationen vor.

Die der Hizb Allah nahe stehenden Vereine finanzieren sich in aller Regel ebenfalls über Mitgliedsbeiträge und Spenden einzelner Vereinsmitglieder. Über die Höhe der Einnahmen liegen keine Erkenntnisse vor.

Des Weiteren existiert der Verein Waisenkinderprojekt Libanon e. V. (WKP), der bundesweit Partnerschaften für Waisen und Halbwaisen im Libanon vermittelt und dafür Gelder sammelt. Dieser Verein ist Teil der libanesischen „Ashaid Association“, an die die Gelder transferiert werden und die für die Verteilung sorgt. Anhaltspunkte deuten auf eine Verknüpfung dieser libanesischen Organisation mit der Hizb Allah hin. Dem WKP wurde vor Kurzem die Gemeinnützigkeit entzogen. Über die Höhe der eingenommenen Gelder liegen keine Informationen vor.

Auch alle hier bekannten, nichtislamistischen extremistischen Organisationen beziehen ihre Einnahmen aus Spendensammlungen, Mitgliedsbeiträgen, Erlösen aus Veranstaltungen und dem Verkauf von Propagandamaterial.

Bei der PKK dürfte im Bundesgebiet jährlich ein Spendenaufkommen in Millionenhöhe anfallen. Die Höhe des Spendenaufkommens der anderen nichtislamistischen Ausländerorganisationen ist nicht bekannt. Vermutlich werden die von den jeweiligen Parteizentralen vorgegebenen Zielvorgaben nicht erreicht. Durch Exekutivmaßnahmen konnte für das PKK-Gebiet Hannover belegt werden, dass sich die Gesamtsumme der Jahresspendenkampagne 2007/2008 auf rund 270 000 Euro belief. Über die Spendenhöhe in den anderen PKK-Gebieten liegen keine gesicherten Informationen vor. Eine Bezifferung für Niedersachsen ist schon deshalb nicht möglich, weil die PKK ihre Organisationsstruktur nicht an den politischen Grenzen des Landes orientiert.

Zu 9:

Der inhaltliche Schwerpunkt aller islamistischen Organisationen liegt in der Gemeinsamkeit, dass alle diese Gruppierungen ein politisches System anstreben, welches auf dem Fundament der islamischen Rechts- und Lebensordnung, der Scharia begründet ist. Die Scharia enthält jedoch Vorschriften, die bei einem fundamentalen Verständnis in einem unüberbrückbaren Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen. So sieht die Scharia z. B. unterschiedliche Rechte für Frauen und Männer, Muslime und Nichtmuslime vor, was mit dem Gleichheitsgrundsatz aus Artikel 3 GG unvereinbar ist. Ferner sind zur Ahndung bestimmter Delikte harte Körperstrafen zu verhängen, was gegen die grundgesetzlich geschützte Menschenwürde verstößt. Der Islamismus ist mithin eine verfassungsfeindliche Ideologie.

Bei einzelnen islamistischen Organisationen treten darüber hinaus ideologische Spezifika auf. So steht für die Islamische Befreiungspartei die Errichtung eines Kalifats im Zentrum ihres Handelns, woraus eine scharfe Verurteilung jeglicher nationalistischer Anschauung resultiert. Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs hingegen vertritt eine Ideologie, in der Islamismus und ein spezifischer türkischer Nationalismus zu einer Verherrlichung des Osmanischen Reiches als Vorbild für alle Türkischstämmigen verschmelzen.

Die salafistische Strömung des Islamismus sieht eine penible Befolgung des Vorbildes des Propheten vor. Dies kann im salafistischen Bereich beispielsweise bis zur Rechtfertigung der Sklaverei und der Verheiratung neunjähriger Mädchen führen.

Der Salafismus lehnt grundsätzlich sowohl den Prozess der demokratischen Willensbildung als auch eine durch Menschen vorgenommene und auf demokratischem Wege erfolgte Gesetzgebung ab. Stattdessen postuliert man die ewige Gültigkeit vermeintlich göttlicher Gesetze. Die Führung des Staates kann demzufolge nur durch Führer erfolgen, die geistig-religiös dazu qualifiziert sind.

Im Bereich der nichtislamistischen extremistischen Ausländerorganisationen ist die ADÜTDF die anhängerstärkste Gruppierung innerhalb der sogenannten „Ülkücü-Bewegung“, die auch unter der Bezeichnung „Graue Wölfe“ bekannt ist. Sie basiert auf einem übersteigerten Nationalbewusstsein, das die türkische Nation sowohl politisch-territorial als auch ethnisch-kulturell als höchsten Wert begreift. Neben dem Türkentum, das an erster Stelle steht, kommt dem Islam eine besondere Bedeutung zu. Weiteres Element der Ideologie ist der Panturkismus, eine politische Vorstellung, die sich am Osmanischen Reich sowie an der Vereinigung aller Turkvölker unter der Führung einer großen und mächtigen Türkei orientiert.

Wesentlich für die antidemokratische Ülkücü-Ideologie sind ihre Feindbilder, wie Kurden, Amerikaner, Juden und Armenier, aber auch Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten, wie Homosexuelle.

Durch ihr nationalistisches Gedankengut verfolgt die ADÜTDF Bestrebungen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 GG) oder das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs. 1 GG) richten.

Die in der Türkei und Deutschland verbotene DHKP-C verfolgt das Ziel, das bestehende türkische Staatssystem durch eine bewaffnete Revolution zu zerschlagen, um ein sozialistisches System auf Grundlage des Marxismus-Leninismus zu errichten. Hierzu bedient sie sich in der Türkei auch terroristischer Methoden. In Deutschland wurden von der Organisation, allerdings letztmalig vor 11 Jahren, Gewaltaktionen gegen Anhänger eines abgespaltenen Flügels der Organisation und Spendengelderpressungen verübt. Die DHKP-C gefährdet mit ihren Bestrebungen sowohl die innere Sicherheit als auch die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland.

Bis zum Ende des Bürgerkrieges in Sri Lanka im Mai 2009 strebte die LTTE 26 Jahre die Errichtung eines unabhängigen sozialistischen Staates „Tamil Eelam“ auf dem überwiegend von Tamilen bewohnten Nord-Ost-Territorium von Sri Lanka an. Zur Durchsetzung ihrer Ziele führte die LTTE seit 1983 einen erbitterten Guerillakrieg gegen die singhalesische Zentralregierung und verübte Terroranschläge gegen srilankische und indische Ziele. Durch die Unterstützung dieser Organisation verfolgten die in Deutschland lebenden Anhänger somit Bestrebungen, die auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdeten. Gegenwärtig ist die LTTE bemüht, sich neu zu orientieren. Dabei finden Flügelkämpfe zwischen den gemäßigten Gruppen, die auf diplomatischem

Wege eine Lösung anstreben, und den radikalen Tamilen statt, die weiterhin eine militärische Lösung verfolgen.

Die MKP wie auch die TKP/ML verfolgen das Ziel, die bestehende Staatsordnung in der Türkei abzuschaffen und durch ein kommunistisches System maoistischer Prägung zu ersetzen. Beide Gruppierungen befürworten dabei ausdrücklich den Einsatz von Gewalt und unterhalten zu diesem Zwecke in der Türkei paramilitärische Gruppen. Damit verfolgen die in Deutschland lebenden Anhänger der TKP/ML wie auch MKP Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Der NWRI vertritt die „Volksmodjahedin“ (MEK) in Deutschland. Ziel der Volksmodjahedin ist der Sturz des iranischen Regimes. Zu diesem Zweck unterhalten sie im Irak die „Nationale Befreiungsarmee“ (NLA), die als militärischer Arm der Organisation fungiert. Somit werden von den Anhängern des NWRI Bestrebungen verfolgt, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Die PKK war zunächst marxistisch-leninistisch geprägt, änderte ihre Ideologie im Laufe der Jahre in eine kurdisch-nationale Richtung. Inhaltliche Schwerpunkte der PKK sind zurzeit:

- Die Schaffung eines föderalen Verbundes aller Kurden im Nahen Osten und dadurch die Förderung einer kurdischen Identität. Bestehende Staatsgrenzen sollen nach eigenem Bekunden neuerdings unangetastet bleiben.
- Der Führer Abdullah ÖCALAN soll als Ansprechpartner zur Lösung der Kurdenfrage akzeptiert werden und aus der Haft auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali entlassen werden.
- Die weitere Verfolgung der Doppelstrategie des bewaffneten Kampfes mit Hilfe der Guerilla in der Türkei und im Nordirak einerseits sowie andererseits ein weitgehend friedliches Auftreten und Werben um politische Akzeptanz in Westeuropa.

In Deutschland hält die PKK grundsätzlich an dem friedlichen Kurs fest, ist aber parallel dazu bereit, gewaltsame Aktionen zumindest zu billigen. Daher stellt die PKK nach wie vor eine Bedrohung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar. Die zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und Guerillaeinheiten der PKK sowie terroristische Anschläge in der Türkei zeigen, dass die Organisation grundsätzlich bereit ist, ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen. Damit gefährdet die PKK auch die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland.

Zu 10:

Nach einem Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) wurde bundesweit im Jahr 2001 ein einheitlicher Kriminalpolizeilicher Meldedienst - Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) eingeführt, um eine bundeseinheitliche und differenzierte Auswertung und Lagedarstellung zu ermöglichen. Die vor diesem Zeitpunkt erhobenen Daten für das Jahr 2000 sind vor diesem Hintergrund nicht mit den Fallzahlen ab dem Jahr 2001 vergleichbar. Insofern wurden diese Daten nicht in die anliegende Übersicht zu den polizeilich bekannt gewordenen ausländerextremistischen Straftaten in Niedersachsen aufgenommen.

Dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Ausländerkriminalität werden gemäß dem KPMD-PMK Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat oder der Erkenntnisse über den Täter Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die durch eine nichtdeutsche Herkunft geprägte Einstellung des Täters entscheidend für die Tatbegehung war, insbesondere wenn sie darauf gerichtet sind, Verhältnisse und Entwicklungen im In- und Ausland oder aus dem Ausland Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland zu beeinflussen. Straftaten der Politisch motivierten Ausländerkriminalität können auch durch deutsche Staatsangehörige begangen werden.

Der extremistischen Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Ebenfalls hinzugerechnet werden Straftaten, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder sich gegen die Völkerverständigung richten.

Niedersachsen gewährleistet hinsichtlich der Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität eine ständige Aktualität, auch für bereits zurückliegende Zeiträume. Ergebnisse aus Ermittlungsverfahren oder Gerichtsurteilen finden auch für vergangene Jahre Berücksichtigung in der Statistik. Dies führt dazu, dass Änderungen bzw. Nacherfassungen notwendig werden, welche die Vergleichbarkeit von Daten insbesondere in Abhängigkeit vom Erhebungszeitpunkt beeinflussen. Die Zahlen unterliegen demzufolge teilweise starken Veränderungen.

Insbesondere in den Jahren 2007 und 2008 wurden im Bereich der Politisch motivierten Ausländerkriminalität hohe Fallzahlen durch die Polizei registriert. Der Anstieg lag in der Einleitung von insgesamt 686 Strafverfahren wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz im Jahr 2008 begründet, von denen aufgrund des ermittelten Tatzeitpunktes 581 Taten für das Jahr 2008 erfasst und 105 Taten für das Jahr 2007 nachregistriert wurden. Bei einer durchgeführten Durchsuchung am 9. Februar 2008 im Verein Kurdistan Volkshaus „Mala Gel“ in Hannover wurde umfangreiches Beweismaterial wie Spendenlisten, zahlreiche Spendenquittungen und ein hoher Bargeldbetrag sichergestellt, welche auf eine Unterstützung des mit Betätigungsverbot belegten Volkskongresses Kurdistan (KONGRA GEL), ehemals Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), durch eine Spendengeldkampagne hindeuten. Die Auswertung der Unterlagen führte zu den o. a. Verfahren.

Im Übrigen siehe **Anlage 15**:

Anzahl der polizeilich bekannt gewordenen ausländerextremistischen Straftaten in Niedersachsen in den Jahren 2001 bis 2009 (Stand: 31.01.2010); Übersicht nach Landkreisen/kreisfreien Städten

Zu 11:

Islamistische Organisationen erkennen im Prinzip die jüdische Religionsgemeinschaft als eine wenn auch mit geringeren Rechten ausgestattete, durch einen islamischen Staat zu schützende Gruppierung an. Gleichzeitig ist der islamistische Extremismus durch einen ausgeprägten Antizionismus gekennzeichnet, der in Antisemitismus übergehen kann. Dies betrifft insbesondere Organisationen wie die HAMAS, die sich in direkter Konfrontation mit dem Staat Israel befinden. In der Charta der HAMAS wird z. B. auf die antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“ verwiesen; ein seit Anfang des 20. Jahrhunderts verbreitetes antisemitisches Pamphlet, das eine jüdische Weltverschwörung belegen soll. Aber auch die „Milli Görüs“-Ideologie, die in Deutschland durch die IGMG vertreten wird, vereinigt in sich verschiedene antisemitische Elemente, so etwa das Bild der hinter den Kulissen die Richtlinien der Politik bestimmenden jüdischen Einflussgruppen.

In der täglichen Arbeit der Verfassungsschutzbehörde Niedersachsen gibt es immer wieder Einzelhinweise auf antisemitische bzw. antizionistische Tendenzen. Neben gelegentlichen Äußerungen in Predigten und Moscheegesprächen lassen von Zeit zu Zeit auch Jugendliche derartige Tendenzen erkennen. Es ist ersichtlich, dass die Motivation hierfür in erster Linie aus der Situation der Muslime im Spannungsfeld des Nahostkonflikts entspringt.

In den Jahren 2001 bis 2008 wurden der Polizei in Niedersachsen 25 extremistische Delikte mit antisemitischer Motivation im Phänomenbereich der Politisch motivierten Ausländerkriminalität bekannt. Dabei handelte es sich überwiegend um den Tatbestand der Volksverhetzung gemäß § 130 StGB.

Bei den nichtislamistischen Ausländerorganisationen spielt Antisemitismus lediglich bei den Anhängern der nationalistischen ADÜTDF eine Rolle. Hier wird neben vielen anderen auch ein Feindbild gegen jüdische Menschen gepflegt.

Zu 12:

Publikationen der Muslimbruderschaft sind die wöchentlich in London herausgegebene Zeitung Risalat ul-Ikhwan (Rundschreiben der Bruderschaft) sowie die in unregelmäßigen Abständen erscheinende Online-Publikation Al-Islam, welche weltweit einen großen Adressatenkreis erreichen.

Publikation der Islamischen Befreiungspartei ist die Zeitschrift Al-Khilafa (englisch/arabisch). Die einem Betätigungsverbot in der Bundesrepublik Deutschland unterliegende Islamische Befreiungspartei entfaltet trotz dieses Verbotes eine intensive deutschsprachige Internetaktivität. Eine Vielzahl von Artikeln, Büchern, Audio- und Videodateien stehen auf ihrer deutschsprachigen Internetseite zum Download bereit.

Die IGMG gibt die Monatszeitschrift „Perspektif“ (vorher „IGMG Perspektive“) heraus, die zum Teil in deutscher, überwiegend aber in türkischer Sprache erscheint. „Perspektif“ ist auch im Internet abrufbar (www.igmg.de). Die monatliche erscheinende Publikation „Hayat“ wird kostenlos in Moscheen verteilt. Der Milli Görüs-Ideologie der IGMG zuzurechnen ist die türkischsprachige, auch in Deutschland erscheinende Tageszeitung „Milli Gazete“. Diese Publikation tritt u. a. durch die Verbreitung antisemitischer Stereotypen hervor.

Von Seiten des Kalifatsstaates erscheinen keine aktuellen Publikationen. Die Zeitschrift „Ümmet-i Muhammed“ wurde im Dezember 2001 eingestellt, die Zeitschriften „Beklenen ASR-I SAADET“ und „Der Islam als Alternative“ (DIA) im Dezember bzw. November 2003.

Publikation der Hizb Allah ist die wöchentlich erscheinende Zeitschrift al-Ahd (Die Verpflichtung). Der libanesische Fernsehsender al-Manar, der als Sprachrohr der Hizb Allah gilt, kann auch weiterhin in Deutschland über Satellit und Internet empfangen werden. Seit November 2008 ist es jedoch vom Bundesministerium des Innern verboten worden, für den Sender zu werben, Spendenaufrufe zu initiieren und Sendungen des Senders in öffentlichen Räumen zu zeigen.

Dem Bereich des salafistischen Bildungs- und Gelehrtennetzwerkes zuzurechnen ist die deutschsprachige Zeitschrift „Zamzam“, die von einem der Islamschule Braunschweig nahestehenden Moscheeverein in Mönchengladbach herausgegeben wird. Über Veranstaltungen des salafistischen Netzwerkes und über das Internet werden diverse Videovorträge und ins Deutsche übersetzte Bücher vertrieben, die zum Teil die Misshandlung von Frauen, die Hinrichtung von Islamabtrünnigen, die Verheiratung von neunjährigen Mädchen sowie die Sklaverei rechtfertigen. Das Buch „Frauen im Schutz des Islams“ wurde 2009 von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert. Zurzeit etabliert das salafistische Bildungsnetzwerk einen eigenen deutschsprachigen Internetradio- und -fernsehsender (EZP-TV).

Erkenntnisse über die Anzahl der Abonnenten oder Bezieher islamistischer Periodika liegen nicht vor.

Die türkisch nationalistische ADÜTDF betreibt eine türkischsprachige Homepage und gibt regelmäßig die Zeitschrift „Türk Federasyon Bülteni“ (Bulletin der Türkischen Föderation) heraus.

Neben den von der DHKP-C herausgegebenen Zeitschriften „Kurtulus“ (Befreiung) und „Yürüyüş“ (Der Marsch) betreibt die Organisation eine mehrsprachige Homepage.

Die LTTE publiziert die Zeitschriften „Tamil Land“, „An der Front“, „Das Land ist der Nabel“ und „Vulkan“. Daneben können zahlreiche Fernseh- und Radiosender via Satellit aus dem Ausland empfangen werden. Ferner werden von der LTTE verschiedene Internetauftritte genutzt.

Die Zeitschriften „Halk İcin Devrimci Demokrasi“ (Revolutionäre Demokratie für das Volk) und „Halk Savası“ (Der Volkskampf) werden von der türkischen MKP herausgegeben.

Die iranische MEK gibt die Zeitschrift „Modjahed“ (Glaubenskämpfer) heraus und betreibt diverse mehrsprachige Homepages. Mit Sitz in London wird der Fernsehsender „Iran NTV“ ausgestrahlt.

Die nachfolgend aufgeführten Zeitschriften unterstützen durch ihre Berichterstattung die politisch-ideologische Zielsetzung der PKK:

- Serxwebun (Unabhängigkeit) - monatlich, Auflage: bis 20 000;
- Ciwanan Azad (Freie Jugend) - monatlich, Auflage nicht bekannt;
- Newaya Jin (Erlebnisse der Frauen) - zweimonatlich, Auflage nicht bekannt;
- Kurdistan-Report - zweimonatlich, Auflage bis 15 000;
- Yeni Özgür Politika - täglich, Auflage ca. 30 000.

Der Fernsehsender „ROJ-TV“ wird mit dänischer Sendelizenz betrieben. „NEWROZ TV“ hat seinen Sitz in Schweden. Neben den Fernsehsendern gibt es einen Radiosender „Denge Mezopotamya“. Des Weiteren existiert eine Vielzahl von Internetauftritten, die über mehrere Server ins Netz gestellt werden.

Die Zeitschrift der TKP/ML „İsci Köylü Kurtulusu“ (Arbeiter- und Bauernbefreiung) erscheint vierzehntäglich und „Komünist“ (Der Kommunist) monatlich.

Angaben über die Anzahl der Abonnenten oder Bezieher können nicht gemacht werden.

Zu 13:

Salafisten bzw. salafistische Netzwerke nutzen verschiedene Werbemethoden für die Verbreitung und Durchsetzung ihrer religiösen Anschauung; die Inhalte dieser Werbung können dazu führen, einen Radikalisierungs-Prozess einzuleiten. Es werden insbesondere Flyer und CDs bei nichtmuslimischen Jugendclubs und in Fußgängerzonen verteilt, Informationsstände betrieben und Postwurfsendungen in Niedersachsen und anderen Bundesländern verbreitet. Daneben wird auch an gemäßigten Moscheen herangetreten, um islamistische Inhalte zu verbreiten.

Anhänger der Muslimbruderschaft halten Korankurse in niedersächsischen Moscheen ab. Anhänger der TJ nutzen die ihnen von der Organisation auferlegten Missionsreisen, um für ihr Anliegen zu werben.

Aktivisten der Islamischen Befreiungspartei sprechen gezielt Personen insbesondere im muslimisch-akademischen Milieu an.

Die IGMG bietet Korankurse, Hausaufgabenbetreuung, Ferienlager und Sportaktivitäten für Muslime an. Verschiedene Aktivitäten wie die Organisation von Pilgerreisen, der Vertrieb religiöser Literatur, das Betreiben eines muslimischen Sozialwerks, das Abhalten sogenannter Familientage und das Betreiben eines Bildungszentrums sind auch unter propagandistischen Vorzeichen zu sehen. Die Zeitung „Milli Gazete“ gilt als Sprachrohr der Milli Görüs-Bewegung.

Ein über die Anhängerschaft der Hizb Allah hinausreichendes Propagandamedium ist der Fernsehsender al-Manar (Der Leuchtturm), dessen öffentliche Verbreitung in Deutschland verboten ist (siehe Antwort zu Frage 12). Verbreitung findet auch die Zeitschrift al-Ahd (Die Verpflichtung).

Im Allgemeinen spielt das Internet für islamistische Organisationen als Medium für Propagandaaktivitäten und somit auch zum Transport von „Werbungsinhalten“ eine zunehmend wichtigere Rolle. Dabei muss bei der Nutzung des Internets durch islamistisch-extremistische Organisationen berücksichtigt werden, dass zwischen permanenten Internet-Auftritten, z. B. durch das Betreiben von Webseiten und temporären Video-, Audio- und Schriftbotschaften sowie Kommentierungen in einschlägigen Foren im Internet zu differenzieren ist. Darüber hinaus unterscheiden sich die Internet-Auftritte nach der Zielgruppe, dem Inhalt (nationalistisch oder religiös/politisch) und dem verfolgten Ziel.

Im Bereich der salafistischen Netzwerke gibt es eine große Anzahl verschiedener Internetseiten, u. a. mit der Möglichkeit in Foren zu kommunizieren (arabisch, englisch, deutsch u. a.). Das salafistische Spektrum weist dabei eine weite Streuung im Hinblick auf die Gewaltbefürwortung auf.

Eine neue Qualität im Zusammenhang mit dem Internet zeigt die Interaktion der Beteiligten in Form eines „virtuellen Interviews“. Nachdem Mitglieder jihadistischer Internetforen im Zeitraum von Mitte Dezember 2007 bis Mitte Januar 2008 dazu aufgerufen waren, Fragen an al-Zawahiri, der zweithöchsten Autorität in der al-Qaida nach Usama Bin Ladin, zu stellen, hatte dieser in einer Audiobotschaft im April 2008 bereits einen Teil seiner Antworten veröffentlicht.

Von der ADÜTDF wird für Werbezwecke vornehmlich das Internet (z. B.: Ülkücü Milliyetçi Turancı Blog [www.fatihd.blocu.com] und Bozkurt Blogcu [www.blogcu.com/etiket/bozkurt/20, www.turkfederasyon.com]) genutzt.

Die DHKP-C gibt die in der Beantwortung der Frage 12 genannten Publikationen heraus. Veranstaltungen zur Mobilisierung und Rekrutierung neuer Mitglieder finden im europäischen Ausland statt.

Von der LTTE und ihren Nebenorganisationen werden Spendensammlungen, Mahnwachen, Gedenkveranstaltungen und Kulturveranstaltungen durchgeführt, die auch der Werbung für den militärischen und politischen Kampf in Sri Lanka dienen. Seit der militärischen Niederlage der LTTE auf Sri Lanka im Mai dieses Jahres befindet sich die Organisation in einer „Restrukturierungsphase“. Das „Tamil Coordination Comitee“ (TCC) mit Sitz in Oberhausen hat am 24. Januar 2010 in Deutschland unter den hier lebenden Tamilen eine Abstimmung durchgeführt. In Niedersachsen wurden Wahlen in Adendorf/Landkreis Lüneburg, Braunschweig, Bremervörde, Buxtehude, Göttingen, Hameln, Hannover, Osnabrück, Schwanewede und Lohne/Vechta bekannt. Die LTTE-Führung

will sich mit einer als „Volksabstimmung“ bezeichneten Wahl von den im Ausland lebenden Tamilen das Mandat für die politische Ausrichtung geben lassen und rekurriert dabei auf eine am 14. Mai 1976 in dem sri lankischen Ort Vaddukoddai verabschiedete Resolution, die ein souveränes Tamil Eelam (Ealam ist die tamilische Bezeichnung für Sri Lanka) proklamiert.

Die iranische MEK führt für ihre Zwecke zentrale Großveranstaltungen durch. Bei Spendensammlungen wird auf die Situation im Iran aufmerksam gemacht. Auch die MEK nutzt zur Werbung intensiv das Internet (z. B. www.ncr-iran.org [deutsch]).

Die PKK nutzt die in der Antwort zu Frage 12 aufgeführten Medien zur Werbung. Zentrale kulturelle Großveranstaltungen (wie z. B. das Newrozfest, das Mazlum-Dogan Jugend-, Kultur- und Sportfestival, das Zilan-Frauenfestival, das Kurdistanfestival), die von legalistischen Organisationen wie z. B. der YEK-KOM angemeldet werden, werden für Werbezwecke der PKK instrumentalisiert.

Die türkisch linksextremistischen Organisationen MKP und TKP/ML nutzen die in der Antwort zu Frage 12 aufgeführten Medien für Werbezwecke.

Zu 14:

Niedersächsische Aktivisten des schiitischen Spektrums des Islamismus insbesondere aus dem Raum Delmenhorst warben in der Vergangenheit für die Teilnahme an der jährlich stattfindenden „Al-Quds“-Demonstration in Berlin.

Am 4. Februar 2008 veranstaltete der Verein Einladung zum Paradies e. V. (zuvor Islamisches Bildungs- und Kulturzentrum) Braunschweig eine Konversionsfeier mit unbekannter Teilnehmerzahl. Der salafistische Prediger Pierre Vogel aus Nordrhein-Westfalen hielt am 1. August 2008 zusammen mit dem US-amerikanischen Konvertiten und Prediger Yusuf Estes im Star-Event-Center Hannover einen Vortrag vor etwa 250 bis 300 Zuhörern. Am 14. Juni 2009 fanden sich zu einen Vortrag Vogels im Deutschsprachigen Islamkreis, dem salafistischen Zentrum Hannovers, etwa 200 Besucher ein. Neben diesen und einer weiteren Veranstaltung mit dem Leipziger Prediger Hassan Dabagh am 28. März 2008 mit etwa 80 männlichen Zuhörern (Zahl der weiblichen Zuhörer ist nicht bekannt), war es vor allem Muhamed Seyfudin Ciftci aus Braunschweig, der im Deutschsprachigen Islamkreis Vorträge hielt, so am 16. Mai 2009, am 13. Juni 2009, am 11. Juli 2009, am 12. September 2009, am 10. Oktober 2009, am 14. November 2009 und am 12. Dezember 2009. Die Anzahl der jeweiligen Zuhörer ist nicht bekannt.

Ereignisse im Sinne der Fragestellung werden nicht statistisch erfasst, sodass zur Beantwortung eine manuelle Auswertung der vorhandenen Unterlagen erforderlich wäre. Vor dem Hintergrund des daraus resultierenden hohen Verwaltungsaufwandes wurde die Auswertung auf den Zeitraum 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2009 beschränkt.

Im Weiteren ist zu berücksichtigen, dass insbesondere Ereignisse ohne Öffentlichkeitswirkung und/oder ohne strafrechtliche Relevanz nur eingeschränkt zur Kenntnis gelangen.

Im Bereich des nichtislamistischen Ausländerextremismus fanden in den vergangenen Jahren zahlreiche Veranstaltungen in Form von Demonstrationen, Infoständen etc. statt. Hierbei handelte es sich allerdings nicht um reine Werbeveranstaltungen im Sinne der Anfrage, da der Großteil der nichtislamistischen Organisationen in Deutschland mit Betätigungsverbot belegt ist. Die Veranstaltungen dienten nicht der Werbung von Mitgliedern, sondern vielmehr der Öffentlichmachung der politischen Situation in den Heimatländern.

Zu 15:

Den Sicherheitsbehörden sind die nachfolgend aufgeführten Veranstaltungen bekannt geworden. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass insbesondere Ereignisse ohne Öffentlichkeitswirkung oder ohne strafrechtliche Relevanz nur eingeschränkt zur Kenntnis gelangen, beziehungsweise vor dem Hintergrund gesetzlicher Aufbewahrungs- und Löschfristen in den Dateien der Sicherheitsbehörden nicht mehr sämtliche Veranstaltungen gespeichert sind.

Organisation	Örtlichkeit	Datum und Teilnehmer
ADÜTDF Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V. (Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu)	Veranstaltungshalle Hannover	12.11.2000 - 1 000 Besucher
	Veranstaltungshalle Delmenhorst	04.12.2005 - ca. 1 500 Besucher
Bezug zur PKK erkennbar	Freizeitheim Hannover	31.05.2000 - 25 Besucher 11.10.2003 - 200 Besucher
	Vereinslokal Hannover	11.06.2000 - ca. 60 Besucher 19.06.2000 - ca. 60 Besucher
	Stadionsporthalle Hannover	25.02.2001 - ca. 4 500 Besucher 24.03.2001 - ca. 5 000 Besucher
	Veranstaltungshalle Langenhagen	24.06.2001 - 500 Besucher
	Vereinslokal Hannover	11.10.2001 - 250 Besucher
	Veranstaltungshalle Hannover	25.12.2005 - 600 Besucher 03.12.2006 - ca. 1 000 Besucher 27.01.2007 - unbekannt 06.04.2007 - 1 200 Besucher 24.11.2007 - ca. 2 000 Besucher 09.03.2008 - unbekannt 25.04.2008 - 500 bis 600 Besucher 04.05.2008 - unbekannt 27.06.2009 - ca. 300 Besucher
	Veranstaltungshalle Hannover	21.03.2007 - ca. 300 Besucher 27.03.2009 - 500 Besucher
	Restaurant Hannover	14.03.2009 - 150 Besucher
	Freizeitheim Hannover	17.04.2009 - ca. 500 Besucher
	Freizeitheim Hannover	21.06.2009 - ca. 150 Besucher
	Veranstaltungszentrum Lehrte	30.11.2008 - ca. 700 Besucher 24.07.2009 - unbekannt
	Veranstaltungsraum Hannover	26.06.2005 - ca. 150 Besucher 30.03.2008 - ca. 4 500 Besucher 16.08.2008 - ca. 1 200 Besucher
	Veranstaltungshalle Hannover	15.04.2007 - ca. 250 Besucher
	Freizeitgelände Goldenstedt	02.06.2001 - ca. 50 Besucher
	Veranstaltungszentrum Delmenhorst	18.11.2007 - ca. 400 Besucher
	Veranstaltungsraum Peine	28.11.2004 - ca. 600 Besucher 27.11.2005 - ca. 400 Besucher 18.11.2007 - ca. 250 Besucher
	Schule Salzgitter-Lebenstedt	07.07.2009 - ca. 350 Besucher
	Kulturverein Osnabrück	Unregelmäßige Veranstaltungen (bis 2005) - ca. 8 bis 10 Besucher
	Gaststätte Aurich	Unregelmäßig - bis zu 20 Besucher
	Veranstaltungshalle	19.12.2000 - ca. 2 000 Besucher

Organisation	Örtlichkeit	Datum und Teilnehmer
Salafistische Netzwerke	Deutschsprachiger Islamkreis in Hannover e. V.	28.03.2008 - ca. 100 Besucher 08.11.2008 - unbekannt 16.05.2009 - unbekannt 13.06.2009 - unbekannt 14.06.2009 - ca. 200 Besucher 11.07.2009 - unbekannt 12.09.2009 - unbekannt 10.10.2009 - unbekannt 14.11.2009 - unbekannt 12.12.2009 - unbekannt
	Star-Event-Center Hannover	01.08.2008 - ca. 250 bis 300 Besucher
	Einladung zum Paradies e. V. Braunschweig	04.02.2008 - unbekannt
	Hochschule Braunschweig	18.05.2007 - 400 bis 450 Besucher
IGMG	Abi-Event-Center Braunschweig	01.01.2007 - ca. 700 Besucher
	Abi-Event-Center Braunschweig	18.03.2007 - ca. 1 000 Besucher
	Stadthalle Braunschweig	21.10.2007 - Besucherzahl unbekannt
	Star-Event-Center Hannover	27.10.2002 - ca. 400 Besucher
	Star-Event-Center Hannover	02.05.2004 - ca. 1 000 Besucher
	Kongress-Hotel Hannover	26.03.2005 - ca. 2 400 Besucher
	Star-Event-Center Hannover	15.04.2006 - ca. 2 000 Besucher
	Kuppelsaal des Kongresszentrums Hannover	09.04.2007 - ca. 5 000 Besucher
	Star-Event-Center Hannover	21.03.2008 - Besucherzahl nicht bekannt
	Veranstaltungsraum Hannover	21.03.2009 - Besucherzahl nicht bekannt
	Star-Event-Center Hannover	26.04.2009 - Besucherzahl nicht bekannt
	Schulzentrum Oldenburg	01.04.2008 - 30 Besucher
	Stadthalle Osnabrück	02.05.2004 - ca. 1 000 Besucher
	Stadthalle Osnabrück	10.10.2004 - Besucherzahl unbekannt
	Stadthalle Osnabrück	26.12.2005 - ca. 1 500 Besucher
	Stadthalle Osnabrück	16.04.2006 - ca. 3 000 Besucher
	Stadthalle Osnabrück	09.04.2007 - ca. 2 200 Besucher
	Melody-Event-Center Peine	26.09.2004 - 600 bis 700 Besucher
	Begegnungsstätte Goslar	26.05.2007 - 50 Besucher 18.01.2009 - ca. 150 Besucher 15.03.2009 - ca. 100 Besucher
	Jugendherberge Goslar	26./27.11.2005 - 102 Besucher 08./09.09.2007 - 15 Besucher 23./24.08.2008 - 20 Besucher
Kalifatsstaat	Hotel, Wunstorf	02.03.2003 - ca. 80 Besucher
	Jugendkulturverein Wunstorf	29.11.2003 - Besucherzahl unbekannt
MKP	Schützenhaus Herzberg am Harz	24.06.2006 - ca. 100 Besucher
Tamil Youth Organisation (TYO)	Schule Osnabrück	11.10.2008 - ca. 150 Besucher

Zu 16:

Unter den regelmäßigen Besuchern und Schülern der sogenannten Islamschule Braunschweig befinden sich auch Studenten deutscher Fach- und Hochschulen aller Fachrichtungen.

Hochschulen stellen für islamistische Organisationen ein geeignetes Umfeld zur Verbreitung ihrer politischen und religiösen Einstellungen dar. Gerade Studenten sind aufgrund ihres zumeist ausgeprägten politischen Interesses sowie ihrer besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten eine geeignete Zielgruppe für extremistische und terroristische Organisationen.

Im Rahmen der Ermittlungen zu zurückliegenden Anschlägen durch islamistisch-terroristische Organisationen konnten unmittelbare Bezüge in das studentische Umfeld festgestellt werden. Dies gilt beispielsweise im Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA, den gescheiterten Kofferbombenanschlägen auf zwei Regionalzüge nach Hamm und Koblenz am 31. Juli 2006 sowie den am 4. September 2007 vereitelten Anschlägen der sogenannten Sauerlandgruppe. So waren z. B. sieben der acht Mitglieder der „Hamburger Zelle“, welche für die Anschläge am 11. September 2001 verantwortlich waren, Studenten. Die beiden Täter der versuchten „Kofferbombenanschläge“ gehörten der Studentenschaft in Kiel und Köln an. Der mutmaßliche Kopf der sogenannten Sauerlandgruppe war Student der Wirtschaftswissenschaften in Ulm.

Ein Medizinstudent der Universität Göttingen (Palästinenser) wurde in Israel verhaftet. Der gegen ihn erhobene Vorwurf lautete, dass er ein Agent der Hizb Allah sei.

Auch in Niedersachsen sind bei Ermittlungen und Analysen in Bezug auf den islamistischen Terrorismus immer wieder relevante Verbindungen in den Hochschulbereich festgestellt worden.

Es liegen Hinweise darauf vor, dass Studenten während ihres Studiums an niedersächsischen Hochschulen durch dort immatrikulierte Islamisten radikalisiert und für den „Jihad“ rekrutiert wurden. Ihre Radikalisierung erfolgte vermutlich erst während des Studiums.

Darüber hinaus ist bekannt, dass einzelne islamistische Organisationen, wie die Hizb ut-Tahrir, die sich aufgrund ihrer Zielsetzung und ihres elitären Selbstverständnisses überwiegend aus Akademikern zusammensetzt, zumindest an einzelnen norddeutschen Hochschulen in der Vergangenheit ein Betätigungs- und Rekrutierungsfeld gefunden hatten.

Bei all diesen Handlungen verhalten sich die islamistischen Organisationen bewusst konspirativ und zum Umfeld hin abgeschottet, um die Aufmerksamkeit von sich abzuwenden. Aus diesem Grund gelangen entsprechende Straftaten sowie Radikalisierungsprozesse der Polizei nur selten zur Kenntnis.

Der Polizei wurden im Zeitraum der Jahre 2001 bis 2008 insgesamt 18 extremistische Straftaten aus dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Ausländerkriminalität an Schulen und Hochschulen in Niedersachsen bekannt. Entsprechende Straftaten werden im Kriminalpolizeilichen Meldedienst - Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) erfasst. Eine Selektion der Straftaten ist lediglich für Schulen und Hochschulen möglich. Eine Erhebung nach dem Kriterium „sonstige Bildungseinrichtung“ kann über den Meldedienst nicht durchgeführt werden.

Weitere Ausführungen zum KPMD-PMK siehe Antwort zu Frage 10.

Für den Bereich des nichtislamistischen Ausländerextremismus spielen Bildungseinrichtungen wie Schulen, Hochschulen und sonstige Einrichtungen keine wesentliche Rolle.

Zu 17 bis 19:

Siehe **Anlage 16**:

Polizeilich bekannt gewordene Aufzüge, Demonstrationen und Kundgebungen im Sinne der Fragestellung in Niedersachsen (Stand: 30.09.2009)

Zur Frage der statistischen Datengrundlage und zur Kostenermittlung siehe Antwort zu I.36.

Darüber hinaus hat der Verein Einladung zum Paradies e. V., Braunschweig, in den letzten Jahren mehrere Kundgebungen außerhalb Niedersachsens organisiert, u. a. in Baden-Württemberg, Hessen, Berlin und Sachsen. Siehe Antwort zu Frage 14.

Zu 20:

Die Bekämpfung des islamistischen Extremismus und Terrorismus stellt einen Schwerpunkt der Arbeit der Landesregierung im Bereich der Inneren Sicherheit dar. Die niedersächsische Polizei geht in einem ganzheitlichen Ansatz sowohl mit repressiven als auch mit präventiven Maßnahmen konsequent gegen den islamistischen Extremismus und Terrorismus vor. Nur eine umfassende Beteiligung aller relevanten Stellen und ein abgestimmtes Vorgehen bewirken eine effektive Bekämpfung des islamistischen Terrorismus. Diesbezüglich wurden beispielsweise bereits Zusammenarbeitsformen zwischen Polizei-, Strafverfolgungs- und Ausländerbehörden erfolgreich ausgebaut. Sowohl die niedersächsischen Staatsanwaltschaften als auch die Ausländerämter wurden über aktuelle Entwicklungen und Erscheinungsformen des islamistischen Extremismus und Terrorismus informiert. Darüber hinaus wurde ein Netzwerk von Ansprechpartnern bei Polizei und Justiz zur Verbesserung des Informationsaustausches geschaffen.

Die Ausländerbehörden wurden hinsichtlich der Phänomenologie des islamistischen Extremismus/Terrorismus und der diesbezüglichen Bekämpfungsansätze u. a. durch die Aushändigung von Merkblättern zum Erkennen von potenziellen islamistischen Gewalttätern sensibilisiert. Im Hinblick auf eine optimierte Zusammenarbeit zwischen Polizei und Ausländerbehörden wurden feste Strukturen geschaffen.

Die niedersächsischen Polizeibediensteten wurden in landesweiten strukturierten Fortbildungsmaßnahmen über das Thema islamistischer Extremismus und Terrorismus informiert. Des Weiteren werden Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt, um das Thema „Gemeinsamer Dialog mit muslimischen Verbänden“ insbesondere für Führungskräfte der Polizei weiter in den Fokus zu rücken.

Darüber hinaus bietet die Polizeiakademie Niedersachsen Fortbildungsveranstaltungen zur Förderung der interkulturellen Kompetenz für Polizeibeamte verschiedener Führungsebenen an.

Die niedersächsische Polizei steht mit den muslimischen Verbänden in einem ständigen Dialog. Auf örtlicher Ebene werden regelmäßig Kooperationsgespräche mit Vertretern von Moscheegemeinden und ihren Verbänden geführt, um die Zusammenarbeit mit diesen zu intensivieren und auch Verständnis für die Anwendung und Erforderlichkeit polizeilicher Maßnahmen zu fördern.

Zum Ausbau der Kontakte zwischen Polizei und muslimischen Verbänden wurden feste Ansprechpartner auf örtlicher Ebene benannt. Aufgabe der Ansprechpartner ist u. a. die Organisation und Durchführung von regionalen Vortrags- und Informationsveranstaltungen sowie von Foren zum wechselseitigen Austausch, die Bereitstellung und Verteilung von Informationsmaterial und eine zeitnahe Vermittlung von Kontakten zwischen den zuständigen behördlichen und muslimischen Ansprechpartnern für alle offenen Fragen der Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden und muslimischen Verbänden.

In diesem Zusammenhang finden Vortragsveranstaltungen u. a. zu Themen der allgemeinen Präventionsarbeit (z. B. Suchtproblematik, Gefahren im Alter, Kinderschutz, Kriminalität an der Haustür, Gewaltkriminalität) statt, bei denen mehrsprachige Flyer zur Verfügung stehen.

Durch das Landeskriminalamt Niedersachsen wurde am 16. Januar 2010 eine zentrale Veranstaltung „Vertrauensbildende Maßnahmen - Dialog zwischen muslimischen Organisationen und der Polizei Niedersachsen“, an der fast 200 Personen teilgenommen haben, mit Vertretern islamischer Verbände und Vereine und polizeilichen Ansprechpartnern durchgeführt.

Auch auf hoher Ebene wurden regelmäßige Gespräche zwischen Polizei und muslimischen Verbänden in Niedersachsen etabliert. So fand z. B. am 10. September 2009 auf Einladung des Präsidenten des Landespräsidiums für Polizei, Brand- und Katastrophenschutz unter Beteiligung der Polizeipräsidenten und der Integrationsabteilung des Ministeriums für Inneres, Sport und Integration ein erstes Gespräch mit den Vorsitzenden von muslimischen Verbänden statt, in dem die aktuellen polizeilichen Maßnahmen im Kontext mit der Sicherheitslage im Zusammenhang mit der Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus erörtert wurden. Es wurde vereinbart, den gemeinsamen Dialog auch auf dieser Ebene fortzusetzen.

Im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages klärt der Niedersächsische Verfassungsschutz seit Jahren die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen auf. Er erfüllt damit auch präventive Aufgaben bei der Bekämpfung des Ausländerextremismus und des islamistischen Extremismus.

Nur eine intensive Aufklärungs- und Integrationsarbeit in der Gesellschaft und die Vermittlung von Demokratieverständnis und Werten kann die Gefahren, die von islamistischer Propaganda und Radikalisierungsversuchen ausgehen können, eindämmen.

In dem Bestreben die Gesellschaft, insbesondere Jugendliche gegenüber Radikalisierungsabsichten von islamistischen Gruppierungen und Organisationen zu sensibilisieren, bietet der Niedersächsische Verfassungsschutz gezielt Vortrags- und Informationsveranstaltungen zu Themen des islamistischen Extremismus an niedersächsischen Schulen und Bildungseinrichtungen an.

Die Wanderausstellung „Muslime in Niedersachsen - Probleme und Perspektiven der Integration“, die vom Niedersächsischen Verfassungsschutz in Kooperation mit der Integrationsabteilung des Ministeriums für Inneres, Sport und Integration seit 2007 angeboten wird, ist ein Beitrag zur gesellschaftlichen Diskussion und Auseinandersetzung mit dem Thema Integration von Muslimen. Es sollen Perspektiven und Konzepte für eine erfolgreiche Integrationsarbeit eröffnet und dafür geworben werden, die individuellen und gesellschaftlichen Integrationsprojekte zu intensivieren.

Zudem erfolgt seit 2008 zwischen dem Niedersächsischen Verfassungsschutz und der Integrationsabteilung des Ministeriums für Inneres, Sport und Integration eine enge Zusammenarbeit bei der Durchführung und inhaltlichen Gestaltung von Jugendkongressen. Unter dem Motto „Gegen Extremismus - Für Toleranz und Vielfalt“ wurden bislang drei Veranstaltungen in Braunschweig, Aurich und Celle durchgeführt, bei denen der Niedersächsische Verfassungsschutz u. a. einen Workshop zum Thema „Cyber-Jihadismus“ angeboten hat, um Jugendliche über die Gefahren und Erscheinungsformen des Islamismus im Internet aufzuklären und für einen kritischen Umgang mit islamistischer Propaganda im Web 2.0 zu sensibilisieren.

Eine vorbeugende Wirkung erzielt auch die „AG Einzelfälle“, die im Rahmen der Terrorismusbekämpfung seit 2005 tätig ist. Die Arbeitsgruppe wurde mit dem Ziel konstituiert, die Ausländerbehörden dabei zu unterstützen, die in Einzelfällen rechtlich möglichen aufenthaltsrechtlichen Folgen (z. B. Ausweisungen und aufenthaltsbeendende Maßnahmen) umzusetzen. Die beteiligten Dienststellen erörtern die Einzelfälle, gleichen ihren Informationsstand miteinander ab und treffen dann die notwendigen Vorbereitungen und Entscheidungen jeweils im Rahmen ihrer Zuständigkeit. Beteiligt sind die zuständigen Referate des Ministeriums für Inneres, Sport und Integration, das Landeskriminalamt, das gemeinsame Informations- und Analysezentrum (GIAZ) und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Tatbestände, die wegen ihres Gewichts zur Aufnahme in die Liste der zu besprechenden Einzelfälle führen, sind z. B.

- § 54 Nr. 5 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) - Unterstützung einer terroristischen Vereinigung,
- § 54 Nr. 5a AufenthG - Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung oder der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, Beteiligung an Gewalttätigkeiten bei der Verfolgung politischer Ziele oder Aufruf zu Gewalttätigkeiten,
- § 54 Nr. 6 AufenthG - falsche Angaben bei Sicherheitsbefragungen,
- § 54 Nr. 7 AufenthG - Leitung verbotener Vereine,
- § 55 Abs. 2 Nr. 8a und b AufenthG - Tätigkeit von Hasspredigern und
- § 58a AufenthG - Abschiebung zur Abwehr einer besonderen terroristischen Gefahr.

Die Arbeit in der „AG Einzelfälle“ stellt sicher, dass in gravierenden Einzelfällen koordinierte Entscheidungen und Maßnahmen möglich sind

Neben den aufgeführten Konzepten repressiver und präventiver Maßnahmen der niedersächsischen Sicherheitsbehörden ist eine gelingende Integrationspolitik ein wesentlicher Pfeiler für ein friedliches Miteinander und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Sie wirkt auch als Katalysator im kriminalpräventiven Gesamtkonzept der Landesregierung. Integration kann nur auf der Basis uneingeschränkter Akzeptanz des Grundgesetzes sowie der rechtsstaatlichen Ordnung unseres Landes funktionieren. Das im November 2008 von der Landesregierung beschlossene Handlungsprogramm Integration bildet als zukunftsweisendes integrationspolitisches Gesamtkonzept die verlässliche Basis für eine effektive und nachhaltige Steuerung von Integrationsprozessen in Niedersachsen. Integrationsfördernde Maßnahmen entfalten gerade bei jüngeren Menschen mit Migrati-

onshintergrund auch signifikante präventive Wirkungen und führen zu einem deutlich verringerten Bedarf an repressiven Regelungen und Maßnahmen.